

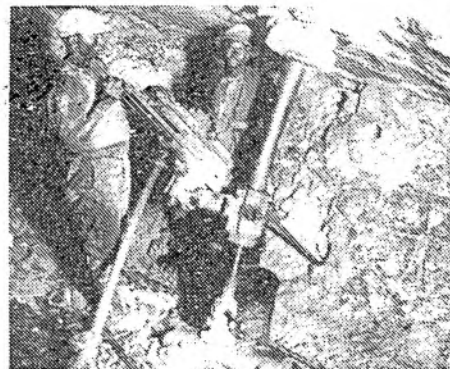
Politische Berichte



11. Juli 1986
Jg. 7 Nr. 14

G 7756 D

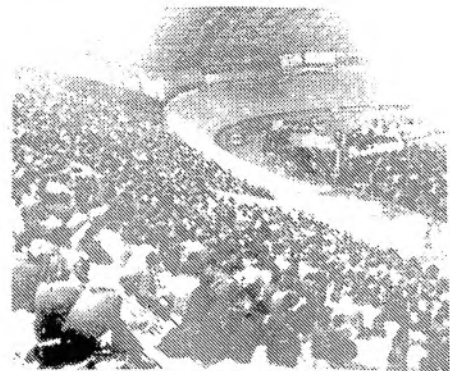
Preis:
2,50



Südafrika/Azania: Der südafrikanische Goldexport blüht, die BRD kauft und kauft Seite 7



Flexibilisierung: Positionspapier des IGM-Vorstands: Nützliche Kritik, aber auch Irrtümer Seite 10



Parlamentswahlen in Spanien: Kein Wahlgewinn für die spanische Reaktion, trotz Verlusten der regierenden PSOE Seite 14

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Telefon 0221/216442
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Telefon 0221/211658. Preis: 2,50 DM

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft

- Eureka:** Die großen Konzerne wollen eine Neuverteilung und Europa aus der Zwangsjacke nationaler Interessen befreien. 4
- BRD:** Weltraumforschung muß verbessert werden. 7
- Südafrika/Azania:** Der Goldexport blüht, BRD kauft und kauft. ... 7
- Tarife:** Streik bei der Pinselfabrik Sterkel. 8
Pinselfertigung ist Handarbeit. ... 9
- Flexibilisierung:** Positionspapier des IGM-Vorstands – nützliche Kritik, aber auch Irrtümer. 10
Aus dem Papier der IGM. 11

Auslandsberichterstattung

- Peru:** Die Kommunistische Partei Perus (PCdEP) kämpft für revolutionäre Veränderung. 12
Dokumente der PCdEP. 13
- Libanon:** PLO zum Schutz der Lager zurückgekehrt. 13
- Philippinen:** Waffenstillstand mit der Neuen Volksarmee? 14
- Spanien:** Kein Wahlgewinn der Reaktion. 14
- Norwegen:** Arbeiterpartei unter Druck. 15
- Indien:** Zusammenschluß gegen die Regierung. 15
- Internationale Meldungen. 16

Aus Parteien und Verbänden

- Veröffentlichungen:**
KB: "Der Griff zur Bombe". 18
Gewerkschaftsjahrbuch 1986. 18
CDU entfaltet Frauenpolitik. 18
Europa und das "Atomsyndrom". ... 19

- CSU:** Förderung der Konzerne, Illegalisierung jeder Opposition. 19

Reportagen und Berichte regional

- Regionale Nachrichten. 21
- Fritz Werner:** Betriebsführung will Bearbeitungscenter 24 Stunden am Tag laufen lassen. 22
- Lohnrahmentarif I:** IGM und VMI mit gleicher Interessenlage? . 22

Friedensliste: Zweitstimme für SPD und Grüne

Ein Wahlkongreß der Friedensliste hat am letzten Wochenende beschlossen, Direktkandidaten für die Erststimme aufzustellen und dazu aufzurufen, die Zweitstimme für SPD oder Grüne abzugeben, für "das Ende der Wende". Die Friedensliste stellt keine Landeslisten auf. Zu den letzten Wahlen zum EG-Parlament hatte die DKP erstmals zugunsten des Frontbündnisses Friedensliste auf eine eigene Kandidatur verzichtet. Nachdem sich herausstellte, daß die Friedensliste den Grünen kaum Stimmen abnehmen konnte, bemühte sich die Friedensliste, auf offenen Listen der Grünen zu kandidieren. Das lehnte der Bundesvorstand der Grünen ab. In der Diskussion um die Bewertung des mit den Grünen aufgenommenen Verständigungsprozesses setzte sich auf dem Kongreß die Meinung durch, daß eine Kandidatur der Friedensliste mit Landeslisten für eine Weiterführung der Diskussion hinderlich sei. Anhand der Erststimmenzahlen will die Friedensliste ihr "Sympathie"-Spektrum messen. Die Aufforderung, mit der entscheidenden Stimme SPD oder Grüne zu wählen, verband die Friedensliste auch nicht etwa mit einem Forderungskatalog oder mit Kritik an Politik und Wahlaussagen von SPD und Grünen. Im Herbst will sie "Forderungen für ein Hunderttageprogramm einer neuen Regierungsmehrheit" beschließen. Damit gibt die Friedensliste ihre eigene Politik weitgehend auf. – (düb)

Adenauer-Preis für Gerd-Klaus Kaltenbrunner

Der in diesem Jahr zum zwanzigsten Mal verliehene Konrad-Adenauer-Preis für Literatur der Deutschland-Stiftung ging an den konservativen Publizisten Gerd-Klaus Kaltenbrunner. Die 1966 in München von Alt-Nazi Kurt Ziesel (Kriegsberichterstatter und Vertreter der Theorie von der "schöpferischen Urkraft des Krieges für das Wesen des Dichterischen") gegründete Deutschland-Stiftung (Vorsitzender: Gerhard-ZDF-Löwenthal) lebt von reichlich Spendengeldern v.a. aus Banken-Kreisen. An den Preisverleihungen nehmen alljährlich verschiedenste CDU/CSU-Größen teil.

Auch beim 20. Mal viel CDU/CSU-Prominenz in der Münchner Residenz: Max Adenauer (der Sohn), Otto von Habsburg (der Kaisersohn) und F.J. Strauß, der Ministerpräsident. V. Weizsäcker (fester Programmpunkt bei allem, was nach deutscher Kultur riecht) ist mit einem Grußwort vertreten, in dem er Kaltenbrunner einen "aufgeklärten, kritischen und demokratischen Konservatismus" bescheinigt. Kohl grüßt die Preisträger als Männer, die "plädieren für den richti-

gen Gebrauch verantworteter Freiheit". Strauß, der die Laudatio auf Kaltenbrunner hält, bemerkt (wie alle Welt- und FAZ-Rezensenten vor ihm) eine "geistige Durchdringung und sprachliche Prägnanz" in Kaltenbrunners Werk, die "Maßstäbe gesetzt haben". Die Nationalrevolutionäre (in deren Monatsmagazin "Mut" Kaltenbrunner längst zum ständigen Mitarbeiter avanciert ist) und Neofaschisten finden das schon lange und druck-



ken Kaltenbrunner was das Zeug hält.

In einem Kommentar für die Badische Zeitung (3.7.) setzt Kaltenbrunner Kohls Grußwort – ganz durchdrungen von 'verantworteter Freiheit' – in sprachliche Prägnanz um: "Wenn die für Ruhe und Ordnung zuständigen Behörden, unter Berufung auf das Verhältnismäßigkeitsprinzip, davor zurückschrecken, politischen Gewalttätigen bewaffnet entgegenzutreten und zwar mit Waffen, die jede Rebellion als aussichtslos erscheinen lassen, dann hat der Staat bereits kapituliert." Der Kerl ist seinen Adenauer-Preis schon wert. – (kuh)

ÖTV-Tarifkommission fordert Vorruhestand

Die Große Tarifkommission der ÖTV hat einstimmig beschlossen, daß neben Einkommensverbesserungen eine Vorruhestandsregelung im Mittelpunkt der kommenden Tarifaufeinandersetzung stehen soll.

Bereits im Juli letzten Jahres signalisierte das Kanzleramt, daß auch für den öffentlichen Dienst eine Vorruhestandsregelung für die Dienstherren interessant sei. Die Dienstherrenseite spekuliert darauf, daß eine Vorruhestandsregelung einerseits auf die Einkommensverbesserung anzurechnen ist, während andererseits sie die Dienstherren nichts kosten würde. Aufgrund der Lebensalter- bzw. Dienstalterstufen ist die jugendliche Arbeitskraft im öffentlichen Dienst billiger. Gehen 58jährige Arbeiter und Angestellte in den Vorruhestand und

werden sie durch jugendliche Arbeitskraft ersetzt, bewirkt deshalb die veränderte Altersstruktur gleichzeitig ein Auffüllen der Niedriglohnzone.

Darüber hinaus wird auf Länderebene zunehmend praktiziert, daß jeder im Landesdienst Neueingestellte sich einen Vollzeitarbeitsplatz erst durch zwei bis fünf Jahre Teilzeitarbeit "verdienen" muß. Wird aber alte Vollzeitarbeitskraft durch jugendliche Teilzeitarbeitskraft ersetzt, eröffnet sich für die Dienstherren die Möglichkeit, das Arbeitstempo noch einmal drastisch zu erhöhen.

Weiterhin könnten durch eine Vorruhestandsregelung der "Beförderungstau" mit seiner "motivationshemmenden" Wirkung abgemildert, die Konkurrenz unter den Beschäftigten im Hinblick auf Beförderungen gesichert werden. Die so zu erzeugende "Dienstgeilheit" könnten die Dienstherren für eine Isolierung der im öffentlichen Dienst Beschäftigten nutzen. So steht zu befürchten, daß sich die ÖTV mit der Forderung nach einem Vorruhestand mehr Probleme einhandelt, als sich ihr Möglichkeiten eröffnen. – (kar)

Ergebnisse der Konferenz der GIM

Am 28. und 29. Juni führte die Gruppe Internationale Marxisten (GIM) in Frankfurt eine außerordentliche Delegiertenkonferenz zur Vereinigung mit der KPD durch. Auf der Tagesordnung der Konferenz stand neben der Beratung und Beschlußfassung über einen "Organisationsbericht" des ZK insbesondere die Beratung und Verabschiedung der Grundlagentexte zur Vereinigung mit der KPD, also der Entwurf eines gemeinsamen Programms, Statutentwurf, "Selbstverständnisresolution", Vereinbarung zur IV. Internationale, wie sie auch schon

dem KPD-Parteitag vorgelegen hatten, der Beschluß über die Auflösung der GIM sowie u.a. ein Beschluß zum Eingreifen in die Bundestagswahlen. Die Delegierten billigten mit 47 Ja-Stimmen, 25 Gegenstimmen und 6 Enthaltungen den Organisationsbericht des ZK. Bereits bei der Debatte hierzu trat eine Fraktion von etwa einem Fünftel der Delegierten grundsätzlich gegen den Kurs des ZK und für eine Arbeit im ökosozialistischen Flügel der Grünen sowie für einen Wahlauftritt für die Grünen auf. Bei der Beratung der Vereinigung mit der KPD stimmten die Delegierten mit Mehrheit für diesen Zusammenschluß. Mit 63 Ja-Stimmen, 15 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen beschloß die Konferenz, daß sich die GIM mit Beginn des Vereinigungsparteitags mit der KPD Anfang Oktober auflöse. Gegen Schluß der Konferenz traten dann die Widersprüche zwischen der Mehrheit des ZK und der Fraktion offen auf. "Was tun", die Zeitung der GIM, berichtet: "Die Diskussion über die Perspektiven kam auf der Konferenz nicht mehr in gang. Die 'Fraktion' erklärte in ihrer Einleitung zu diesem Punkt, daß sie ihre – in 8 Punkten zusammengefaßte – Arbeit in der Grünen Partei durchzuführen gedenkt, unabhängig der Mehrheitsentscheidungen der GIM oder später der vereinigten Organisation ... Das Vorhaben der Fraktion, ihre Beschlüsse in die Praxis umzusetzen, ohne sich um Mehrheitsbeschlüsse zu kümmern, kann nur aus den Reihen der GIM und der IV. Internationale führen. Das eigene momentane strategisch-taktische Konzept stellen diese Genossinnen und Genossen leider über die konkrete Chance der Vereinigung mit der KPD." "Was Tun" meint, daß infolge dieser Spaltung wohl "zwei oder drei Dutzend Genossinnen und Genossen" die GIM verlassen würden. – (rül)



Zu einer Hetzrede für den gemeinsamen Feldzug gen Osten nutzte Bundespräsident von Weizsäcker seinen Auftritt vor dem englischen Parlament am 2.7.: "Unser Ziel muß ein Frieden in Europa sein, der ... die Spaltung überwindet. Als Teil dieser gemeinsamen Aufgabe bitte ich sie herzlich, auch die offene deutsche Frage zu verstehen ... (Die Völker Osteuropas) dürfen nicht das Gefühl bekommen, als gäben wir uns damit zufrieden, was uns an Europa lieb und teuer ist." Nächsten Mai will die Queen nach Westberlin. – (rül)

Buchhandel: Tarife nur, solange sie schlecht sind. 23

Kostendämpfung: Nach Todesfall im Flur Personaletat gekürzt. 23

NRW: Fortsetzung der Kampagne gegen die FAP – Landesregierung reagiert mit Manövern. 24

Ladenschluß: Abendverkauf eröffnet Flexibilisierung. 25

Kieler Woche: "Schon die Kasse und hilf dir selbst!" 25

Bunkerbau in München: CSU: Baustopp soll aufgehoben werden. 26
Widerstand gegen Bunkerbauprogramm. 27

Nachrichten aus der Arbeiterbewegung. 28

Daimler-Benz: Pastor Khumalo gegen Daimler in Südafrika. 29

Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge

Taschenbücher: Historische Romane unterschiedlicher Machart 30
Griechische Sage. 30
Michener: "Verheißene Erde". 30
Religion, Politik und Wirtschaft im Roman. 30
Die letzten Tage von Pompeji. 30
Stefan Zweig: Marie Antoinette. 30
Wenig Aufklärung über die Geschichte. 31
"Die häßliche Herzogin". 31

PEN-Kongreß: "Wert und Ehre deutscher Sprache". 31

Berufsausbildung: Gleiche Ziele von Kapitalisten, Regierung und Gewerkschaften? 32

Spezialberichte

Regierung: Die Sieger schreiben die Gesetze – nach der Niedersachsenwahl jetzt der Aufwisch. 34
Im Schwerbehindertengesetz ein Angriff auf den Urlaub. 34
Krieg ist kein Asylgrund. 35
Bangemann bindet Leitende. 35
Versicherungsfachmann Lambsdorff läßt grüßen. 36
Wirkung der Zinsen verschärft. 36
Ladenschlußgesetz: alles offen! ... 37
Firma Henkel und Zimmermann. ... 37
Freie Bahn den Geheimdiensten. ... 38
Alle Beamten sollen dem Verfassungsschutz dienen. 38
"Fall Kießling" und Zimmermann. ... 39
Kampagnenpolitik ist aussichtslos. 39

Titelbild: Metallarbeiterin, mas. HH

Eureka

Die großen Konzerne wollen eine Neuverteilung und Europa aus der Zwangsjacke nationaler Interessen befreien

Eureka – ich hab's gefunden, soll der griechische Mathematiker Archimedes ausgerufen haben, als er das Gesetz des Auftriebs entdeckte. Eureka hatten der damalige französische Außenminister Dumas und sein westdeutscher Kollege Genscher vor gut einem Jahr ihre Initiative für eine Behörde für Europäische Zusammenarbeit in der Forschung getauft. Eureka – der Name ist Programm: Er verheißt Auftrieb für Europa.

Schon im ersten Jahr, kaum daß das Projekt überhaupt richtig Gestalt angenommen hat, ist es seinen Betreibern, den EG-Imperialisten, gelungen, auch die meisten westeuropäischen Nicht-EG-Mitgliedsländer in Eureka einzubeziehen und damit eher mehr als weniger fest an die EG anzubinden: die NATO-Länder Norwegen, Island und Türkei sowie die neutralen Länder Schweden, Finnland, Schweiz und Österreich.

Gerade die Einbeziehung Österreichs macht deutlich, worauf das zielt: auf die Änderung des Status quo in Europa. Der nach dem 2. Weltkrieg zwischen den Siegermächten und Österreich abgeschlossene Staatsvertrag verbietet Österreich alles, was unmittelbar oder mittelbar eine politische oder wirtschaftliche Vereinigung mit Deutschland fördert oder die politische oder wirtschaftliche Unabhängigkeit Österreichs beeinträchtigt. Die österreichische Eureka-Beteiligung verletzt diese Bestimmungen. Sie höhlt den Staatsvertrag aus und greift damit einen wesentlichen Baustein der europäischen Nach-

kriegsordnung an.

Auch Jugoslawien hatte sich Eureka anschließen wollen. Ihm wurde der Beitritt verweigert. Zuvor schon hatte Kohl klargestellt, daß die osteuropäischen Staaten nicht beitreten dürfen, denn Eureka sei ein "Beitrag zu unserer Freiheit". (1) Das ist nicht nur in dem Sinne zu verstehen, daß sich die EG-Imperialisten ausrechnen, mit Eureka ihre Wirtschaftsaggression gegen Osten verstärken zu können. Eureka ist von vornherein auch als Programm zur militärischen Aufrüstung Westeuropas geplant, als europäisches Gegenstück zu SDI.

"Wo Europa seine Kräfte bündelt ...

... da ist es erfolgreich, da erreicht es internationale Spitzenleistungen", so Genscher 1984 in der Vorbereitungsphase von Eureka. (2) Also: "Wir brauchen ... die Zusammenarbeit in Europa, und wir brauchen Spezialisierung und Arbeitsteilung. Aber genau diese Arbeitsteilung haben wir in Europa nicht. Europa vergeudet seine Ressourcen durch Doppel- und Dreifach-, ja Vielfach-Entwicklungen."

Damit soll Eureka Schluß machen: zum einen durch die verstärkte "grenzüberschreitende" industrielle, technologische und wissenschaftliche Zusammenarbeit von Unternehmen und Forschungsinstituten; zum anderen durch die beschleunigte Entwicklung einheitlicher europäischer Industrienormen und technischer Standards schon in der Phase der Forschung und Entwicklung.

Die zweite Eureka-Konferenz im November 1985, vier Monate nach der Gründung, verabschiedete die ersten zehngemeinsamen Forschungsprojekte. Danach wurden noch einmal 16 Projekte gebilligt, und die dritte Eureka-Konferenz, die am 30.6.86 in London stattfand, beschloß 58 neue Projekte. An allen beteiligen sich Unternehmen und/oder Forschungsinstitute aus mehreren Mitgliedsländern (die BRD ist an 19 Projekten beteiligt), und alle beziehen sich auf Forschungs- und Entwicklungsvorhaben aus den Bereichen: Informations- und Kommunikationstechnik, Robotertechnik, Werkstoffe, Fertigungstechnik, Biotechnologie, Meerestechnik, Lasertechnik, Techniken für Umweltschutz und Verkehr. Insgesamt sollen im Rahmen von Eureka in den nächsten Jahren ca. 300 Vorhaben durchgeführt werden.

"Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung hätten die Konzeption (von Eureka – Red.) angenommen", schreibt das Handelsblatt am 1.7. über die dritte Konferenz. Wie kommt es, daß Eureka in der Tat und anders als andere Europa-Initiativen, etwa die für eine gemeinsame Verfassung, in größeren Kreisen populär ist?

Die EG hat zwar Zölle und ähnliche Schranken für die Entwicklung des einheitlichen EG-Marktes beseitigt. Aber die Unterschiede in den technischen Grundlagen, in den Normen und Standards, auch z.B. in der Ausbildung und den Prüfungszeugnissen in den technischen Berufen u.ä.m. sind v.a. für das kleinere, aber auch das mittlere

Finanzausgleich: Druck auf die "armen Länder"

"Leistung muß sich wieder lohnen, auch unter Bundesländern, und geht vor Bedarf" – so etwa kann man die Leitsätze des Bundesverfassungsgerichts vom 24. Juni zum Länderfinanzausgleich zusammenfassen. Sechs Bundesländer hatten das Gericht angerufen, ob das bisherige System des Länderfinanzausgleichs, wonach "ertragstarke Bundesländer" einen Teil ihrer Steuern an Länder mit "schwächerem" Steueraufkommen überweisen müssen, verfassungskonform sei. Das Gericht entschied: Nein. Die Bestimmungen des Finanzausgleichs müssen neu gefaßt werden. Erstens sei der "Begriff der Finanzkraft ... umfassend zu verstehen". Damit werden Einnahmen wie z.B. die niedersächsischen "Förderabgaben" der Ölkonzerne in den Finanzausgleich einbezogen. Zweitens sollen "beson-

dere Lasten" künftig kaum noch berücksichtigt werden. NRW, Saarland und Niedersachsen bekommen so weniger "Finanzausgleich". Hier stehen "Haushaltssanierungen" an. Das wird den Bemühungen der Kapitalisten um eine regionale Differenzierung der Löhne bedeutend mehr Druck verleihen. – (rül)

Bayerns Grenzkonflikt mit Österreich

Das verfügte Einreiseverbot ist von der Bayerischen Staatsregierung insbesondere damit begründet worden, daß erhebliche Belange der BRD beeinträchtigt worden wären und eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten vorgelegen hätte. Durch das Völker- und Ausländerrecht sei diese Maßnahme ebenfalls gedeckt gewesen. Die Entrüstung gegen das Vorgehen der Bayerischen Staatsregierung konzentrierte sich darauf, daß dem Europagedanke ein Schlag ver-

setzt worden sei. Diesem Urteil muß widersprochen werden. Die CSU versteht unter Europa die grenzübergreifende Operationsfähigkeit ihres Polizeiapparates. Der Leiter der bayerischen Staatskanzlei Dr. Edmund Stoiber hat deshalb die österreichische Regierung auch gleich an ein Strauß-Wort erinnert: die gutnachbarschaftlichen Kontakte zwischen bayerischen und österreichischen Dienststellen verlaufen auf allen Ebenen zum Wohle der Menschen. – (dil)

Gummiwuchtgeschosse und Demonstrationsverbot vor Ort

Die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag will zu einem völligen Demonstrationsverbot in der Nähe von Kernkraftanlagen kommen. Derartige Verbote seien kein Verstoß gegen das in der Verfassung verankerte Demonstrationsrecht, die Meinung könnte mit friedlichen Mitteln auch anderswo demonstriert werden. Verstöße sollen



Demonstration in Dublin gegen Entlassungen in der Metallindustrie. Welche Industrien werden bei fortschreitender Arbeitsteilung in Irland noch bleiben?

re Kapital schwer überwindliche Schranken. Eureka versucht die Überwindung dieser Schranken von den Grundlagen her. Mit Eureka soll vorangetrieben werden, was die französische Regierung einmal als "gemeinsamen Raum für Industrie und Forschung" bezeichnet hat (2), soll eine übergreifende, europäische technisch-kulturelle Sphäre entwickelt werden.

Davon verspricht sich die ganze Kapitalistenklasse und gerade auch das kleine und mittlere Kapital eine Erleichterung der Konkurrenz. Und auch auf die technisch-wissenschaftliche Intelligenz, die in der grenzüberschreitenden technologischen Zusammenarbeit ein Stück Arbeitsmarktfreiheit sieht, wirkt Eureka anziehend.

Spezialisierung und Arbeitsteilung

Tatsächlich jedoch wird Eureka die

großen europäischen Konzerne stärken und einen neuen Monopolisierungsschub auslösen. Genau das ist auch beabsichtigt und bahnt sich an.

Noch bevor überhaupt Eureka gegründet war, hatten die führenden europäischen Elektronikkonzerne – Siemens (BRD), Philips (NL), Thomson und General Electric (F) – bereits ihre Zusammenarbeit in einer Reihe von Eureka-Projekten vereinbart. (3) Noch bevor die ersten zehn Projekte gebilligt worden waren, hatten die führenden europäischen Luftfahrtkonzerne, unter ihnen MBB, ein Abkommen zur Eureka-Zusammenarbeit geschlossen. (4) Auch die führenden europäischen Automobilkonzerne sind stark vertreten.

Die zumindest teilweise Zusammenfassung ihrer Forschungs- und Entwicklungskapazitäten verschafft den Großkonzernen einen für die klei-

nere Konkurrenz uneinholbaren technologischen Fortschritt. Die Beseitigung von technischen Handelsschranken forciert den europäischen Binnenmarkt und damit auch die Entwicklung der Produktion in großen Serien, die immer größeren Kapitaleinsatz erfordert.

Von Interesse sind in diesem Zusammenhang die Ausführungen, die der Präsident des niederländischen Philips-Konzerns auf einer internationalen Konferenz in München machte:

"Am Beispiel der Glasfaserkabel- und Chips-Herstellung führte Dekker aus, daß einige Produktionsgebiete der Spitzentechnologie nur auf europäischer Ebene den notwendigen Umfang erreichen könnten. Obwohl der Ausstoß einer solchen Fabrik, für die ein Investitionsbedarf zwischen 80 und 100 Mill. \$ nicht unüblich sei, weit über den Bedarf eines einzelnen nationalen europäischen Markts hinausgehe, würden aber immer noch nationale Produktionsstätten unter erheblichem Kostenaufwand gebaut..."

Wenn Europa auf dem Markt für Spitzentechnologie Erfolg haben wolle, müßten die Länder ihre Interessen zusammenlegen und eine Basis für künftige Entwicklungen schaffen. Ein Neuverteilungsprozeß müsse gestartet werden, der Europa aus der Zwangsjacke zu enger Märkte und nationaler Interessen befreie." (5)

Eureka trägt dazu bei, diese Forderungen in die Tat umzusetzen. Gefördert wird die Entwicklung einer Arbeitsteilung innerhalb der EG, die gänzliche Rückführung der verschiedenen Volkswirtschaften auf eng miteinander verflochtene, voneinander abhängige westeuropäische Teilwirtschaften. Siemens, BRD, und Philips.

mit dem Landfriedensbruchtatbestand, d.h. mit Gefängnis verfolgt werden. Zum Greifen wird jetzt mit Gummischrot geschossen. Die Spezialwaffen und weiteres Bürgerkriegsgerät für 50 Mio. DM sind schon angeschafft in Bayern. – (dil)

Haushalt 87: Mehr für Wirtschaft und Rüstung

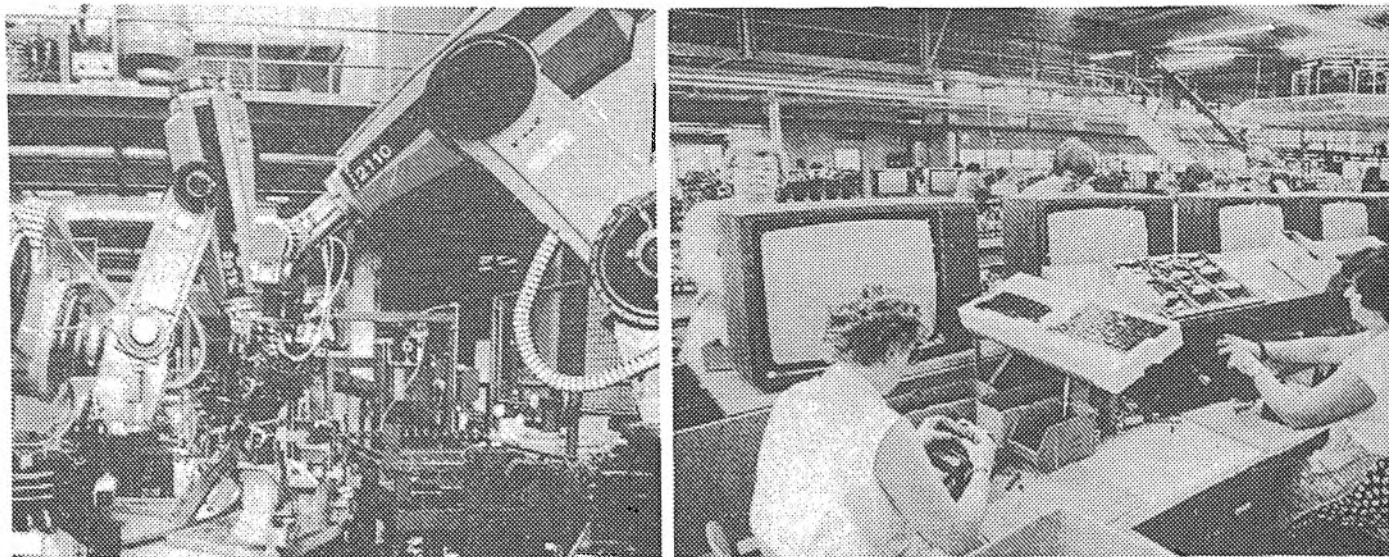
Am 27. Juni hat Finanzminister Stoltenberg den Etatentwurf für 1987 vorgelegt. Rüstung nach innen und außen und direkte Wirtschaftsförderung sind erneut die Schwerpunkte. Die offiziellen Rüstungsausgaben steigen auf 54 Mrd. DM, 5,6 Mrd. DM, 17,6% mehr als im Vorjahr, kriegt Bangemann für Wirtschaftsförderung, 4,2 Mrd. DM für Zimmermann und Justizminister Engelhard unterstreichen, daß in Zukunft die Staatsmacht noch gewalttätiger auftreten soll. Banken und andere Vermögende kriegen 35,2 Mrd. DM Zinsen für ihre Staatsschuldspapiere.

Ihnen bietet Stoltenberg im nächsten Jahr noch ein besonderes Geschäft: Der Bundesanteil an VW und VEBA soll für 4,5 Mrd. DM verkauft werden. Das wird die privaten Einkünfte aus Dividenden noch mal steigern. Die anderen Einnahmen, die Stoltenberg 1987 erwartet, werden in der Presse nur beiläufig erwähnt. Immerhin steigen die Steuereinnahmen um 5% auf 221 Mrd. DM. Den weitaus größten Teil davon sollen erneut die Lohnabhängigen aufbringen. Stoltenberg erwartet an Lohnsteuern (Bundesanteil: 42,5%) 70 Mrd. DM, an Mehrwertsteuern 64 Mrd. DM. – (rül)

SPD-Gesetzentwurf: Flexi statt Überstundenabbau

Die nordrhein-westfälische Landesregierung hat in der letzten Juni-Woche einen Gesetzentwurf zum "beschäftigungswirksamen Abbau von Überstunden" in den Bundesrat eingebracht. Der für Arbeit und Soziales

zuständige NRW-Minister Heinemann (SPD) bezog sich bei der Vorstellung des Gesetzentwurfes ausdrücklich auf den Bundesarbeitsminister Blüm (CDU). So ist der Gesetzentwurf dann auch geworden. Mehr als acht Überstunden pro Kalendermonat müssen innerhalb der folgenden drei Monate als Arbeitsfreizeit abgegolten werden, in Ausnahmefällen können es auch vier Monate sein. Darüberhinaus können die Tarifvertragsparteien "branchen- und betriebspezifischen Besonderheiten" durch Festsetzung anderer Ausgleichszeiträume "Rechnung tragen". Ebenfalls durch Tarifvertrag kann die Anzahl der Überstunden, die nicht unter den Freizeit ausgleich fallen, um weitere acht erhöht werden. Die Kapitalisten können die Ausgleichsregelung auch ganz umgehen. Überstundenentgelte sind dann allerdings nicht mehr als Betriebsausgaben steuerlich abzugsfähig. – (roh)



Die kleineren der jetzt noch 32 Automobilunternehmen in Westeuropa müßten verschwinden, fordern die großen Konzerne. Die Produktionsuntergrenze für die Rentabilität lag früher bei 500000 PKW pro Jahr, heute deutlich höher. Bild links: Robotereinsatz bei VW. Bild rechts: Wachsende Arbeitsqual in der Elektronikindustrie, hier AEG.

Niederlande, werden dann z.B. die westeuropäische Mega-Chip-Herstellung kontrollieren, Frankreich (Thomson/ITT) die Telekommunikation usw. Dänemark kann dabei vielleicht noch ein Wort bei der Entwicklung leistungsfähiger Agrarpflanzen mitreden, aber sonst? Und was ist erst recht mit Portugal, Griechenland, Irland, Spanien?

Eureka verändere die Mechanismen von Entscheidung in Europa weitreichend und stärke den "Hang zur europäischen Elite" schrieb die Frankfurter Allgemeine. (6) Um ihre Interessen im gesamten westeuropäischen Wirtschaftsraum durchzusetzen, brauchen die Konzerne nach wie vor ihre Nationalstaaten. Nicht zuletzt ist deren Gewicht ausschlaggebend für ihren Einfluß auf die europäischen Institutionen. Und sie brauchen in zunehmendem Maße starke europäische In-

stitutionen. Damit verbessern sie ihre Einflußmöglichkeiten und treiben zugleich die Entmachtung des kleinen und z.T. auch mittleren Kapitals voran.

Nicht Erleichterung, Verschärfung der Konkurrenz

Die durch Eureka stark forcierte europäische technologische Kooperation hat, das steht fest, die Konkurrenz schon verschärft. Der deutlichste Beweis dafür ist gerade in den Bereichen der sog. Hochtechnologie zu finden. So gehören Polygram und das Philips-Werk Valvo in Hamburg neben Beiersdorf zu den Vorreitern bei der Einführung von Sonntagsarbeit; auch im zweiten Valvo-Werk, das Philips in Hamburg errichtet und das Mega-Chips produziert, soll sieben Tage durchgearbeitet werden. Die "Antwort auf die technologische Heraus-

forderung", so ein gern zitiertes Schlagwort, ist die Entwicklung arbeiterfeindlicher Techniken, ist Flexibilisierung, ist wachsende Arbeitsqual und Druck auf das Lohnniveau. Die Folge der Durchsetzung des einheitlichen westeuropäischen Binnenmarktes, die die Konkurrenzfähigkeit der Monopole stärkt, wird nicht, wie oft versprochen, die Beseitigung oder auch nur Minderung der Arbeitslosigkeit und damit des Elends breiter Massen sein. Im Gegenteil hat die Entwicklung des europäischen Wirtschaftsraum, die einherging mit der Verödung ganzer Regionen, ein hohes Maß an Arbeitslosigkeit erzeugt.

Quellenhinweis: (1) Süddeutsch. Ztg., 6. 11.85; (2) Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bulletin, 15.5.84; (3) Handelsblatt, 27.6.85; (4) SZ, 17.10.85; (5) Handelsblatt, 25.4.85; (6) FAZ, 6.11.85 - (scc)

Asylrecht: Abschiebung schon an der Grenze

CDU/CSU und FDP haben sich auf erneute Beschränkungen des Asylrechts geeinigt. Das meldete am 25.6. die "FAZ". Der Ende letzten Jahres von den unionsregierten Ländern eingebrachte Gesetzentwurf (siehe auch S. 35) soll um zwei Neuheiten ergänzt werden. Erstens soll das Bundesamt für Asylangelegenheiten an allen Grenzübergängen "Außenstellen" schaffen, um als "offensichtlich unbegründet" erkannte Asylbewerber sofort bei der Einreise zurückweisen zu können. Auf diese Weise soll diesen jede Möglichkeit genommen werden, sich an die westdeutsche Öffentlichkeit zu wenden. Die zweite Ergänzung gilt als "Harmonisierung" von Asyl und Ausländerrecht. Danach werden alle "Nachfluchtgründe" künftig grundsätzlich nicht anerkannt. Gemeint ist: Wurden türkische Lohn-

abhängige 1976 von westdeutschen Kapitalisten rekrutiert, und begannen sie dann 1980 mit Propaganda gegen die Militärjunta und beantragen deshalb Asyl, so soll das von vornherein abgelehnt werden. Praktisch wird damit mehr als 90% der ausländischen Lohnabhängigen das Asylrecht grundsätzlich bestritten. - (rül)

In Schweden Asyl, in der BRD Auslieferungshaft

Flensburg. Seit dem 13.6.86 sitzt der Türke S. Yagiz in Flensburg in Auslieferungshaft. Er ist seit 1983 in Schweden als Asylant anerkannt und besitzt einen Flüchtlingspaß nach der Genfer Konvention. Auf der Durchreise nach Holland wurde er an der Grenze festgenommen. Er steht auf Ersuchen von Interpol Ankara im Fahndungsblatt des BKA, weil er 1979 in der Türkei auf einen Landsmann "aus Feindschaft" geschossen haben soll.

Dieser Vorwurf war auch Schweden als Mitglied von Interpol bekannt. Die Bundesregierung gibt der Türkei Gelegenheit, innerhalb von 40 Tagen ein förmliches Auslieferungsersuchen zu stellen. Dann will sie prüfen, ob es sich überhaupt um einen politischen Flüchtling handelt (!) und ob die Auslieferungsvoraussetzungen gegeben sind. Sie will Yagiz nicht mal gegen Kaution freilassen. Die "Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Terrors" bewährt sich! - (uwa)

Entschädigung für NS-Opfer aufgeschoben

Am 26.6. 1986 hat der Bundestag mehrheitlich beschlossen, vorerst keine Entschädigung zu leisten für diejenigen Opfer des deutschen Faschismus, denen bislang alle Entschädigungsansprüche gesetzlich abgesprochen wurden. Entgegen mehreren Anträgen der Grünen beschloß der Bundestag, bis 1. November des Jahres le-

BRD-Expertengruppe

**Weltraumforschung
muß verbessert werden**

Eine Expertenkommission hat einen Bericht über die Zukunft der europäischen und westdeutschen Weltraumforschung vorgelegt. Zu den "Experten" zählen Bundestagsabgeordnete, Vertreter der Rüstungsindustrie und -forschung, ein DGB-Vertreter, Ministerialdirigenten aus den Ministerien unter Anführung der Staatssekretäre Rühl (Verteidigung) und Stavenhagen (Auswärtiges). Die Herren fordern einmütig, den Umfang der Erforschung und Nutzung des Weltraums wesentlich auszuweiten.

Wirtschaftlichen Nutzen soll die Weltraumforschung abwerfen im Bereich Kommunikation und Fernmeldewesen durch die Forcierung der Satellitentechnik. Darüber hinaus bewirke die Weltraumforschung generell einen Auswurf technologischer Forschungsergebnisse, die den europäischen Konzernen zur Steigerung ihrer internationalen Konkurrenzfähigkeit zugute kommen können.

Die Verbesserung der weltraumgestützten Vermessungs-, Wetterbeobachtungs- und Fototechnologie wird schon deshalb verlangt, um bei zukünftigen politischen Entscheidungen unabhängig von den Erkenntnissen der USA zu sein. Eine europäische Eigenständigkeit sei auch deshalb geboten, weil diese Technologie sowohl "zivil" als auch militärisch nutzbar sei.

Militärisch wird der Nutzen der Weltraumforschung direkt und am stärksten sein, auch wenn die Kommission den Eindruck nicht aufkommen lassen will. Die BRD sei hier berufen, denn sie ist im Weltraumbereich, im Gegensatz z.B. zum Kern-

waffenbereich, "weder durch einseitige Verzichtserklärungen noch durch internationale Verträge gehindert". Erste militärische Funktion dieser Forschung ist die optische und elektronische Aufklärung, die mittlerweile für die Planung von Kriegshandlungen unerlässlich ist. Sie kann überdies als Instrument zur Überprüfung von ausgehandelten Abrüstungsschritten ausgegeben werden. Wörners Absicht, weltraumgestützt sowjetische Kurz- und Mittelstreckenraketen angreifen zu können, wird im Bericht ebenso gewürdigt wie die Möglichkeit, die Gefechtsführung und die Steuerung von Raketen aus dem Weltraum zu organisieren: "Es muß damit gerechnet werden, daß ein Teil des so gewonnenen Know-hows für die Modernisierung konventioneller Verteidigungsmittel wie Kampfflugzeuge, Lenkwaffensysteme oder Panzer verwendet werden kann, bis hin zu neuen Formen des 'battle management'." Auch der Betrieb von bemannten Raumstationen wird als technische Grundlage für solche Kriegsführung ausdrücklich erwähnt. Bemannte Raumfahrt wird wohl deshalb für so bedeutend erachtet, weil sie die Installation von Technologie im Weltraum verbessert, die Herstellung neuer Materialien in Schwerelosigkeit ermöglicht und große Stationen mit ungleich umfangreicherer Technik erlaubt.

Die SPD- und DGB-Vertreter haben sich zwar im Anhang von Kriegsführungsoptionen durch Weltraumtechnik distanziert, aber gegen den Plan, die WEU zum Organ militärischer Weltraumforschung zu machen, haben sie keine Einwände.

Konkret verlangen die Experten eine Stärkung der europäischen Kooperation. Es geht dabei um den Ausbau der europäischen Weltraumorganisation ESA und besonders um die

Förderung der Projekte ARIANE V und HERMES. ARIANE V ist die bereits beschlossene Trägerrakete, mit der auch bemannte Objekte transportiert werden können, und HERMES, bislang bestehend als von Frankreich vorgeschlagener Plan, ist das entsprechende Raumfahrzeug. Damit verfügte die ESA über ein komplettes Raumtransportsystem. Die BRD müsse hierbei, drängt der Bericht, den Finanz-Anteil von den üblichen 25 % auf 30 % erhöhen. Als eine nationale Aufgabe für die BRD wird die Erforschung von industrieller Nutzung von Raumplattformen und die Entwicklung eines Hochtechnologieprogramms "Automation und Robotik" gestellt.

Der Bericht ist zwar kein Regierungsdokument, aber er zeigt, wohin die Reise geht. Gegenwärtig gibt die BRD jährlich 87 Millionen DM für Weltraumforschung aus, bis 1990 soll sich dies verdoppeln. Es ist aber damit zu rechnen, daß demnächst viel höhere Beträge locker gemacht werden.

Quellenhinweis: Dt. Weltraumpolitik a.d. Jahrhundertchwelle, Bericht e. Expertengruppe, Bonn 1986 - (jok)

Südafrika/Azania

**Der Goldexport blüht,
BRD kauft und kauft**

Die BRD hat von Januar bis März dieses Jahres ihre Goldeinfuhren gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres um 24 % gesteigert. Die Hälfte dieser Goldeinfuhren stammte aus Südafrika/Azania. Von den südafrikanischen Goldmonopolen bezog die BRD in diesem Zeitraum für 182 Mio. DM 6762 Kilogramm Gold.

Diese Angaben aus der Außenhandelsstatistik des Statistischen Bun-

diglich einen Bericht vorzulegen über die bisherigen Wiedergutmachungsleistungen. Nach wie vor erhalten Sinti, Roma, Zwangsarbeiter, Zwangssterilisierte, Euthanasiegeschädigte, Homosexuelle und Kommunisten nichts. Die Grünen wollen ihre Anträge erneut einbringen. Sie bestehen auf einer öffentlichen Anhörung von Opfern und deren Verbänden. Die VVN-Bund der Antifaschisten verlangt ebenfalls, daß diese Anhörung noch in diesem Jahr durchgeführt wird. Die Vereinigung verlangt die Aufbringung der Gelder für die Einrichtung eines Fonds durch die Bundesregierung und die Konzerne, die Zwangsarbeiter ausbeuteten. Der Zentralrat der deutschen Sinti und Roma sieht in der Verschiebung eine "zynische Kalkulation mit der Zeit, da weitere Menschen sterben werden, ohne durch eine Entschädigung wenigstens eine Erleichterung ihres Lebens erfahren zu haben." - (anl)



Am 30.6. verurteilte das Schwurgericht Nürnberg K.H. Hoffmann u.a. wegen Freiheitsberaubung, Körperverletzung und Nötigung seiner Wehrsportbandenmitglieder zu neunzehn Jahren Haft. Trotz schwerwiegend belastender Zeugnisaussagen wurde er von der Anklage der Anstiftung zum Mord eines jüdischen Verlegers und dessen Lebensgefährtin freigesprochen. Während seine faschistischen Ziele in der Anklage nur eine geringe Rolle spielten, konnte er von Beginn an die Prozeßbedingungen diktieren. - (ola)

desamts unterstreichen die ungebrochene Nachfrage westdeutscher Kapitalisten nach den Goldbarren, die von den schwarzen Bergarbeitern in Azania unter furchtbarsten Arbeitsbedingungen aus der Erde geholt werden.

International ist die BRD schon lange einer der größten Nachfrager nach Gold. Nach Angaben des IMF sind etwa die offiziellen Goldreserven der BRD mit fast 100 Millionen Unzen die zweitgrößten der Welt. (Financial Times, 2.5.84) In den Jahren 1980 bis 1985 importierte die BRD 630 Tonnen Gold – fast ein Elftel der gesamten Goldproduktion weltweit – und bezahlte dafür 16,8 Mrd. DM. Mindestens die Hälfte davon dürfte auf direktem oder indirektem Weg in den Kassen der südafrikanischen Goldmonopole gelandet und so der Aufrüstung des Kolonialregimes zugutegekommen sein. Fast ein Sechstel dieser Goldeinfuhren waren Goldmünzen – an erster Stelle Krügerand aus Südafrika. Weitere 150 Tonnen Gold wurden zu Schmuck verarbeitet.

Die Nachfrage westdeutscher Goldhändler nach südafrikanischem Gold dürfte in nächster Zeit weiter zunehmen. In der bürgerlichen "Fachwelt" erwartet man nämlich sinkende Goldpreise. Der derzeitige Goldpreis – 342 Dollar je Feinunze, eine Feinunze entspricht 35 Gramm – werde, so vermutete etwa der Frankfurter Goldhändler Dr. Heraeus am 1. Juli im "Handelsblatt", schon bald fallen. Heraeus hat "in den vergangenen Monaten eine Zunahme des Goldangebots auf den internationalen Märkten beobachtet".

Heraeus führt das auf zunehmende Förderungen in Kanada, den USA, Australien und Brasilien zurück. Tatsächlich sank die südafrikanische Goldförderung nach offiziellen Angaben in den ersten drei Monaten auf 159 Tonnen, das entspricht 636 Tonnen im Jahr. 1985 hatten die südafrikanischen Goldmonopole ihre schwarzen Lohnabhängigen noch zur Förderung von 695 Tonnen Gold antreiben können. Dennoch dürften Verkäufe von südafrikanischem Gold – wenn nicht aus laufender Produktion, dann aus Vorräten – wesentlich zu dem wachsenden internationalen Goldangebot beitragen. Dafür sprechen die offiziellen Preise für Goldmünzen. Während z.B. kanadische Goldmünzen derzeit mit einem Aufschlag von 21% auf ihren "Goldwert" gehandelt werden, beträgt der Aufschlag für südafrikanische Krügerand nur knapp 17%. Trockene Auskunft der Dresdner Bank in Köln für diesen geringen Aufschlag: Das Angebot an Krügerand sei eben höher als bei jeder anderen Goldmünze. So verschafft sich das Kolonialregime dringend benötigte Devisen für seinen Gewaltapparat und der westdeutsche Goldhandel wird fett dabei. Quellenhinweis: Statistisches Bundesamt, Außenhandelsstatistik, Fachserie 7. Reihe 2, 1980 bis 3/86 – (rül)

Kampf um Anerkennung der Tarife

Streik bei der Pinselfabrik Sterkel

Die Pinselfabrik Sterkel in Ravensburg wurde fünf Wochen lang für höhere Löhne und einen neuen Rahmentarif bestreikt.

Sterkel hat mit sieben Heimarbeiterinnen insgesamt 70 Beschäftigte. 1977 übernahm Coronet mit Sitz in Waldmichelbach im Odenwald den Familienbetrieb. Coronet ist nicht im Arbeitgeberverband. Der Firmentarif bei Sterkel liegt – gemessen am Ecklohn – 370,22 DM unter dem Tarif der Holzindustrie. Seit Februar 1984 wurde überhaupt keine Lohnerhöhung mehr gezahlt. 90% der Beschäftigten sind Frauen. Eine Arbeiterin mit viel Erfahrung kam im Akkord gerade auf 12 DM in der Stunde. Von den 70 Beschäftigten sind 46 in der Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK) organisiert. In der Urabstimmung stimmten sie einstimmig für unbefristeten Streik ab 22. Mai gegen das "Angebot" des Sterkel-Geschäftsführers Lehr: 15 Monate Lohnpause, 4% ab April 1986.

höht. Seit Ende Mai wurden die Heimarbeiterinnen vom Illensee ins Werk gekarrt und Leiharbeiter aus dem 80 km entfernten Ulm angeheuert. Daraufhin unterstützten Streikposten aus anderen Gewerkschaften die Streikenden. Am 2. Juni fuhren 41 der 46 Streikenden in die Konzernzentrale im Odenwald. Die Geschäftsführung unternahm alles, damit die Streikenden nicht in Kontakt mit der Odenwald-Belegschaft kamen. In Waldmichelbach liegen die Löhne noch unter denen in Ravensburg. Konzernchef Weihsch erklärte sich nicht für zuständig. Der Sterkel-Firmentarif sei Sache des Sterkel-Geschäftsführers Lehr.

Am 5. Juni erwirkte Lehr beim Arbeitsgericht Ulm eine Verfügung: Verlangt wurde eine drei Meter breite Streikbrechergasse und keinerlei "psychische Gewalt" gegen Arbeitswillige. Gedroht wurde mit Ordnungsgeld von einer halben Million DM und/oder ein halbes Jahr Haft für jede ein-



"Wir müssen den Streik durchhalten. Wir haben nichts mehr zu verlieren." Das war die Auffassung der streikenden Arbeiterinnen gegen die Drohung mit Werksschließung. Bild: Protestmarsch der Streikenden in Ravensburg.

Die Streikforderungen: 6% mehr Lohn und Gehalt rückwirkend ab Februar 1985. Anerkennung des Manteltarifs der Holzindustrie, 38,5 Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich. Bis 1988 stufenweise Erhöhung des Urlaubs auf 30 Arbeitstage. Die Forderungen wurden im Verlauf des Streiks weiter präzisiert in Richtung Anerkennung der Branchentarife. Die Forderungen nach einem Gehaltsrahmen und Teil eines 13. Monatseinkommens wurden mit aufgenommen. Anerkennung des Lohntarifs der Holzindustrie stand nicht zur Diskussion.

Gleich nach Streikbeginn hatte Sterkel das Arbeitsquantum für die Justizvollzugsanstalt Hinzstobel er-

zelne Zuwiderhandlung. "Wir können gar nicht mehr anders. Wir müssen durchhalten." Das war die Meinung der Streikenden. "Wir haben uns schon viel zu lange hinhalten lassen, Sterkel müsse dichtmachen, wenn wir mehr Geld verlangen." Dabei spielt die persönliche Abhängigkeit vom – bis vor zehn Jahren – Familienbetrieb eine große Rolle. Die meisten sind 15, 20, manche sogar fast 50 Jahre im Betrieb, von der Lehre bis zur Rente.

Geschäftsführer Lehr gelang es, mit Stilllegungsdrohungen die Belegschaft in den letzten 15 Jahren von 180 Leuten auf 70 runterzurationalisieren. Und es wird mehr produziert. Als Lehr vor zwei Jahren die Gehälter um 10%

Die Pinselfertigung ist reine Handarbeit

Zunächst müssen je nach Serie z.B. 1000 Portionen Borsten für die verlangte Pinselstärke abgewogen und in Halterinnen gefüllt werden. Auf die paß gestoßenen Borstenenden wird übel stinkender Kitt aufgetragen. Die nächste Arbeiterin drückt den Pinselboden, auf dem der Stiel, in den Kitt. Dann schleudert sie die noch losen Borsten aus. Anschließend drückt sie die Borsten auseinander, nagelt ein Korkstück auf den Pinselboden, bindet die Borsten fest um den Kork und leimt den Verband. Die Pinselköpfe werden eingeweicht und im Ofen getrocknet. Zum Schluß müssen die Pinsel exakt beschnitten werden.

Um das Tempo auf die Spitze zu treiben, wurde bei fast allen Arbeitsgängen und Pinseltypen Akkord eingeführt. 100% Akkord ist auch mit jahrelanger Übung kaum zu erreichen. Eine erfahrene Arbeiterin kommt jetzt auf 12,50 DM die Stunde.

Die Herstellung feinsten Künstlerpinsel

Die feinsten sind aus Marderhaaren. Es erfordert trainierte Fingerfertigkeit, um immer exakt die richtige Portion Haare aufzunehmen. Ein paar Haare zuviel, und das Einfädeln in die Haltehülse gelingt nicht. Auch wenn es in der Halle noch so stickig ist, die Fingerspitzen müssen absolut trocken bleiben. Kitt setzen in genau dosierten Tröpfchen, das Haarbündelchen binden, kneten, die Fadenenden ganz präzise abschneiden. Zu kurz – und der Knoten löst sich; zu lang – und der Pinselstiel

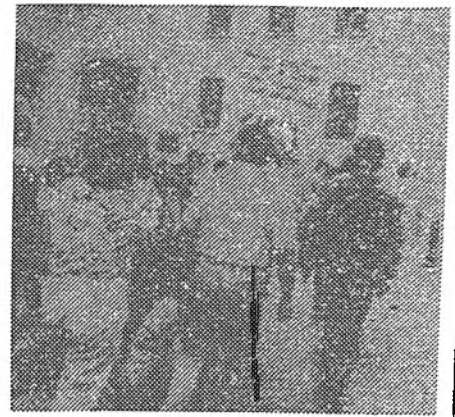
lässt sich nicht montieren. Können und Sorgfalt braucht es, um die Bündelchen immer in gleicher Länge abzubinden, ein Haar neben dem anderen. Zum Schluß spitzt die Pinselherstellerin den Pinsel mit den Lippen an und senkt eventuell noch überstehende Haare über einer kleinen Flamme ab. Der Künstlerpinsel muß einen ganz sauberen Strich geben.

Das ganze 150 mal in eineinhalb Stunden. Für jeden Pinselkopf weniger als eine Minute. Dann hat sie 100% Akkord erreicht. 100% sind 11,50 DM in der Stunde. "Schaffe ich mal einen höheren Akkord, verdiene ich nicht mehr, sondern brauche das als Ausgleich für Pinsel, wo der Akkord schlecht läuft. – Marderhaare werden in Gramm bezahlt, im Preis wie Gold. Das sollen wir bei der Arbeit bedenken. Aber uns selber behandeln die wie das Letzte."

Das Wickeln von Malerwalzen

Die Lammfellwalzen sollen flauschig weich und schneeweiß sein. Die Lammfelle werden zunächst in Streifen von 48 mm geschnitten. Beim Durchlassen durch die Maschine muß die Zuschneiderin das Fell abtasten, alle Löcher und jede Verunreinigung rausschneiden, die Bahnen nach Dicke und Fellbeschaffenheit sortieren und zu Rollen zusammenbinden, woraus dann die nächste Arbeiterin ein Endlosband näht.

"Wenn die Finger den ganzen Tag übers Fell tasten, schwirren die Gedanken überall hin. Aber wehe ich übersehe ein Loch." Die Zuschneiderin arbeitet nicht im Akkord. Doch alle folgenden Arbeitsgänge sind im Akkord. Sie muß wirbeln, sonst fehlt den anderen das Material, um ihren Akkord zu halten. "Als ich vor 17 Jahren



Einmarsch der Streikbrecher. Die Streikenden empfangen sie mit einem Plakat: "Wer den Streik bricht hier bei Sterkel, ist ein Schwein, nicht nur ein Ferkel!"

anfang, haben wir zu acht zugeschnitten. Jetzt bin ich allein. Aber es werden mehr Walzen hergestellt." Nach dem Nähen des Endlosbandes klopft die dritte Arbeiterin die Nähte. Eine vierte trägt eine gleichmäßige dicke Schicht Leim auf ein 2 m Papprohr, den Walzenkörper, auf. Die Wicklerin schneidet das Fellbandende schräg ab, heftet die Spitze fest und wickelt das 48 mm breite Fellband in schrägen Bahnen auf das zwei m lange Rohr. Stoß bei Stoß. Die Fingerspitzen immer am Fellbandrand, damit die Fellhaare abstecken und nicht in den Leim hängen.

Das Soll sind 100 solcher 2-Meter-Rohre am Tag. Der Leim stinkt, ist giftig und zieht in die Augen. Alle tragen eine Brille, weil sie sich die Augen verdorben haben. Eine mußte in Frührente, weil sie auf die Lammfellwickerei mit Ausschlag, Quaddeln auf den Armen und Lähmungen reagierte.

kürzte und auch Kürzungen der Löhne ankündigte, stand es schon einmal kurz vor einem Streik. Mit der Zusage, bei den Löhnen keine direkte Kürzung vorzunehmen, konnte der Streik abgeboten werden. Jetzt, 1986, war man sich einig.

Der Streik bei Sterkel ist seit Jahren der erste unbefristete Streik in der Region; kurze Warnstreiks gab es anlässlich von Tarifverhandlungen. Auf einer Funktionärskonferenz am 5.6., dem Tag der gerichtlichen Verfügung, erklärten Vertreter der verschiedenen DGB-Gewerkschaften, daß sie den Streik bei Sterkel zu ihrer eigenen Sache machen werden. Das ist auch notwendig, unternehmen die Kapitalisten doch alles, Frauen wieder ganz in die Zuverdienerrolle zu drücken. Sie haben die schikanösesten Arbeitsbedingungen, und der Lohn reicht nie für ein selbständiges Leben – höchstens für die Miete.

Am 13.6. kam es dann ganz übertra-

schend zu einer Einigung mit Geschäftsführer Lehr. Der Stundenlohn sollte vorweg um 31 Pfennig angehoben und 3,5% ab 1.4.86 gezahlt werden. Die Rahmenforderungen sollten, wie gefordert, übernommen werden. Am 14.6. legte die Konzernleitung in Waldmichelbach ihr Veto ein. Lehr hätte keinerlei Befugnis. Der Streik ging weiter. Am Montag, dem 16.6. bekräftigten über 100 auf einer Demonstration die ursprünglichen Forderungen. Nach der gescheiterten Einigung bemühte sich die GHK um Schlichtungshilfe durch die Landesregierung. Staatssekretär Mühlbeyer vom Arbeits- und Sozialministerium wurde als Schlichter eingeschaltet. Das erste Gespräch fand am 19.6. statt. Mühlbeyer forderte, daß bei den Verhandlungen am 23.6. auch Konzernchef Weihrauch teilnehmen solle.

Am Morgen des 23.6. gelang es 250 Gewerkschaftern, den Betrieb abzu-

riegeln. 17 Polizisten versuchten, die vom Gericht verlangte drei Meter breite Streikbrechergasse durchzusetzen. Sie schleusten schließlich 14 Streikbrecher in den Betrieb. Die Schlichtung am selben Tag brachte Einigung. Das Ergebnis nach fünf Wochen Streik:

4% mehr Lohn und Gehalt rückwirkend ab 1.2.86. Einmalig 600 DM als Ausgleich für das Lohnpausejahr 1985. 3% mehr ab 1.4.87, Laufzeit bis 1.4.88. Jährliche Sonderzahlung von 60% eines Monatseinkommens. Die Arbeitszeit wird stufenweise bis 1989 auf 38,5 Wochenstunden verkürzt bei vollem Lohnausgleich. Der Urlaub wird stufenweise bis ebenfalls 1989 auf 30 Tage verlängert. Die Streikenden werden zu unveränderten Bedingungen weiterbeschäftigt. Maßregeln wegen des Streiks sind unzulässig.

Bei der Urabstimmung lehnten 11 der 46 Streikenden das Ergebnis ab. – (anh, utf)

Flexibilisierung der Arbeitszeit

Positionspapier des IG Metall-Vorstands – nützliche Kritik, aber auch Irrtümer

Der Vorstand der IG Metall hat im Juni über die Tariffbewegung 1987 beraten und dazu ein Positionspapier "Arbeitszeitflexibilisierung und Arbeitnehmerinteressen" verabschiedet. Es enthält eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit der Flexibilisierung und bedarf einer eingehenden Diskussion auch unter den revolutionären Sozialisten.

Der größere Teil des Dokuments ist eine Kritik des Flexi-Konzepts der Kapitalisten und der reaktionären Politik. Das ist neu und praktisch wichtig. Immerhin hat die IGM 1984 im Streik für die 35-Stunden-Woche Flexi-Bestimmungen im Tarif unterschrieben. Und sie hat lange die Kritik auf kleiner Flamme gehalten und die betrieblichen Auswirkungen heruntergespielt.

Das ist in dem Positionspapier endlich anders. Dort wird festgestellt, daß die Flexibilisierung der Arbeitszeit und überhaupt der Arbeitsbedingungen ein weitreichendes Interesse der Kapitalisten ist; daß die Flexibilisierung den Kapitalisten nützt, indem sie den Lohnabhängigen schadet; daß die Nutzung der Arbeitskraft durch die Unternehmer unter gesundheits-schädlichen Bedingungen intensiviert wird; daß Flexibilisierung partnerschaftliche Zusammenarbeit und Aufgabenteilung in der Familie sowie Teilnahme am sozialen, kulturellen und politischen Leben erschwert oder verhindert; daß die Beschäftigungswirkung durch intensivere Nutzung und flexiblen Einsatz der Arbeitskräfte negativ ist; daß Flexibilisierung zu Lohnsenkungen führt und die Abhängigkeit der Beschäftigten verstärkt. An weiteren Vorhaben der Kapitalisten erwartet der IGM-Vorstand die Auflösung jeglicher genereller Arbeitszeiten und die Ausdehnung der Betriebsnutzungszeit auf 24 Stunden am Tag und alle Tage der Woche.

In dieser Kritik finden sich – das sollte die Aufzählung deutlich machen – wichtige Ansatzpunkte für die theoretische Kritik und die praktische Bekämpfung der Kapitalisten und der konservativen und liberalen Politik; auch der sozialdemokratischen Politik, wo sie sich den Flexi-Vorstellungen öffnet. Diese kritischen Positionen gilt es zu bestärken. Das gilt auch für eine Reihe von Forderungen wie nach dem Verbot von Kapovaz, der Verhinderung von Samstags- und Sonntagsarbeit. Achtstundentag als tägliche Obergrenze, keine Verlängerung des Ausgleichszeitraums für variable Arbeitszeiten, abschließende Festlegung der Arbeitszeit in den Tarifen. Diese Positionen sind bisher in

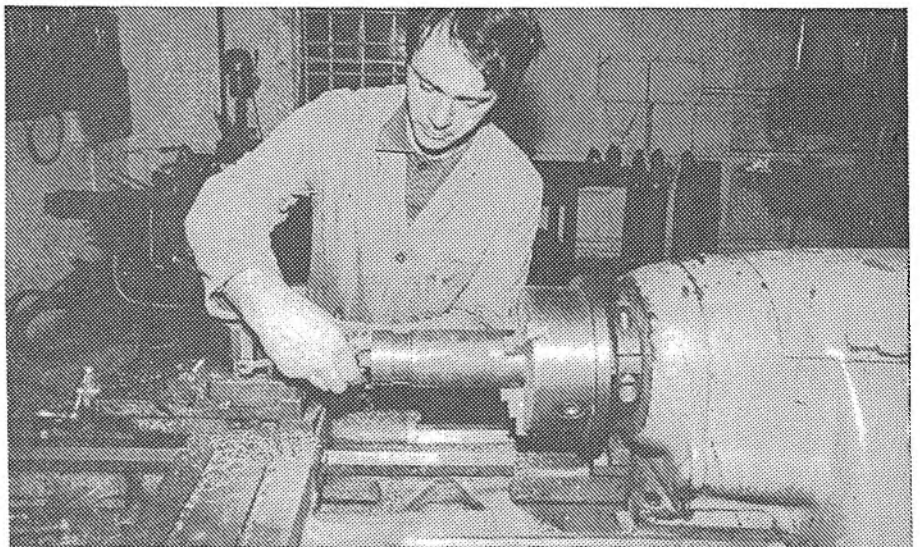
der IGM keineswegs gefestigt.

Was bei den Zielpunkten des Positionspapiers ganz fehlt, ist die Bekämpfung der gesetzlichen Breschen für die Flexibilisierung. Kritik an der gesetzlichen Arbeitszeit, der heutigen Regelungen wie der Regierungsvorhaben für mehr Flexibilität, speziell beim Sonntag, findet sich überhaupt nicht. Und auch beim Beschäftigungsförderungsgesetz mit seiner Förderung von Teilzeit, befristeter Arbeit und Leiharbeit bleibt offen, was daraus werden soll. Mit Tarifverträgen aber können Flexi-Gesetze – gerade bei hoher Arbeitslosigkeit – nicht neutralisiert werden.

Beunruhigend sind die Überlegungen über "mit- und selbstbestimmte Arbeitszeiten". Was in dem Positionspa-

braucht keine flexible Arbeitszeit, sondern einen Normalarbeitstag möglichst ohne Schicht, Nachtarbeit usw. Und dazu eine ausreichende Versorgung mit öffentlichen Einrichtungen für die Kinder. Flexi-Tarife können dafür kein Ersatz sein.

Wenn es dem IGM-Vorstand um "Zeitsouveränität der Arbeitnehmer", um "Arbeitszeitwünsche der Arbeitnehmer" geht, warum dringt er dann nicht auf Regelungen, daß die Beschäftigten anfallende Freizeit wie Urlaub behandeln können, also selber entscheiden, wann sie sie in Anspruch nehmen. Warum das Ganze zur "Flexibilisierung" stilisieren? Wenn damit beabsichtigt ist, das reaktionäre Konzept der Kapitalisten mit anderem Inhalt zu füllen und dadurch zu schwächen, wird man sein blaues Wunder erleben. Die Flexi-Losung der Kapitalisten ist nämlich gezielt gegen den Kollektivismus der Arbeiterbewegung entwickelt. Der Versuch einer Übernahme durch die IG Metall würde nicht die Kapitalisten in Verlegenheit



Die Bekämpfung der gesetzlichen Breschen für Flexibilisierung wie Beschäftigungsförderungsgesetz und AZO spielt in dem Dokument leider keine Rolle.

pier eher eine untergeordnete Rolle zu spielen scheint, hat Hans Janßen auf einer Pressekonferenz zur Tariffbewegung 1987 als "Flexibilisierung im Arbeitnehmerinteresse" an die erste Stelle gerückt. Der Pressedienst der IG Metall erschien daraufhin am 18.6. mit der Schlagzeile "IG Metall will flexible Arbeitszeiten". Das Handelsblatt und andere bürgerliche Blätter haben sie nachgedruckt und mit Befriedigung kommentiert.

Offenkundig plant der IGM-Vorstand eine Kampagne "Arbeitnehmer-Flexi statt Unternehmer-Flexi". Das wäre keineswegs eine schlaue Taktik. Arbeiterinteressen bei der Arbeitszeit verlangen nicht nach "Flexibilität", sondern nach "Normalität". Am Beispiel der von Janßen angeführten Familie mit kleinen Kindern: Sie

bringen, sondern nur die eigene kritische Position gegen die Kapitalisten schwächen.

Ein Problem ist auch, daß die tarifliche Begrenzung der Betriebsnutzungszeit nur sanft angedroht wird ("für die Zukunft zu überlegen"), ohne damit für 1987 ernst machen zu wollen. Die Begrenzung der Betriebsnutzungszeit ist aber entscheidend, um den Kapitalisten den Weg in immer mehr Nachtarbeit und ins Wochenende zu verbauen. Und peilt der IGM-Vorstand für die Tariffbewegung 1987 – wofür einiges spricht – die allgemeine Einführung von Gleitzeitsystemen (als "arbeiterorientierte Flexibilisierung") an, wäre die Setzung von Eckpunkten für die Gleitzeit durch Begrenzung der Betriebsnutzungszeit erst recht wichtig. – (rok)

Arbeitszeitflexibilisierung – aus dem Positionspapier der IG Metall

(Das Papier besteht aus den Abschnitten 1. Einleitung, 2. Praktizierte Formen flexibler Arbeitszeiten, 3. Ziele und Strategien der Arbeitgeber zur Arbeitszeitflexibilisierung, 4. Gewerkschaftliche Beurteilung der Flexibilisierungsstrategien und flexible Arbeitszeitmodelle der Arbeitgeber, 5. Mit- und selbstbestimmte Arbeitszeiten anstatt kapitalorientierter Arbeitszeitflexibilisierung. Eine vollständige Fassung ist dem Nachrichtendienst der Arbeitsgemeinschaft Stahl- und Metallindustrie beigelegt und kann bei dessen Redaktion für 1 DM Unkostenbeitrag bestellt werden).

3. Ziele und Strategien der Arbeitgeber zur Arbeitszeitflexibilisierung

3.1. Mit dem Tarifabschluß des Jahres 1984 sind die Flexibilisierungsvorstellungen des Arbeitgeberlagers in Sachen Arbeitszeit (und natürlich auch darüber hinaus) weder quantitativ noch qualitativ erfüllt.

*Quantitativ geht es den Arbeitgebern darum, die Differenzierungsmöglichkeiten zu erweitern (d.h. die Anerkennung jedes Teilzeitarbeitsverhältnisses als "Regelarbeitszeit") und damit die Auflösung jeglicher genereller Regelarbeitszeit, sei es als abschließende Tarifnorm, sei es als Durchschnittsnorm zugunsten einer nur noch individuellen Regelarbeitszeit...

*Unter qualitativen Aspekten geht es dem Arbeitgeberlager um eine Verlängerung der Betriebsnutzungszeit an allen Tagen der Woche und während 24 Stunden am Tag, d.h. also konkret um den Pausendurchlauf bei sämtlichen Pausen (Pausen aufgrund von Erholzeiten, Pausen zur Essenseinnahme, AZO-Pausen), Einbeziehung des Samstages in die regelmäßige Arbeitszeit und Ermöglichung der Sonntagsarbeit in einer Vielzahl von Fällen. Damit soll die Anpassung der Beschäftigung an das niedrigste Produktionsniveau und der Ausgleich von Produktionsspitzen durch Verlagerung der regelmäßigen Arbeitszeit in diese Zeiträume, die Vermeidung der Mitbestimmungsmöglichkeiten und der Kosten, die sonst bei Mehrarbeit erforderlich sind, errechnet (soll vermutlich heißen: erreicht, d. V.) werden. Den Arbeitgebern geht es um eine möglichst große Verringerung der technischen und räumlichen Produktionskapazitäten (Fabrikhallen, Verwaltungsgebäude und Maschinen), um eine maximale Auslastung dieser Betriebsmittel über eine Entkoppelung von Arbeits- und Betriebszeit sowie eine Verdichtung der Arbeit durch maximale Ausnutzung des menschlichen Arbeitsvermögens...

5. Mit- und selbstbestimmte Arbeitszeiten anstatt kapitalorientierter Arbeitszeitflexibilisierung

5.1. Die IG Metall stellt sich damit nicht grundsätzlich gegen jede Form von neuen Arbeitszeiten und neuen Arbeitszeitregelungen. Sie wird selbstverständlich – wie bisher – weitere generelle Arbeitszeitverkürzung für alle Arbeitnehmer fordern, dafür mobilisieren und nötigenfalls auch kämpfen. Die 35-Stunden-Woche ist und bleibt das wichtigste und vorrangigste Ziel qualitativer Tarifpolitik.

Je kürzer die regelmäßige Arbeitszeit pro Woche wird, desto größer wird das Interesse der Arbeitnehmer an der Lage und Verteilung dieser Arbeitszeit in ihrem Sinne. Von daher wird das Problem, ob Lage und Verteilung der Arbeitszeit nach den Wünschen der Arbeitnehmer oder im Interesse der betrieblichen Erfordernisse geregelt wird, aus der Arbeitszeitdiskussion für die Zukunft nicht mehr wegzudenken sein.

Das betriebliche Interesse ist vor allem darauf gerichtet, die Arbeitszeiten den Produktionsschwankungen an-

zupassen bzw. durch Ausweitung der Betriebsnutzungs- und Maschinenlaufzeiten die Kapitalstückkosten zu senken und so bei möglichst gleichbleibendem Kapitaleinsatz die Produktion zu steigern...

Das Interesse der Arbeitnehmer ist dagegen auf geregelte und planbare Arbeitszeit, die über längere Zeiträume hinweg überschaubar ist, gerichtet. Für die Gestaltung der Arbeitszeit sind bei einzelnen Arbeitnehmern oder bestimmten Gruppen von Arbeitnehmern (z.B. älteren Arbeitnehmern, Eltern von Babies oder Kleinkindern) spezifische Lebensumstände für eine Gestaltung von Lage und Verteilung der Arbeitszeit nach ihren Interessen maßgebend (z.B. späterer Arbeitsbeginn, verlängertes Wochenende, früheres Arbeitsende).

Deshalb verlangt das Interesse der Arbeitnehmer die tarifliche Normierung von Eckpunkten flexibler und variabler Arbeitszeiten und vor allem die Sicherung von Gestaltungsmöglichkeiten nach ihren Interessen.

5.2. Die IG Metall strebt eine kürzere Wochenarbeitszeit an, um Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen, die Arbeit zu humanisieren und die Lebensqualität für abhängig Beschäftigte und ihre Familien zu verbessern.

Neue Arbeitszeitformen und -regelungen dürfen diese Wirkungen nicht zunichte machen und müssen akzeptabel für die Beschäftigten sein. Sie dürfen

- keine negative Beschäftigungswirkung haben,
- nicht zu zusätzlichen Belastungen führen,
- die Freizeitsituation nicht verschlechtern,
- das Entgelt der Arbeitnehmer nicht mindern.

Zur Wahrung kollektiver Interessenvertretung muß die Gestaltungs- und Normierungsfunktion von Tarifverträgen und der IG Metall als Tarifvertragspartei in grundlegenden Fragen der Arbeitszeitgestaltung erhalten bleiben.

5.3. Für künftige tarifliche Regelungen ergeben sich daraus u.a. folgende Zielsetzungen und Orientierungspunkte:

- Abwehr der Differenzierung von Arbeitszeiten und ihre Ausweitung (unterschiedliche Arbeitszeiten der Dauer nach) bei weiterer Arbeitszeitverkürzung mit allem Nachdruck; die Arbeitszeit für das "Normalarbeitsverhältnis" sollte als unmittelbarer Anspruch für den einzelnen Arbeitnehmer wieder abschließend im Tarifvertrag geregelt sein.
- Abwehr variabler und flexibler Arbeitszeitsysteme, die zur Individualisierung von Arbeitszeiten führen, wie z.B. Kapovaz, Jahresarbeitszeit, Job-sharing, verdeckte Schichtarbeit usw.
- Sicherung des freien Wochenendes (Samstag und Sonntag); keine zusätzliche Einbeziehung des Samstags in die Verteilung der regelmäßigen Arbeitszeit;
- Erhaltung des 8-Stunden-Tages als Höchstgrenze der regelmäßigen täglichen Arbeitszeit (ohne Mehrarbeit und Vor- bzw. Nacharbeit);
- Erhaltung des jetzigen Ausgleichszeitraums bei ungleichmäßiger Verteilung der regelmäßigen Arbeitszeit auf die einzelnen Wochen...
- zwingender Freizeitausgleich für Mehrarbeit ab der ersten Mehrarbeitsstunde und Festlegung eines eng begrenzten Ausgleichszeitraumes: Wahlmöglichkeit zwischen Geld und zusätzlicher bezahlter Freizeit bei den Zuschlägen;
- Verwirklichung von zusätzlichen Freizeitzuschlägen für sozial beeinträchtigende oder gesundheitsschädliche Arbeitszeiten, wie Nachtschicht, Spätschicht, Samstagsarbeit und für Arbeitnehmergruppen, z.B. ältere Arbeitnehmer oder Arbeitnehmer mit besonders belastenden Arbeitsbedingungen...
- tarifliche Regelung von Eckpunkten für versetzte Arbeitszeit und Gleitzeit;
- tarifliche Regelung von Mindestbedingungen für Teilzeitarbeit...

Peru

Die Kommunistische Partei Perus (PCdEP) kämpft für revolutionäre Veränderung

Im Auftrag von Präsident Garcia ermordeten die Militärs am 18./19.6. über 400 politischen Gefangene.

Damit sollte der Kampf der Kriegsgefangenen unter Führung der PCdEP physisch vernichtet werden. In zwei Abkommen mit den Gefangenen vom Juli und Oktober 1985 hatte die Regierung den Sonderstatus der Gefangenen anerkennen und zahlreiche Zugeständnisse machen müssen.

Mit ihrer Berichterstattung hatte die bürgerliche Presse den Militärterror vorbereitet. Sie hetzte haßerfüllt gegen den bewaffneten Kampf der PCdEP und beschimpfte sie als die "merkwürdigste Guerilla Südamerikas", "Steinzeitkommunisten wie Pol Pot" oder "fanatische, grausame Terroristen". Eine wesentliche Rolle bei der Hetze gegen die PCdEP spielt auch der Rassismus der Europäer. Er wird verbreitet von den herrschenden Klassen in Peru, die zumeist von den spanischen Kolonialisten abstammen, und richtet sich gegen den Kampf der unterdrückten und ausgebeuteten indianischen Bevölkerungsmehrheit. Häufig schlugen und schlugen linke Zeitungen und Organisationen in die gleiche Kerbe.

Die PCdEP ist eine marxistisch-leninistisch-maoistische Partei. Sie entstand während der Spaltung der kommunistischen Weltbewegung zu Beginn der sechziger Jahre und wurde geprägt von den Erfahrungen der chinesischen Kulturrevolution. Die PCdEP kam zu der Auffassung, daß die politische Macht als Voraussetzung für die Errichtung einer Neuen Demokratie "nur mit revolutionärer Gewalt durch den bewaffneten Kampf eines Volksheeres" erobert werden kann. Nach dem Scheitern zweier Guerillaorganisationen Mitte der 60er Jahre mußte die PCdEP die Strategie des bewaffneten Kampfes in Peru neubestimmen. Dies war auch deshalb bedeutend und notwendig, weil ein Teil der Linken jetzt den Weg des "friedlichen Übergangs" propagierte. Die PCdEP entwickelte gestützt auf die Schriften von Mao Tsetung eine neue Guerillastrategie: Damit sich der bewaffnete Kampf als Massenkampf entwickeln kann, muß er sich zunächst auf die Gebiete konzentrieren, in denen es möglich ist, revolutionäre Stützpunktgebiete aufzubauen, um dann in weiteren Etappen die Städte vom Land her zu erobern.

Die PCdEP charakterisiert die peruanische Gesellschaft als halbfeudal und halbkolonial. Fast 50% der Erwerbstätigen sind in der Landwirtschaft tätig und nur 14% in der Industrie, 30-50% arbeitslos. Die überwie-

gende Mehrzahl der zumeist indianischen Bauern bewirtschaftet weniger als fünf Hektar und lebt in großer Armut. Auf 60% des Bodens führen Großgrundbesitzer Latifundien, große Weidebetriebe und kapitalistische Plantagen. Peru führt für fast 1/2 Mrd. US-\$ pro Jahr Lebensmittel ein.

Die erste Kampagne, die die PCdEP 1980 nach dem Ende der Militärregierung einleitete, hieß "Ruft den bewaffneten Kampf ins Leben". Die in der Provinz Ayacucho durchgeführten Aktionen konzentrierten sich auf die Bodenfrage. Gemeinsam mit armen Bauern überfiel die Guerilla Großgrundbesitzer, verteilte die Ernte, oder sie drangen in die Ländereien ein, um ihre Saat zu pflanzen, und kehrten später zur Ernte zurück. Bald wuchsen die ersten militärischen Abteilungen auf Zugstärke an. Sie marschierten nachts und griffen tagsüber Polizeiposten und andere Einrichtungen des Staates an. In den Städten, insbesondere in den Slums unter der vertriebenen Landbevölkerung, organisierte die PCdEP Zellen. Deren Aufgaben bestanden darin, den Kampf

sche Einheiten geschaffen werden konnten als Vorstufe zur Bildung von revolutionären Stützpunktgebieten. 1982 gründete die PCdEP erste Volksgerichte, Volkskomitees und Volksmilizen in den Gebieten, in denen die bürgerliche Staatsgewalt vertrieben war. Die Volkskomitees übernahmen die Organisation des öffentlichen Lebens, beschlossen Produktion, Ernte und Verteilung der Nahrungsmittel. Mit ihrer Hilfe konnten die indianischen Dorfgemeinschaften den mächtigen Einfluß der Händler und Wucherer brechen und die Selbstversorgung organisieren.

Ab 1982 häuften sich Desertationen in Polizei und Militär, viele liefen zur Guerilla über. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte die Guerilla der PCdEP 80% der Provinz Ayacucho und einen großen Teil der benachbarten Andenprovinzen unter Kontrolle. Die Regierung Belaunde verhängte den Ausnahmezustand über fast alle Provinzen des Landes und entsandte weitere 4000 Soldaten ins Andenhochland. Anti-Guerilla-Truppen überfielen Dörfer, machten Hunderte von Menschen nieder. Sie zwangen die Überlebenden, in ihre "Dorfmilizen" einzutreten und in "Wehrdörfern" zu wohnen.

Die PCdEP führte zwischen Mitte 1983 und Mitte 1984 die Kampagne "Verteidigen, entwickeln, aufbauen" durch. Sie mußte durch das massive



Revolutionäre Kunst von Kriegsgefangenen. Die PCdEP führt den Kampf der Gefangenen. Sie organisiert die Versorgung, Schulungen und Ausbildung.

auf dem Lande zu unterstützen, die Infrastruktur in den Slums zu organisieren und bewaffnete Abteilungen zu gründen. Sie lernten Blitzkundgebungen durchzuführen, um z.B. ein Regierungsgebäude oder eine andere Zielscheibe zu umringen, zu vernichten und sich nachher wieder zu zerstreuen.

In einer weiteren Kampagne unter dem Namen "Schläge versetzen" griffen die Guerillaeinheiten Militärstationen und Waffenlager an, um Waffen zu erbeuten, damit größere militäri-

Auftreten der weiter angewachsenen Regierungstruppen strategische Rückzüge antreten.

Zu Beginn der folgenden Kampagne "Fangt den Großen Sprung an" lebten rund 100000 Menschen in den befreiten Gebieten in wirtschaftlicher Selbstversorgung. An einer Massendemonstration anlässlich der Beerdigung einer Guerillaführerin 1982 demonstrierten 30000 Menschen unter roten Fahnen in einer 80000 Einwohner zählenden Stadt. Die PCdEP führte verschiedene erfolgreiche Streiks in

Städten der Andenprovinzen durch. Waren während der 70er Jahre die Mehrzahl der PCdEP-Mitglieder noch Intellektuelle, die zumeist aus Bauernfamilien stammten, so sind heute 95 % Bauern und Landarbeiter. 1983 gab die PCdEP ihre bewaffneten Kämpfer mit ca. 2500 an, darunter viele Frauen. Die bürgerliche Presse schätzt sie derzeit auf sechstausend bis achttausend.

Anlässlich der Parlamentswahlen 1985 führte die PCdEP eine Kampagne gegen Wahlbeteiligung durch. Die Regierung verstärkte die Anti-Guerillatruppen von 29000 auf 45000. Zur Durchsetzung des Wahlzwangs und zur Feststellung der zu bestrafenden Nicht-Wähler standen insgesamt 150000 Militärs und Polizisten bereit. Zur Kenntlichmachung mußten die Wähler ihren Mittelfinger in eine rote, schwer abwaschbare Flüssigkeit halten. Trotz gewaltigem propagandistischen, finanziellen und militärischen Aufwand konnte die Reaktion

keine vorzeigbare Abstimmung gegen die Guerilla veröffentlichen. Von insgesamt 11,2 Mio. Wahlberechtigten haben sich nur 8,3 Mio. als Wähler registrieren lassen, von ihnen haben 15 % nicht gewählt, 20 % ungültig gewählt oder ihren Wahlzettel weiß zurückgegeben. In drei Andenprovinzen wählten zwischen 25 und 30 % nicht, zwischen 37 und 40 % ungültig. Obgleich die Wahl um einen weiteren Tag verlängert wurde, wählten insgesamt nur 5,6 Mio. Menschen.

Andere linke Organisationen haben ebenfalls den Guerillakampf aufgenommen. Die MRTA ("Tupac Amaru") operiert hauptsächlich in den Städten. Die MIR-Cuarta-etapa in der Provinz Cajamarca wahrt ihre organisatorische Selbständigkeit, unterstellt sich aber in einzelnen Aktionen der Führung der PCdEP. Die Partei Pukallajta, die über beträchtlichen Einfluß im staatlichen Bergbaukomplex Centromin verfügt, hat sich aufgelöst und der PCdEP angeschlossen.



Ordensgeschmückter Willy Brandt – Während der Tagung der SI in Lima zeichnete ihn Präsident Garcia für seine Unterstützung aus.

Innerhalb des Wahlbündnisses Vereinigte Linke (IU), das 20 % der Stimmen bei den letzten Wahlen erhielt und revolutionäre wie auch reformistische Parteien einschließt, überwiegen nach wie vor Kräfte, die eine Koordinierung der Kämpfe und Aktionen zwischen Stadt und Land mit der PCdEP ablehnen.

Quellenhinweis: Peru-Dokumentation beim HWWA; Lateinamerika-Nachrichten Nr. 113, 116, 122; Blätter des iz3w, Nr. 108, 112.; A World to Win 4/85 – (sie)

Thesen und Dokumente der PCdEP

– Peru ist ein abhängiger, halbfeudaler und halbkolonialer Staat. Die Bauern bilden den rückständigsten und unterdrücktesten Teil der Gesellschaft. Die sozialen Hauptwidersprüche befinden sich auf dem Land.

– Während der 12jährigen Militärdiktatur (von 1968 bis 1980) errichtete das Militär eine neue Staatsform, den korporativen, faschistischen Staat. Die folgenden Regierungen verkörpern die faschistische Tradition.

– Die Gültigkeit demokratischer Freiheiten ist zweitrangig und dient nur der Verfestigung des bürokratischen Kapitalismus. Dadurch können sich halbfeudale Strukturen weiterhin erhalten und entwickeln, wobei die Großgrundbesitzer alten und modernen Typs die Hauptvorteile haben.

– Der revolutionäre Volkskrieg ist hauptsächlich ein Bauernkrieg, der vom Land in die Stadt getragen wird.

– Der nach dem Sieg der Revolution zu errichtende Staat wird eine Neue Demokratie sein, deren wichtigste Basis das Bündnis von Arbeitern und Bauern ist. In diesem Bündnis haben die Arbeiter die ideologische Leitung, die Bauern aber sind der wichtigste Motor der Revolution.

(zit. nach: Lateinamerika-Nachrichten, 112)

"Am 22.6.(1984) begannen wir eine neue militärische Kampagne, genannt 'Beginnt den großen Sprung' ... Die laufende Kampagne entwickelt sich als Teil der politischen Strategie der 'eroberten Basen' und

dient dazu, die Orientierung an 'Stärkt die Volkskomitees, entwickelt die Basisgebiete weiter und treibt die Neue Demokratische Volksrepublik voran' zu konkretisieren ... Die Parteimitgliederzahl steigt, gerade durch arme Bauern, und die Partei ist gestärkt und weiter eingestimmt; die Volksguerillarmee, aufgestellt im ersten Halbjahr 1983, hat sich mehrmals durch Zulauf von Bauern, besonders von verarmten Bauern, vergrößert. Die Volkskomitees haben sich bemerkenswert vervielfacht, und was das wichtigste ist: Sie haben sich in der Ausübung staatlicher Funktionen erweitert. Ein Organisationskomitee wurde formiert, während auf dem Land die Revolutionäre Volksverteidigungsfront und in der Stadt die Revolutionäre Volksverteidigungsbewegung als Achsen Gestalt annehmen ... Das Ergebnis ist, daß die Kampagne 'Beginnt den Großen Sprung' sie (die Militärs, d. Verf.) überrascht hat und wir gegenwärtig die bisher größte Offensive austragen. Sowohl in der Breite (zu dieser Zeit waren wir in 15 von 24 Departements militärisch aktiv, sowohl in den Bergen als auch an der Küste und im Dschungelhochland) als auch in bezug auf das höhere Niveau unseres bewaffneten Kampfes. Wir versetzen der Reaktion, ihren bewaffneten Kräften und der Polizei harte Schläge, und was sehr wichtig ist, wir erobern Gebiete zurück, die wir verloren hatten und bis jetzt nicht zurückgewinnen konnten, während gleichzeitig unsere Aktionen in neue Gebiete reichen."

(aus: Brief der PCdEP an das Komitee der Revolutionären internationalistischen Bewegung (RIM), 1984)

Libanon

PLO zum Schutz der Lager in den Libanon zurückgekehrt

Während noch vereinzelt in den Medien Meldungen über Autobomben im "christlichen Ostbeirut" erscheinen, ist ein erneuter Lagerkrieg gegen die Palästinenser im Libanon im Mai und Juni fast unerwähnt geblieben – wahrscheinlich, weil er sein Ziel verfehlt hat: die 450000 Palästinenser als militärischen, politischen und sozialen Faktor im Libanon auszuschalten. Seit Mitte Mai griffen die Amal-Milizen und die 6. Brigade der libanesischen Armee (ohne Befehl der Regierung) mit Artillerie, Panzern, Raketen und Maschinengewehren die Flüchtlingslager Sabra, Shatila und Bourj Al-Barajneh im Süden Beiruts an, jene Lager also, die bereits 1982 Opfer des israelisch-falangistischen Massakers waren und dann im ersten "Lagerkrieg" vor genau einem Jahr durch die syrisch unterstützten Amal-Milizen teilweise dem Erdboden gleichgemacht worden waren. Wegen ständiger Übergriffe, Belagerungen, Razzien und Entführungen durch Amal hat die PLO die Verteidigung der Lager wieder selbst organisiert. Immer mehr PLO-Kämpfer sind nach Beirut in die Lager zurückgekehrt, das

Bunker- und Unterstandssystem wurde erheblich verstärkt. Amal versuchte jetzt, die Schutzräume zu fluten, setzte erstmals von Syrien gelieferte sowjetische T-54- und T-55-Panzer ein und verhinderte Transporte von Nahrungsmitteln und Medikamenten in die Lager. Mehr als 150 Tote und nahezu 1000 Verwundete schätzte nach 35 Tagen die PLO, 800 Tote und 700 Verwundete Amal-Führer Berri. Nach mehrtägigen Verhandlungen ohne die PLO zwischen schiitischen und sunnitischen libanesischen Politikern und Vertretern der Palästinensischen "Errettungsfront" (Anti-Arafat-Koalition) wurde am 15.6. in Damaskus ein Waffenstillstand ausgehandelt. Danach sollten Amal und die "Errettungsfront" gemeinsame Komitees am Rande der Lager bilden. Erst nach zehn Tagen flauten die Kämpfe ab. Die PLO vermutet hinter diesem offiziellen Waffenstillstandsabkommen die Absicht, innerpalästinensische Kämpfe in den Lagern auszulösen. Trotz politischer Differenzen gab es jedoch innerhalb der Lager stets eine vereinte militante Haltung. Die PFLP und die DFLP haben in gesonderten Kommuniqués die Angriffe der Amal-Milizen verurteilt. Viele Kämpfer der "Errettungsfront" haben während des Lagerkrieges ihre Loyalität zur PLO erklärt. Amal fürchtet, daß die militärische und politische Präsenz der PLO im Libanon ihren Machtanspruch einengt und daß sie neuerliche Militärationen Israels im Libanon heraufbeschwört, die sie in eine ungewollte Konfrontation mit Israel drängen könnte.

Quellenhinweis: Palästina-Bulletin 23-26/86 - (bar)

Philippinen

Waffenstillstand mit der Neuen Volksarmee?

Nach der bürgerlichen Berichterstattung zu urteilen, haben die meisten Guerillakämpfer auf den Philippinen inzwischen die Waffen niedergelegt, und ihre Führer gehen bei Frau Aquino ein und aus; nur noch ein paar Unverbesserliche halten im Dschungel aus.

Die Fakten: Bisher haben keine Waffenstillstandsverhandlungen zwischen der Aquino-Regierung und Vertretern der Neuen Volksarmee NPA stattgefunden; in der vergangenen Woche hat es allerdings ein erstes Treffen zur Vorbereitung von Verhandlungen gegeben. Es gibt auch keinen faktischen Waffenstillstand in dem Krieg, den die Kämpfer der NPA gegen die philippinische Armee, faschistische Bürgerwehren und die Privatarmeen von Großgrundbesitzern führen. In einem Interview erklärten zwei Vertreter des Generalstabs der NPA, daß die NPA angesichts des

Sturzes des Marcos-Regimes und als Ausdruck des Respekts vor den Wünschen des Volkes zunächst die taktischen Operationen eingeschränkt hatte. Doch die philippinische Armee setzte ihre Ausrottungsoperationen gegen die Guerillakämpfer auch nach dem Sturz von Marcos weiter fort. Deshalb hat die NPA inzwischen ihre Operationen wieder verstärkt: "Wir müssen die regulären Truppen, die in unsere Gebiete eindringen und Unruhe stiften, bekämpfen. Wenn wir angegriffen werden, schlagen wir zurück. Wir verteidigen nur die Massen und uns selbst." Die Position der Regierung Aquino gegenüber der Neuen Volksarmee NPA und der KP der Philippinen ist widersprüchlich: Frau Aquino hatte selbst unter der Marcos-Diktatur mit Kräften der KP zusammengearbeitet und noch während der Präsidentschaftswahlen zu einem sechsmonatigen Waffenstillstand aufgerufen - ohne daran Bedingungen zu knüpfen. Nach der Amtsübernahme setzte sich Frau Aquino mit der Freilassung eines Teils der politischen Gefangenen, darunter auch Funktionären der KP, zumindest teilweise gegen die Regierungsmitglieder Enrile und Ramos durch, die beide schon unter Marcos die Unterdrückung der Bauernbewegung und die Verfolgung der Guerilla betrieben hatten und auf engste mit dem Pentagon zusammenarbeiteten.

Verteidigungsminister Enrile hat Frau Aquino öffentlich vorgeworfen, die Kommunisten "mit Samthandschuhen" zu behandeln. Die von den USA aufgestockte "Hilfe" für die Philippinen fließt fast ausschließlich in die Armee, und Enrile und Armeeeoberbefehlshaber Ramos konnten in den letzten Monaten die Truppen zur Guerillabekämpfung sogar verstärken: Seit dem Sturz von Marcos werden nicht mehr so viele Einheiten zum Schutz der Regierung in der Hauptstadt gebraucht. Die Neue Volksarmee NP hat wiederholt ihre Bereitschaft zu einem ausgehandelten Waffenstillstand erklärt, aber jedes Ansinnen, einseitig die Waffen niederzulegen oder sich gar zu ergeben, abgelehnt. Die Forderungen der NPA für die Verhandlungen: Entwaffnung der faschistischen Bürgerwehren, die auf dem Lande die Bevölkerung terrorisieren, und der Privatarmeen der Großgrundbesitzer. KP und NPA können jetzt aus einer gestärkten Position heraus verhandeln: Denn trotz der Taktik des Wahlboykotts, die NPA, KP und NDF in den Wochen nach der Wahl relativ bewegungsunfähig machte und die heute von der KP kritisiert wird, hat die NPA kaum Kämpfer verloren. Inzwischen erweist es sich auch zunehmend, daß sich die Lage der Massen nicht verbessert hat.

Quellenhinweis: Far Eastern Ec. Review, 20.5.86; Liberation, Zeitschrift der NDF, 3/86 - (wom)

Spanien

Kein Wahlgewinn der Reaktion trotz Verlusten der PSOE

Die regelmäßige Erfahrung in den meisten europäischen Ländern mit sozialdemokratischen Regierungsparteien ist, daß die reaktionären Parteien wachsende Unzufriedenheit an sozialdemokratischer Regierungspolitik durch demagogische Kritik für reaktionäre Mobilisierung nutzen können. Viele Anzeichen sprachen dafür, daß diese Entwicklung auch bei den Parlamentswahlen vom 22. Juni in Spanien eintreten würde. Die reaktionäre Sammlungspartei CP ("Volkskoalition") unter der Führung des ehemaligen Franco-Ministers Fraga rechnete mit dieser Entwicklung. Beim NATO-



Fraga, Führer der reaktionären Opposition, erreichte sein Ziel nicht. Seine Anhänger diskutieren die "Personalfrage".

Referendum rief sie aus wahltaktischen Gründen zur Enthaltung auf und forderte den Sturz der Regierung Gonzales. Die Folgen der sog. "Modernisierungspolitik" der PSOE werden für einen großen Teil der Lohnabhängigen immer unerträglicher. Die Arbeitslosigkeit liegt in Spanien über 20%. Der EG-Beitritt bedeutet für die Werktätigen derzeit vor allem wachsende Preistreibe durch die Einführung der Mehrwertsteuer, steigende Lebensmittelpreise und sinkende Erzeugerpreise. Die Kommunistische Partei (PCE) war in drei Hauptgruppierungen zerfallen. Durch vorgezogene Parlamentswahlen versuchte die regierende PSOE, eine Konsolidierung der linken Opposition nach dem NATO-Referendum zu verhindern.

Im Ergebnis hat die PSOE bei rd. 1,3 Mio. weniger Stimmen ihre absolute Mehrheit noch verteidigen können. Die CP (vorher AP) hielt - bei rd. 130000 Stimmen Verlust - knapp ihren Stimmenanteil der letzten Wahlen und verlor ein Mandat. Eine neue Partei der rechten Mitte, die PRD, die Fraga zu einem Bündnis mit der CP aufgerufen hatte, kam nicht ins Parla-

ment. Die Partei der "liberalen Mitte" unter dem ehemaligen Ministerpräsidenten Suarez verdoppelte ihre Parlamentssitze und wird damit zur drittstärksten Partei. Die Liste der Vereinigten Linken, auf der zwei der PCE-Gruppierungen kandidierten, erhielt sieben Sitze und damit mehr Stimmen als die PCE bei den letzten Wahlen. Die Gruppierung Carillos, die sich nicht an dieser Liste beteiligte, kam nicht ins Parlament. Die baskische Bündnisorganisation Herri Batasuna erhielt fünf gegenüber vorher zwei Sitze. Herri Batasuna hat noch nicht entschieden, ob seine Abgeordneten ihre Parlamentssitze einnehmen werden.

Die gleiche Entwicklung bestätigte sich in Andalusien, wo zur selben Zeit Regionalwahlen stattfanden. Dort verlor die PSOE sechs Mandate, und die Vereinigte Linke erhielt 19 Mandate gegenüber bisher 8 Mandaten der PCE. Die Stimmenthaltung bei den Parlamentswahlen betrug 29 % und lag damit um 9 % höher als bei den Parlamentswahlen von 1982. Die bürgerliche Presse kommentiert das Wahlergebnis als Ende der Entwicklung zum Zweiparteiensystem von PSOE und AP, bzw. CP.

Einzelne Ergebnisse in Zahlen, jeweils in Klammern die Ergebnisse von 1982: PSOE: 44,06 % (48,2) – 202 (184) Sitze. AP/CP 26 % (26 %) – 105 (106) Sitze. CDS, früher UCD (Suarez) 9,23 % (2,8 %) – 19 (2) Sitze. Vereinigte Linke (verglichen mit PCE) 4,6 % (4,1 %) – 7 (4) Sitze. Herri Batasuna 1,15 % (1 %) – 5 (2) Sitze. Davon erhielt Herri Batasuna ein Mandat in der Provinz Navarra. Dagegen erhielt die bürgerlich-nationalistische baskische Partei PNV nur 6 (8) Parlamentssitze. Euskadiko Ezkerra, eine weitere baskische linke Partei, erhöhte ihren Stimmenanteil von 0,5 % auf 0,53 % und erhielt damit zwei gegenüber bisher einem Sitz.

Quellenhinweis: El Pais 24., 25., 26. Juni, Cambio 30. Juni. – (chc)

Norwegen

Arbeiterpartei gerät unter Druck

Ende April stürzte die konservative Regierung Willoch. Sie scheiterte daran, ein weiteres Sanierungsprogramm gegen die norwegischen Lohnabhängigen im Parlament durchzubringen. Die Kapitalisten ließen Willoch fallen, um für ihr Programm der Lohnsenkungen, der Exportexpansion, der Haushaltskürzungen im Sozialbereich sowie der Steuerentlastungen auf Profit die parlamentarische Basis zu verbreitern und mit dem Kalkül dabei, die Sozialdemokraten bis zu den nächsten Parlamentswahlen zu verschleifen. Die Kritik unter den Lohn-

abhängigen an den bisherigen arbeiterfeindlichen Maßnahmen der Willoch Regierung hatte zugenommen. Willoch entlastete die Profite durch Steuersenkungen, verschlechterte staatliche Leistungen durch Privatisierung und Mittelkürzungen wie z.B. im Gesundheitswesen. Hier stehen über 60000 kranke Menschen auf den Wartelisten der Krankenhäuser, während sich die Reichen im Ausland operieren lassen können. Die Gewerkschaften konnten im Frühjahr den Vorstoß der Kapitalisten, die Löhne durch Abschaffung der Mindestlohngarantien zu senken, zurückschlagen.

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei von Frau Brundtland hat die Regierung zu einem Zeitpunkt sinkender Staatseinnahmen aus der Förderung von Erdöl übernommen, so daß erstmals ein größeres Haushaltsdefizit droht. Als Minderheitsregierung benötigt sie die Unterstützung der Linksozialisten und vor allem der Zentrums- und der Progressiven Partei.

Anfang Juni setzte die Regierung Brundtland mit Zustimmung bürgerlicher Parlamentarier ein Sanierungs-

programm in Höhe von 3,4 Mrd. Kronen durch, das zumeist die Lohnabhängigen trifft, jedoch die Kapitalisten nicht voll zufrieden stellt: Steuererhöhungen um 1 % auf das Durchschnittseinkommen, Einführung einer 30 %igen Gewinnsteuer auf Aktientransaktionen, sowie höhere Öl- und Elektrizitätssteuern und eine geringfügige Kürzung der Militärausgaben. Mit der 12 %igen Währungsabwertung fördert die Regierung die Exportoffensive der Kapitalisten und erhöht den Druck auf die Löhne. Auf scharfe Kritik der Gewerkschaften stieß die Zwangsschlichtung eines Streiks von 50000 kommunalen und Staatsangestellten, die Kommunal- und Arbeitsminister Haraldseth verfügte, der bis vor kurzem noch Funktionär des Gewerkschaftsdachverbandes LO war.

Die Kapitalisten verlangen jetzt von der Regierung, daß im Haushalt für 1987 die staatlichen Transferleistungen, die 75 % der Staatsausgaben ausmachen, reduziert werden und an ihre Stelle Steuererleichterungen treten müßten.

Quellenhinweis: Financial Times, 23.6.86; NZZ, 21.6.86 – (sie)

Indien

Zusammenschluß der Opposition gegen die Congress (I)-Regierung?

Die weitaus größte und wichtigste politische Kraft der Opposition in Indien drohte sich jetzt im Bundesstaat Kerala (Südwestspitze Indiens) zu spalten. Es ging um die Frage, ob die CPM (Kommunistische Partei Indiens – Marxisten) bei den nächsten Wahlen mit einer regional orientierten Partei, der Moslem Liga, eine Koalition bilden könne, um eventuell die Regierung zu stellen. Bei einer Rundreise

dort wandte sich der Generalsekretär der CPM strikt dagegen und relegierte auch zehn führende Parteimitglieder von ihren Posten, weil sie sich für eine Koalition ausgesprochen hatten. In Indien gibt es regional Parteien und Organisationen, die meist bestimmte Volksgruppen vertreten, in aller Regel der bürgerlichen Opposition zuzurechnen sind. Die CPM hatte im Bundesstaat Tamil Nadu (Südostzipfel) ei-



Große Teile der indischen Arbeiterklasse müssen unter unwürdigsten Bedingungen arbeiten. Frauen- und Kinderarbeit sind verbreitet.



Etwa 100000 Teilnehmer protestierten am 28.6. in London auf einer Kundgebung und einem Musikfestival gegen das südafrikanische Regime. Die Regierung Thatcher gerät für ihre Unterstützung der Rassistenregierung innen- und außenpolitisch unter Druck. Sambias Präsident Kaunda will das Commonwealth verlassen, wenn Thatcher weiterhin Sanktionen ablehnt. Zum ersten Mal führte ein Regierungsmitglied, die Staatssekretärin im Außenministerium Chalker, Gespräche mit dem ANC-Vorsitzenden Tambo. Außenminister Howe soll jetzt in Südafrika "vermitteln". Ohne Sanktionen "Zeitverschwendung", antworteten Führer von Befreiungsorganisationen. – (hef)

Kolumbien: Papst-Visite gegen Guerillakampf

Papst Johannes Paul II. hatte sich zwei Ziele bei seinem Kolumbien-Besuch gesteckt. Vor großen Menschenversammlungen bestand eines darin, seinen Einfluß geltend zu machen, um die wachsende Sympathie für den bewaffneten Kampf unter den Ärmsten und großen Teilen der Jugend einzudämmen. Dazu war es auch nötig, den kirchlichen Apparat auszurichten. Ein weiteres Ziel bestand darin, für die Präsidentschaftswahlen im Herbst den Schulterschuß der herrschenden Klassen für die Fortführung der "Demokratie" herzustellen, nachdem bereits Stimmen für einen Militärputsch laut wurden. Die Papst-Hetze gegen

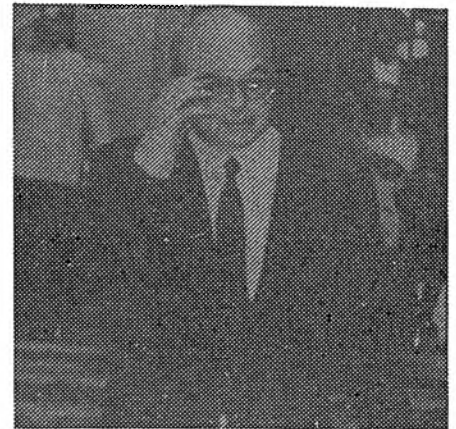
die Guerilla nutzten die Militärs gleich für Razzien und Massenverhaftungen. – (sie)

VW-Mexiko: Streiks für mehr Lohn

Die Arbeiter des VW-Werks in Pueblo/Mexiko sind am 2. Juli in Streiks für höhere Löhne getreten. Die Verhandlungen der Gewerkschaft der VW-Arbeiter mit der Geschäftsleitung waren ohne Ergebnis abgebrochen wurden. Nach Zeitungsberichten verlangt die Gewerkschaft Lohnerhöhungen von 75%, die VW-Geschäftsleitung hatte nur 63% angeboten. Die offizielle Inflationsrate Mexikos lag 1985 bei 63,5%, für 1986 ist eine noch höhere zu erwarten. – (sie)

Regierungskrise in Italien

Nach einer Serie von Abstimmungsniederlagen im italienischen Parlament hat Ministerpräsident Craxi (PSI) seinen Rücktritt erklärt. Der Präsident hat den christdemokratischen Senatspräsidenten und mehrfachen Regierungschef Fanfani mit Sondierungen für die Regierungsbildung beauftragt. Fest steht schon jetzt, daß – mit oder ohne Neuwahlen – die jetzige Koalition fortgesetzt werden soll. Die Christdemokraten hatten den Sozialisten 1983 das Amt



des Regierungschefs überlassen müssen. Sie wollten es jetzt oder spätestens in einigen Monaten zurück. Als Premier auf Zeit wollte Craxi nicht mitspielen. Durch seine rechte Politik hat er aber die Spaltung auf der Linken so vertieft, daß die Sozialisten jetzt den Erpressungen der Christdemokraten fast wehrlos ausgeliefert sind. – (ulg)

ne entsprechende Vereinigung für die Wahlen 1982 befürwortet. Zur gleichen Zeit versucht die CPM jetzt in Westbengalen, wo sie die Regierung stellt (ununterbrochen seit 1977) mit linken Studentenorganisationen, der Naxalitenbewegung (Revolutionäre Organisationen, aus Bauernkämpfen im Nordosten Indiens hervorgegangen) und der CPI (Kommunistische Partei Indiens) ins Gespräch zu kommen. Bei den letzten Wahlen mußte die CPM vor allem in den Zentren Verluste hinnehmen.

Welche Gründe gibt es für die jüngsten Entwicklungen? Einige historische Daten:

– 1925. Gründung der CPI, Jahre des Kampfes gegen die britische Kolonialherrschaft; 15.8.1947 Gründung der Indischen Union, Unabhängigkeitserklärung.

– 1964. Spaltung der CPI. Es bildet sich die CPM. Sie vertritt einen außenpolitisch eigenständigen Kurs

entgegen der an der politischen Linie des ZK der KPdSU orientierten CPI. 1968/69 nimmt die CPM Stellung gegen die Kulturrevolution in China.

– 1977. Nach Verhängung des Ausnahmezustandes durch I. Gandhi und teilweise bewaffneten Kämpfen revolutionärer Bauern im Nordosten Indiens (Westbengalen und Assam) gewinnt die CPM die Wahlen in Westbengalen. In der Folge nimmt sie gegen die Naxaliten Stellung, beginnt aber gleichzeitig mit einer halbherzigen Landreform.

In den letzten zehn Jahren haben sich die Liniendifferenzen gegenüber der CPI sehr stark verwischt. Dies hatte in der Zeit zwischen 1979 und dem Tod Indira Gandhis 1984 weitgehende Folgen. Beide Organisationen vertreten die Ansicht, daß I. Gandhi innenpolitisch eine unerträgliche Unterdrückungspolitik betriebe und schlossen sich dagegen mit allen oppositionellen Kräften unter diesem As-

pekt zusammen. Außenpolitisch vertreten sie allerdings durch ihre interessegebundene freundschaftliche Politik gegenüber der Sowjetunion und gegenüber anderen Entwicklungsländern fortschrittliche Positionen.

Schwierigkeiten bereiten beiden kommunistischen Organisationen die weiteren Entwicklungen in der Gewerkschaftspolitik. Die beiden Gewerkschaftsdachverbände AITUC, die der CPI nahesteht, und der CITU, die an der politischen Linie der CPM orientiert ist, mußten in den letzten Jahren Mitgliederverluste verzeichnen zugunsten von unabhängigen nichtpolitischen Gewerkschaftsorganisationen und der INTUC, die der Congress(I)-Partei nahesteht und die die Regierungspositionen unterstützt.

Diese Veränderungen in der gewerkschaftlichen Bewegung haben ihre Gründe in Veränderungen der Schichtung der Arbeiterklasse: "Die spezi-

Japan-Wahlen: Kriegspremier Nakasone bestätigt

Bei den vorgezogenen Neuwahlen zu den zwei Kammern des japanischen Parlaments erreichte die konservative LDP, die seit 30 Jahren die Regierung stellt, einen Stimmenzuwachs und damit die absolute Mehrheit. Damit ist Premierminister Nakasone bestätigt, der als einer der ersten Politiker antimilitaristische Festlegungen der japanischen Verfassung in Frage gestellt und die Gräber von Kriegsverbrechern geehrt hat und der im Herbst Japans SDI-Beteiligung durchsetzen will. — (wom)

KP Chinas: Änderungen in der Mitgliederzusammensetzung

Nach einem Bericht aus der zentralchinesischen Provinz Hubei hat das Provinzkomitee der Chinesischen Jugendliga, des Jugendverbandes der KPCh, dagegen protestiert, daß lokale Untergliederungen als Aufnahmekriterium in den Jugendverband ein Pro-Kopf-Einkommen der Familie des betreffenden Jugendlichen von mindestens 300 Yuan festgesetzt haben. Das durchschnittliche Familieneinkommen in Bauernhaushalten betrug 1984 gerade 353 Yuan. Das Zentralkomitee der Jugendliga hatte selbst auf die Jugendlichen aus reichen Bauernfamilien gesetzt, indem es das Ziel setzte, 50% der Kader der Jugendliga aus reichen Bauernfamilien zu rekrutieren gegenüber 10% heute. 40% der neuen Mitglieder der KPCh im ersten Halbjahr 1984 haben eine Hochschul- oder eine Techniker- ausbildung. Als beispielhaft gilt die Karriere von Wang Zhaoguo, von 1982 bis 1984 1. Sekretär des ZK der Jugendliga und jetzt Direktor des Hauptbüros des ZK der KPCh. Wang ist Absolvent einer Managementschule

in Dalian, die mit US-Unterstützung aufgebaut wurde. Die Änderung der sozialen Basis der KPCh und der Jugendliga soll offensichtlich die jetzige marktwirtschaftliche Reformpolitik absichern. — (wom)

Türkisch-Kurdistan: Massenprozesse gegen PKK

Die türkische Militärjunta versucht immer offener, den Unabhängigkeitskampf des kurdischen Volkes mit Todesurteilen und zahllosen Freiheitsstrafen zu erdrücken. Gegen etwa 1000 Mitglieder und Sympathisanten der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)

begannen im Juni Prozesse vor türkischen Militärgerichten. Allein in Adana sind seit dem 21. Juni 638 Kurden wegen Mitgliedschaft oder Unterstützung der PKK und des bewaffneten Widerstands angeklagt. Gegen 48 von ihnen hat die Staatsanwaltschaft die Todesstrafe beantragt, gegen 260 Angeklagte Strafen zwischen drei und 20 Jahren Haft. Am 26. Juni endete der sogenannte "PKK-Kars-Prozeß". Fünf der 229 Angeklagten wurden zum Tode verurteilt, drei weitere zu lebenslanger Haft und 83 Angeklagte zu Haftstrafen zwischen drei und 20 Jahren. — (rül)



Die Inhaftierung von Hunderten von schwarzen Gewerkschaftsfunktionären hat die Arbeiterorganisationen nicht brechen können. Aufgrund der Streikwelle in den Supermärkten Johannesburgs mußten Ende Juni etliche Gewerkschafter freigelassen werden. Die NUM hat auf einem militanten Geheimtreffen Anfang Juli Protestaktionen gegen den Ausnahmezustand beschlossen. Kurz darauf kündigte auch der COSATU-Gewerkschaftsdachverband "effektive Maßnahmen" an, wenn nicht bis zum 10. Juli alle Gewerkschaftsmitglieder freigelassen werden. Da die Verhaftungswelle direkt mit den diesjährigen Tarifverhandlungen im Bergbausektor zusammenfällt, ist offensichtlich, daß die Kapitalisten sich dadurch eine Schwächung der Arbeiterseite erhofften. Sie halten weiterhin an einer Lohnerhöhung von 15-20% fest, während die NUM auf 30% (ursprünglich 45%) beharrt. (Bild: Demonstration von Jugendlichen — and)

ellen Bedingungen der indischen Industrialisierung haben eine dreifache Schichtung der Arbeiterklasse bewirkt. Zuunterst steht eine rasant wachsende vereinigte Arbeiterschaft, die im Kleingewerbe/Dienstleistungssektor beschäftigt ist — ein Sektor, gekennzeichnet durch niedrige Produktivität, niedrige Gewinne, Elendslöhne und relativ viele Beschäftigungsmöglichkeiten. An der Spitze ist ein moderner Bereich (Pharmazie, Autos, einige Maschinenbaubetriebe) mit einer gutbezahlten, gebildeten und geschickten Arbeiterschaft (...). Dieser Sektor ist gekennzeichnet durch hohe Produktivität, hohe Gewinne, hohe Löhne bei niedrigen Beschäftigtenzahlen. In der mittleren Industrie (Häfen, Eisenbahnen, Textilindustrie, einige öffentliche Dienstleistungsbetriebe) müssen die Beschäftigten um Realloohnerhöhungen ständig kämpfen, und eine wachsende Unsicherheit bei den Beschäftigten-

möglichkeiten geht mit ihrer Teilmodernisierung einher." (Frontier vom 5.4.86)

Für den Sektor mit hohen Löhnen wird festgesetzt, daß die Arbeiter bestrebt sind, sich in eigenen Gewerkschaften zu organisieren, die unabhängig sind von der Kontrolle durch die großen Pateiorganisationen. Im mittleren Sektor sind die Beschäftigten in den kontrollierten Gewerkschaften organisiert oder in "unabhängigen" Gewerkschaften, wie der Textilarbeitergewerkschaft des Dr. Datta Samant in Bombay (hier waren während eines langen Streiks 1983/84 massenhaft in traditionellen Gewerkschaften organisierte Arbeiter übergetreten). Die Beschäftigten bei den Banken und nationalisierten Betrieben tendieren dazu, sich ebenso in "unabhängigen" Gewerkschaften zu organisieren, die allerdings von ihren Grundpositionen denen der hochbezahlten Arbeiter entsprechen. Eine Rolle

hierbei spielen sicherlich die Umwälzungen im Bereich der öffentlichen und privaten Betriebe.

Die unklare Orientierung in der Kritik der Zentralregierung, die Charakterisierung der Congress(I)-Partei als "Hauptfeind des Volkes" (Sechs-Punkte-Programm der CPM für die Kommunalwahlen in Westbengalen), die extreme Orientierung auf Wahlen und fehlerhafte Gewerkschaftspolitik werden von indischen Revolutionären kritisiert. Die CPM ist bestrebt, sich mit anderen linken Organisationen zusammenzutun, um eine wählbare Linke Demokratische Front zu bilden. Koalitionen mit mehr oder weniger korrupten bürgerlich-regional orientierten Parteien (wie der Muslim-Liga in Kerala) sind daher eine Hinderis. Quellenhinweis: Far Eastern Economic Review vom 24.4.86; Frontier, Calcutta vom 5.4., 26.4. und 10.5.86; Peoples Democracy, Organ der CPM vom 25.5.86. — (cog)

* Veröffentlichungen *

Broschüre des KB: "Der Griff zur Bombe"

Die Broschüre mit obigem Titel wird vom Kommunistischen Bund (KB) Gruppe Lüneburg herausgegeben. Es soll ein Einblick in die Kontinuität der Bestrebungen westdeutscher Regierungen in der Atomwaffenpolitik gegeben werden. Die Aufsätze sind zum Teil dem "Arbeiterkampf" entnommen, zusätzlich wurden Dokumente und Erläuterungen abgedruckt. Im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen um die Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf und dem Schnellen Brüter in Kalkar gewinnt die Broschüre stark an Bedeutung. Deutlich wird, daß für den Bau der WAA und des Schnellen Brüters vehemente militärische Interessen vorliegen.

Behandelt und dokumentiert werden:

1. Die von der CDU 1984 offen genannten Atomwaffenpläne (Todenhöfer in der "Europäischen Wehrkunde")

2. Die Geschichte des Widerstands der verschiedenen Bundesregierungen gegen den Atomwaffensperrvertrag und die Kontinuität dieser Politik seit 1956.

3. Die diversen Atomwaffentechnologien, die in der Bundesrepublik auf einem Spitzenstandard entwickelt sind: Wiederaufarbeitungstechnik, Schnelle Brüter, Laser-Isotopenseparierung.

4. Die aktiven Bestrebungen, Langstreckenwaffen und Cruise Missile in eigener Regie zu entwickeln.

Die Broschüre wurde 1984 verfaßt. Die von den Verfassern getroffenen Aussagen wurden durch die Entwicklungen der beiden letzten Jahre im wesentlichen bestätigt. Daß der Bau des Schnellen Brüters und der WAA aus ökonomischen Gründen nicht erklärbar ist, kann man inzwischen in den vielfältigsten Fachblättern nachlesen. Dies unterscheidet diese Projekte wesentlich von den "normalen" Kernkraftwerken, durch deren Betrieb sich die Betreiber immerhin Profite erhoffen. Daß der bayrische Ministerpräsident Strauß sich die WAA unter eigenen landespolizeilichen Schutz geholt hat, hängt offenbar mit der Vorreiterrolle der CSU in Punkto Atombewaffnung zusammen.

Die vom KB in der Broschüre angesprochene Möglichkeit, mit Hilfe der sogenannten Laser-Isotopenseparierung aus geringwertigem Kernabbrand der Leichtwasserreaktoren hochwertiges Waffenplutonium herzustellen, scheint inzwischen in greifbare Nähe zu rücken. ("Physik in unserer Zeit", 5/86)

Facit: Ein empfehlenswertes Heft, auch wenn die neuere Entwicklung

(z.B. der angebliche Nichteinstieg der SPD in die "Plutoniumwirtschaft") nicht enthalten ist.

("Der Griff zur Bombe", Westdeutsche Plutoniumpolitik 1954-1984, KB Gruppe Lüneburg, 36 Seiten, DM 4,- - dif)

Gewerkschaftsjahrbuch 1986 Ziele und Begründungen

Wer über das Vorgehen der Sozialdemokraten in der Gewerkschaft Informationen bekommen will, hat in den Gewerkschaftsjahrbüchern eine wichtige Hilfe. Zu den verschiedenen Sachgebieten wird über den Stand der Untersuchungen und der Auseinandersetzungen berichtet. Dabei lernt der



Bestücken von Leiterplatten im Akkord. Die niedrige Eingruppierung, die schlechten Akkordzeiten zwingen die Arbeiterin zur beständigen Höchstanstrengung, der Lohn bleibt trotzdem äußerst niedrig.

Leser die Begründungen kennen, mit denen die Sozialdemokraten ihre gewerkschaftlichen Ziele untermauern.

Zum Komplex "tarifliche Entgeltstrukturen": In diesem Jahrbuch wird herausgearbeitet, daß eine Anhebung der unteren Lohn- und Gehaltsgruppen notwendig sei: "Da die Tarifierhöhungen schon seit Jahren in den unteren Tarifgruppen nicht mehr die Verteuerung des Grundbedarfs einer Arbeitnehmer-Familie abdecken, ist die Forderung nach einer offensiven Lohnstrukturpolitik ... von akuter Dringlichkeit." Wie dieser "Grundbedarf" aussieht, wird nicht angegeben. Gerichtet gegen die Forderungen der Kapitalisten nach "Leistungsgerechtigkeit", mit der sie eine weitere Senkung der unteren Löhne begründen, wird "eine weitgehende Stabilität der Verdienstunterschiede" festgestellt. Dazu wird eine Untersuchung des IFO-Instituts über die Lohnentwicklung der siebziger Jahre dokumentiert und zusammengefaßt: "Eine Enthierarchisierung der Verdienststrukturen liegt durchaus im Interesse der Arbeitnehmer und würde dem Postulat der Lohn- und Leistungsgerechtigkeit

nicht etwa wider-, sondern entsprechen." Die unteren Lohngruppen würden nicht leistungsgerecht bezahlt, arbeitswissenschaftliche Untersuchungen hätten gezeigt, "daß die tariflichen und betrieblichen Entgeltsysteme die Anforderungen und Belastungen bei den den unteren Tarifgruppen zugeordneten Tätigkeiten nicht adäquat erfassen". Die Folge müßte sein: "Reform der Eingruppierungs- und Bewertungskriterien mit der Folge einer relativen Anhebung der unteren Tarifsätze".

Zur Arbeitszeitverkürzung: Im Jahrbuch 1986 wird konstatiert, daß das "Konzept von mehr Zeitaufonomie für die Arbeitnehmer", das im Jahrbuch 1985 gefordert wurde, im letzten Jahr ansatzweise entwickelt worden sei. Damit könnten die Gewerkschaften die Flexibilisierungsstrategie der Kapitalisten angeblich wirkungsvoll bekämpfen. Der Bundesverband der deutschen Industrie (BDI) hat demgegenüber gerade mit Befriedigung festgestellt, daß "mehr Teilzeitarbeit und flexible Schichtenpläne" den Beschäftigten "eine größere 'Zeitsouveränität'" verschaffen. (M. Kittner, Hrsg. Gewerkschaftsjahrbuch 1986, Bund-Verlag, 24,80 DM - gba)

CDU entfaltet ihre Frauenpolitik

Heiner Geißler firmiert als Herausgeber eines Sammelbandes, in dem verschiedene CDU-Funktionärinnen zusammentragen, was ihnen an Argumenten zur Durchsetzung der auf dem Essener Parteitag 1985 beschlossenen "Leitsätze der CDU für eine neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau" nötig erscheint. Elisabeth Motschmann bemüht nicht nur den Propheten Jesaja, um der Behauptung Autorität zu verleihen, daß der "Trost einer Mutter kaum überboten werden kann", vielmehr liefert sie auch den Bourgeoisfrauen, die sich den letzten Rest von Arbeit durch Haltung von Hauspersonal vom Hals schaffen, das gute Gewissen: "Kinder ohne Mütter sind nicht deshalb benachteiligt, weil ihnen ein anderer das Essen kocht, das Zimmer aufräumt oder die Wäsche besorgt. Dies alles kann jeder tun. Es muß nicht unbedingt die Mutter sein. Weniger gleichgültig hingegen ist es, wer das Kind in die Arme nimmt, wenn es Kummer hat." Rita Süßmuth zieht gegen die allein erziehenden Mütter zu Felde, indem sie sich der Funktion des Vaters zuwendet. "In der Elternschaft, in der Übernahme und Erfüllung von Mutter- und Vateraufgaben, verknüpfen sich biosoziale und rein geistige Elternschaft". Klar, der Vater ist für das Geistige zuständig. Gesichert werden soll, daß sich "Elternschaft vor allen Dingen im Treuegedanken ausdrückt". Die Eltern vermitteln ihren Kindern so nicht nur "trans-

zende Erfahrungen", sondern prägen ihnen auch das Treueverhältnis zum bürgerlichen Staat ein. Eine Ausnahme in der Reihe der Autorinnen verdient Erwähnung. Zwei Grüne, Gisela Anna Erler und Monika Jaekel, dokumentieren, in welche Bereiche die CDU ihre Ideologie zu erstrecken wünscht. Die beiden plädieren dafür, daß jeder so lange arbeiten kann, wie er möchte, daß in Nachbarschaften ein Zwischending zwischen ehrenamtlicher Arbeit und bezahlter Arbeit, also unterbezahlte Arbeit, geleistet wird, an die Frauen mit kleinen Kindern sich gewöhnen sollen, bevor sie ins Berufsleben zurückkehren. (Abschied von der Männergesellschaft, hrsg. von H. Geißler, Ullstein TB 34350 – anl)

Europa, Retter der Welt vor dem "Atomsyndrom"

Ein Fluch ist über die Menschheit gekommen: Die BOMBE. Als Ausgeburt perversen nazistischen Denkens kam sie auf die Welt. Sie steigert die "Psychologie abgrundtiefer Feindschaft und des politischen Hasses". Schlimmer noch: "Atomwaffen nehmen dem Staat, den sie ergriffen haben, die Kontrolle über sich selbst". Außerdem bewirkt sie die "Selbstentmündigung Europas". Hermann Scheer, abrüstungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, zeigt den Ausweg: "Die Befreiung von der BOMBE", und er weist weit voraus, wie der Untertitel seines Buches (Köln, Bund-Verlag 1986) andeutet: "Weltfrieden, europäischer Weg und die Zukunft der Deutschen". Die Perspektive des Weltfriedens liegt danach in Europa, dort ganz besonders bei den "Deutschen", in folgenden Etappen: 1. Entmilitarisierung Europas gleich Abzug der BOMBE und der fremden Truppen in West und Ost; 2. Bildungen von Föderationen, hier Fortentwicklung der EG zur Europäischen Union, dort Ausbau des RGW; 3. Bildung einer europäischen Staatengemeinschaft vergleichbar der OAU. Die deutsch/deutsche Annäherung muß dabei gefördert werden durch Abschluß eines Friedensvertrages, der die Zugehörigkeit des jeweiligen deutschen Staates zur jeweiligen Föderation bestätigt; Westberlin gehört zur BRD und wird Sitz der UNO. Konkret sollen die Europäer die Atomwaffen über Verhandlungen beseitigen: Gorbatschow-Angebot, US-"Nulllösung" von 1982 und MBFR-Verhandlungen, am Ende müssen die "Supermächte" nur noch die strategischen A-Waffen beseitigen. Das ganze ist ein Aufguß der Entspannungspolitik, verbunden mit sozialdemokratischen Groß-Europa-Vorstellungen. Neu ist der penetrante Weltgenesesanspruch, den Scheer im Erstarken Europas für die ganze Erde sieht. – (jok)

50. Parteitag der CSU

Förderung der Konzerninteressen Illegalisierung jeder Opposition

Der 50. Parteitag der CSU fand am 20./21.6.86 in Nürnberg statt. Es nahmen ca. 600 Delegierte teil. Neben Reden von Strauß und Kohl wurden in sechs Arbeitskreisen "aktuelle Probleme" erörtert und zu den drei Schwerpunkten (s.u.) Entschließungen verabschiedet. Dieser Parteitag feierte auch das 25-jährige Jubiläum von Strauß als Parteivorsitzendem. Dazu gratulierte ihm auch Reagan in einem Telegramm, in dem es u.a. heißt:

"Die Geschichte der CSU in den vergangenen 25 Jahren ist geprägt von der Hingabe für die Unterstützung der NATO und der Einheit Westeuropas. ... Zudem wissen wir sehr wohl, daß Ihre dauerhafte Freundschaft für die Vereinigten Staaten ... einen außerordentlichen Beitrag zur Solidarität des Westens darstellt."

In der Tat – und diese Politik soll mit dem Ziel fortgesetzt werden, klare Mehrheiten für die Aufrüstung und Stärke, für die Einheit Europas, für die "moderne Technologie" (Raumfahrt, Rüstung, Kernenergie) zu gewinnen. Diese Themen bildeten auch die inhaltlichen Schwerpunkte des Parteitages und der Rede von Strauß.

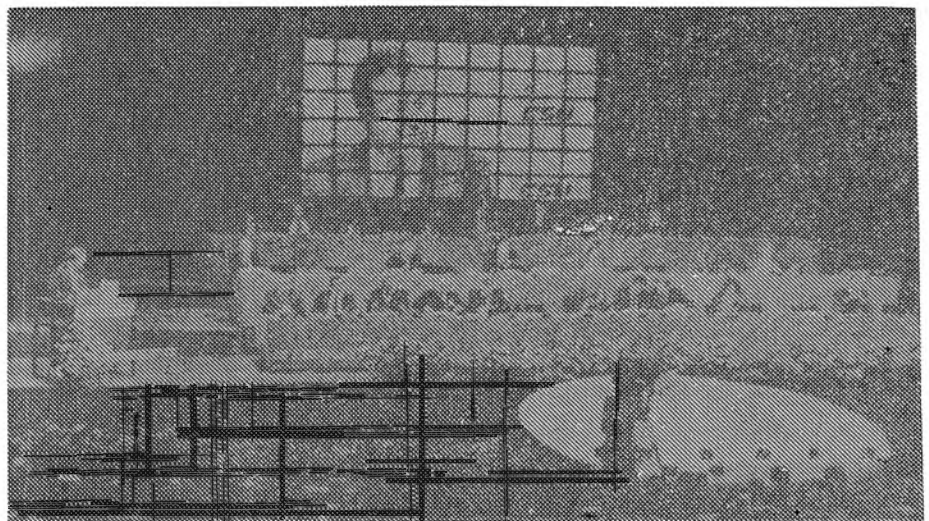
"Rot-Grüne führen zum 3. Weltkrieg"

In Vorbereitung der Landtagswahlen im Herbst 86 und der Bundestagswahlen 1987 malte Strauß mit allen Mitteln der Demagogie und Hetze die Gefahr des "rot-grünen Bündnisses" an die Wand. Dabei setzte er – entsprechend der Totalitarismus-Theorie – "rechts" gleich "links" und scheute sich nicht, insbesondere die GRÜNEN mit Nazis zu vergleichen. Er führte

dazu u.a. aus:

"Wir stehen heute wieder an einem Wendepunkt. Wohin, quo vadis Germania? Wohin geht die deutsche Politik? Die deutsche Politik hat in diesem Jahrhundert zwei katastrophale Weichenstellungen, zwei katastrophale Fehlentscheidungen getroffen. Der Bruchpunkt ..., der dann zum Ersten Weltkrieg führte, der lag schon viele Jahre früher, der lag schon gegen Ende des 19. Jahrhunderts. ... Das Ergebnis des Ersten Weltkrieges hat schon wieder die Saat auch zum Zweiten Weltkrieg gelegt. Ich will kein Jota von der persönlichen Schuld Hitlers hier etwa abstreichen. Aber mit Hilfe des Vertrages von Versailles und mit Hilfe der Wirtschaftskrise ist es ihm gelungen, zusammen mit den Deutschnationalen eine parlamentarische Mehrheit zu erreichen, eine pseudolegale Machtergreifung durchzuführen, um dann diese Macht zur Zerstörung Deutschlands zu gebrauchen."

Und – so Strauß – heute sind es die "Rot-Grünen", die diese Gefahr ein drittes Mal heraufbeschwören. Damit gewinnt die übliche Hetze der CSU gegen jede Opposition tatsächlich neue Qualität. Strauß: "Aber zwei Grundentscheidungen, die wir ... nach dem Zweiten Weltkrieg getroffen haben, müssen ... unwiderruflich sein. Die Entscheidung für eine Staatsordnung, die gekennzeichnet ist durch vier Architekturelemente: demokratischer Rechtsstaat, parlamentarische Demokratie, föderative Ordnung und Soziale Marktwirtschaft. Die Hinwendung zu diesen vier Architekturelementen war auch die deutli-



Der Scharfmacher Gerold Tandler vertritt die CSU-Position beim EVP-Kongreß: Europa könne sich zwar verhältnismäßig schnell auf eine einheitliche Rezeptur für Wurst einigen, aber kein Einvernehmen herstellen über die Ablehnung des libyschen Staatsterrors.

che Absage an jeden Totalitarismus, war die Absage an den Nationalsozialismus und die Absage an den Kommunismus. Es soll sich niemand Antifaschist nennen, ... wenn er nicht gleichzeitig ein Antitotalitarist ist. Denn es gibt nicht nur einen braunen Faschismus, es gibt auch einen roten Faschismus. ... Wir halten nichts davon, wenn man von Basisdemokratie spricht und dann sich vorstellt, wir haben die Bilder ja jetzt auch gesehen, was Basisdemokratie bedeutet, a la Brokdorf, a la Wackersdorf, das ist nicht Basisdemokratie, das ist der Terror der Straße, der hier angeboten wird. So ist auch die zweite Entscheidung für uns eine historische Entscheidung zugunsten der Einbindung in die Europäische Gemeinschaft und unserer Partnerschaft in der Atlantischen Allianz. Wer die rechtsstaatliche Ordnung unter diesem oder jenem vielleicht noch so verführerischen Vorwande einzuschränken oder aufzuheben beginnt, wer dann damit noch der blauen Blume des deutschen Neutralismus zwischen West und Ost mit immer stärkerer Schlagseite in Richtung Moskau nachläuft, der ist schuld, wenn in einem Jahrhundert zum dritten Mal eine katastrophale Fehlentscheidung eingeleitet wird."

Deshalb ist auch eine knappe Mehrheit für die Unions-Parteien auf keinen Fall ausreichend. Die ungeheuerliche Hetze, die GRÜNEN und die SPD würden zum 3. Weltkrieg oder einer ähnlichen Katastrophe führen, sollen die CSU ausrichten auf "Stärkung des Rechtsstaates", wie u.a. in der Auseinandersetzung um die WAA Wackersdorf bereits exemplarisch betrieben. Offensichtlich rechnet die CSU damit, daß die GRÜNEN es bei den Landtagswahlen im Herbst zum ersten Mal schaffen, in den Landtag gewählt zu werden – ihre Hetze zeigt auch, wie sich die CSU dann verhalten wird. Man kann davon ausgehen, daß die parlamentarische Arbeit der GRÜNEN massiv behindert wird bis hin zum Verbot der GRÜNEN, wie im "Bayernkurier" schon länger gefordert. Allein die Tatsache, daß GRÜNE in den Ausschüssen z.B. die Planung von Polizeiaktionen gegen die Opposition, mit entsprechenden Gesetzesänderungen, oder die weiteren Verschärfungen von Ausländer- und Asylantengesetzgebung im Vorfeld erfahren und sich so die gesamte Opposition besser dagegen wappnen kann, muß die CSU sehr stören. Noch mehr, wenn sich Mitglieder des Bayerischen Landtages nicht zum "Konsens der Demokraten" – dem Bekenntnis zur "Rechtsstaatlichkeit", wie kürzlich erneut von der bayerischen SPD abgegeben, bekennen. Bei aller Beschränktheit grüner Kritik an den Maßnahmen der Reaktion wäre es daher nur nützlich, wenn die GRÜNEN in den Landtag kommen.

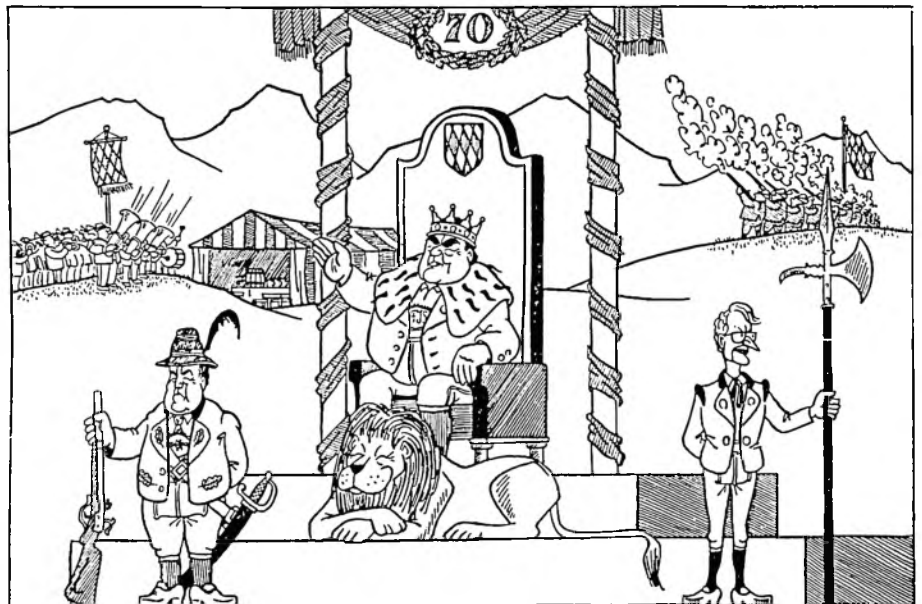
Strauß kritisierte in diesem Zusammenhang scharf die FDP, die nicht bei allen Gesetzesänderungen voll mitzieht wie z.B. bei der geforderten Änderung des Demonstrationsstrafrechtes.

Moderne Technologie "Segen für die Menschheit"

Strauß widmete den längsten Teil seiner Rede dem Problem der Kernenergie und der modernen Technik. Nicht nur, daß diese "Zukunftstechnologien" die wirtschaftliche Blüte des "modernen Bayern" im wesentlichen ausmachen, diese Technik "ist ein Segen für die Menschheit und nicht ein Fluch". "Da wird geredet vom Umdenken, vom Aussteigen, vom Aussteigen sofort oder vom Aussteigen in wenigen Jahren. Wer das behauptet, lügt die Öffentlichkeit schamlos an." GRÜNE und SPD betrieben eine "rückwärtsgewandte Politik", den

auch in der entsprechenden Entschliebung – der Schwerpunkt auf die Europa-Politik gelegt. Beim Festhalten des Zieles einer "Europäischen Union" in bundesstaatlicher Ordnung mit einer gemeinsam abgestimmten Außen-, Sicherheits-, Wirtschafts- und Währungspolitik" hebt die Entschliebung das "Architekturprinzip Föderalismus" hervor. "Den Ländern der Bundesrepublik Deutschland, denen Staatsqualität zukommt, ist eine angemessene Beteiligung an Entscheidungen der EG als Ausgleich für die durch fortschreitende europäische Integration erlittenen Kompetenzverluste zu sichern." Dazu wird die Ratifizierung einer "Einheitlichen Europäischen Akte" gefordert. Denn Bayern als "gewachsene politische Einheit" muß in Europa seinen "angemessenen Platz" finden.

Damit schlägt die CSU zwei Fliegen mit einer Klappe: es liegt im Interesse



Die Karikatur der CSU-Führungsriege hat durch die Bayernkurier-Redaktion die Unterschrift erhalten: "Gott mit dir, du Land der Bayern"

"Rückmarsch in ein Entwicklungsland". Dies sei unverantwortlich, denn bei uns hat "Sicherheit vor Wirtschaftlichkeit Vorrang", aus christlicher Verantwortung für Mensch und Natur. Während das ausbeuterische Sowjetsystem, so Strauß, an der "Profitmaximierung orientiert" ist, daher Tschernobyl. Auch hier wieder Hetze und Demagogie gegen alle, die sich gegen die Ziele der Monopole wenden, die zum weiteren Ausbau ihrer Weltmachtpläne das westdeutsche Energieprogramm durchsetzen müssen.

Europa muß föderalistisch sein

Auffällig bei der Behandlung der Außenpolitik auf dem Parteitag war, daß die Deutschlandpolitik zwar erwähnt und natürlich an der "Wiedervereinigung" usw. festgehalten wurde, dies aber nicht Schwerpunkt der Erörterung war. Vielmehr wurde –

der Monopole, einen einheitlichen europäischen Markt zu schaffen, nicht jedoch, für ärmere und unterentwickeltere Regionen Ausgleichszahlungen zu leisten. Daher "jedem dem ihm zukommenden Platz". Zum anderen will die CSU mit der Betonung des Föderalismus Wählerschichten wie die Bauern, die durch die EG-Politik in ihrer Existenz getroffen werden, an sich binden, indem sie bei voller Unterstützung der EG-Politik angeblich größere Eigenständigkeit der Länder fordert.

Als Quintessenz des Parteitages folgte, daß es zu dieser Politik für die Monopole gegenwärtig "keine Alternative" gibt. Deshalb muß eine stabile Mehrheit für die Unionsparteien erzielt werden – um mit jeder Opposition gegen diese Politik Schluß zu machen.

Quellenhinweis: "Bayernkurier, 28.6.86 – (lsc)

Urteil im Avci-Prozeß – Gericht deckt Rassismus

Hamburg. Im Prozeß gegen die fünf Skinheads, die im Dezember 1985 den türkischen Arbeiter Ramazan Avci zu Tode prügelten, haben Senat, Gericht und Presse von Anfang an die Linie verfolgt, den rassistischen Mordanschlag als unpolitische Tat zu verhandeln. Alle Anträge der Anwälte der Nebenkläger an das Gericht, die politischen Hintergründe des Mordes aufzudecken, wurden zurückgewiesen. Die offensichtliche Existenz von Rassismus und Ausländerhaß in Hamburg, vom Senat geduldet und von der staatlichen Ausländerpolitik und -gesetzgebung unterstützt, sollte kein Thema sein. Entsprechend sind Urteil und Urteilsbegründung. Das Gericht blieb noch deutlich unter dem vom Staatsanwalt geforderten Strafmaß. In der Urteilsbegründung wurde den Anwälten der Nebenkläger vorgeworfen, sie hätten versucht, "politische Momente" in den Prozeß einzuführen. Trotz "einer latenten Abneigung der Skinheads gegen Ausländer" hätte Ausländerhaß nicht festgestellt werden können. Für eine Verurteilung wegen Mordes fehlten die Mordmerkmale "Grausamkeit" und "niedere Beweggründe". – (bab)

DKP-Position zu den bayerischen Landtagswahlen

München. Die Bezirksvorstände Nord- und Südbayern haben jetzt eine kleine Broschüre herausgebracht: "Bayern kann nur im Frieden blühen. Statt Weltraumwaffen – Arbeitsplätze schaffen – Forderungen der DKP zu den Landtags- und Bezirkstagswahlen in Bayern". Die DKP kandidiert nicht zu diesen Wahlen. Bisher wurde die eigene Kandidatur immer damit begründet, daß nur eine Arbeiterpartei konsequent für die sozialen Interessen der Arbeiterbevölkerung eintreten würde und dies von der SPD und den Grünen nicht erwartet werden könnte. Hat sich daran etwas geändert? Die DKP betont: "Auch von Bayern muß ein Signal ausgehen für die Ablösung der Bonner Regierung. Diese Ablösung ist möglich. Das zeigt der gewachsene außerparlamentarische Kampf gegen Weltraummilitarisierung und WAA, für Arbeitsplätze und mehr Demokratie. Dabei werden politische Mehrheiten links von der CSU sichtbar." Diese Analyse der Parteienlandschaft ist Wunschenken. Warum? Die CSU kann sich als "Mitte"-Partei profilieren, denn mit den Abspaltungen Republikaner (REP) und der Freiheitlichen Volkspartei von Handlos ist zusammen mit der NPD die Parteienlandschaft zum Vorteil der Rechtsparteien aufgelockert worden. Linke Parteien kandidieren ja nicht. Deshalb wird die gewünschte Rechnung der DKP nicht aufgehen. – (dil)



Hamburg. Gegen die Diskriminierung von Homosexuellen demonstrierten 700. Auf Transparenten (Bild) wurde u.a. gefordert: die Streichung des §175, ein Antidiskriminierungsgesetz für Lesben und Schwule, die Möglichkeit, als Homosexuelle offen in der Gesellschaft zu leben. Die Demonstration stand am Ende der 7. Schwulen- und Lesbenwoche "Stonewall '86". – (gba)

Daimler-Teststrecke: Entscheidung erst 1987

Boxberg. Das Bundesverfassungsgericht hat die Selbstablehnung des Vorsitzenden des Ersten Senats, Roman Herzog, wegen Befangenheit bestätigt. Die Verhandlungen über die Verfassungsbeschwerde des BUNDSCHUH soll im November abgehalten werden, mit einer Entscheidung ist nicht vor Anfang 1987 zu rechnen. Herzog war 1979 als Innenminister wesentlich an einer Ministerratsentscheidung beteiligt, die Daimler-Benz für den Fall der Nichtrealisierung der Teststrecke den Rückkauf der erworbenen Grundstücke bis zur Höhe von 25 Mio. DM durch das Land Baden-Württemberg zusichert. Durch die Ablehnung Herzogs soll das Urteil den Anstrich solider Rechtsstaatlichkeit erhalten. Durch den Bremer Wirtschaftssenator wurde inzwischen die Luneplatte bei Bremerhaven als neuer Standort ins Gespräch gebracht. Die knapp 200 Teilnehmer der Mitgliederversammlung des BUNDSCHUH am 28.6. haben gegen diesen Standort ebenfalls protestiert. – (mah)

Skin-Heads überfallen türkischen Arbeiter

Saulgau. In der Nacht vom 20./21.6. wurde der junge türkische Arbeiter T. nach einem Disco-Besuch von vier Skin-Heads verfolgt und angehalten. Während einer etwas zurückblieb, fragten die drei andern T. wohin er wolle und ob er Türke sei. Als T. letzteres bejahte, gingen sie mit Ausdrücken wie "Türkensau" auf ihn los. Zwei hielten ihn fest, der dritte zog ein Rasiermesser und brachte T. damit zuerst einen schnellen und dann neun(!) weitere Schnitte im Zeitlupentempo quer über den ganzen linken Unterarm bei. Das alles grinsend und mit sadistischem Gelächter. T. konnte sich befreien, es gelang ihm sein Ta-

schenmesser zu ziehen, was die Skins zur Flucht veranlaßte. Mit Unterstützung von Freunden stellte T. am 23.6. Strafanzeige. Erste Gespräche unter – bisher in der Hauptsache – türkischen Arbeitern haben stattgefunden, um über das weitere Vorgehen gegen solche faschistischen Angriffe zu beraten. – (ulr)

Freispruch von "Gotteslästerung"

Freiburg. Mitglieder der Bunten Liste wurden bereits am 14.4. von dem Vorwurf der "Gotteslästerung" (§ 166 StGB) freigesprochen. Sie waren angeklagt worden, weil sie im Rahmen einer "Antiklerikalen Woche" ein Plakat mit einer Gotteskarikatur in der Stadt ausgehängt hatten, auf dem ein Pfaffe Jesus als Handpuppe grinsend hochhielt. Aus der Kutte des Pfaffen guckte das Konkordat von 1933 heraus. Das Plakat war im Oktober 1984 von der Stadtverwaltung beschlagnahmt worden. In der Urteilsbegründung heißt es u.a.: "Es ist nicht anzunehmen, daß durch den Vorgang bei Personen, die sich nicht zum katholischen Glauben bekennen, die Intoleranz gegenüber der katholischen Kirche, ihren Einrichtungen und Angehörigen hätte gefördert werden können, noch ist zu befürchten, das Sicherheitsgefühl der Gläubigen der angegriffenen katholischen Kirche und ihr Vertrauen auf die Gewährleistung eines von Furcht freien Zusammenlebens der Bürger durch die Rechtsordnung... und auf ungestörte Ausübung ihrer Religion hätten durch die Verbreitung der Karikatur Schaden nehmen können". Der "durchschnittlich verständige Beobachter" sei sich darüber im klaren, "daß Stilmittel der Karikatur die Überzeichnung, Verzerrung und Vergrößerung ist und berücksichtigt dies bei der Bewertung der vorliegenden Zeichnung". Das Urteil ist rechtskräftig. – (ulb)

Werk Fritz Werner

Betriebsführung will Bearbeitungscenter 24 Stunden am Tag laufen lassen

Westberlin. Im Februar '85 legte die Betriebsführung des Werkzeugmaschinenwerkes Fritz Werner (im Besitz der bundeseigenen DIAG) im Rahmen der Verhandlungen über die Einführung der 38,5-Std.-Woche für ein Bearbeitungscenter und zwei Fräs- bzw. Schleifwerke dem Betriebsrat den Entwurf einer Arbeitszeitregelung vor, der die Einführung zweier 9,5-Stundenschichten vorsah. Im Betrieb war seinerzeit klar, daß diese Arbeitszeitregelung noch im Laufe des Jahres '85 auf zwei weitere Bearbeitungscenter und ein flexibles Fertigungssystem ausgedehnt werden sollte. Damit wären hiervon 25 Arbeiter betroffen gewesen. Die Differenz zwischen den zweimal 9,5-Stundenschichten und den 24 Stunden, die ein Tag hat, wollte die Betriebsführung

zum Abschluß einer Vereinbarung, die die Einführung einer ständigen dritten Nachtschicht vorsah. D.h. die bisher an den Maschinen stehenden Arbeiter sollten weiterhin in zwei Schichten arbeiten, und für die Einführung der ständigen Nachtschicht sollten Neueinstellungen erfolgen.

Anfang dieses Jahres machte die Betriebsführung einen erneuten Vorstoß für die Einführung einer dritten Wechselschicht. Der Hintergrund: Trotz intensiver Bemühungen hat sie nicht ausreichend qualifizierte Arbeiter gefunden, die bereit gewesen wären, ständig nachts zu arbeiten. Um die Maschinen doch wenigstens zeitweise nachts laufen zu lassen, mußte sie Arbeiter aus den ersten beiden Schichten bewegen, nachts zu arbeiten. Hierfür muß die Betriebsführung

tatsächlich geleisteten Arbeitstage (ohne Krankheits- und Urlaubstage) eine Freischicht an.

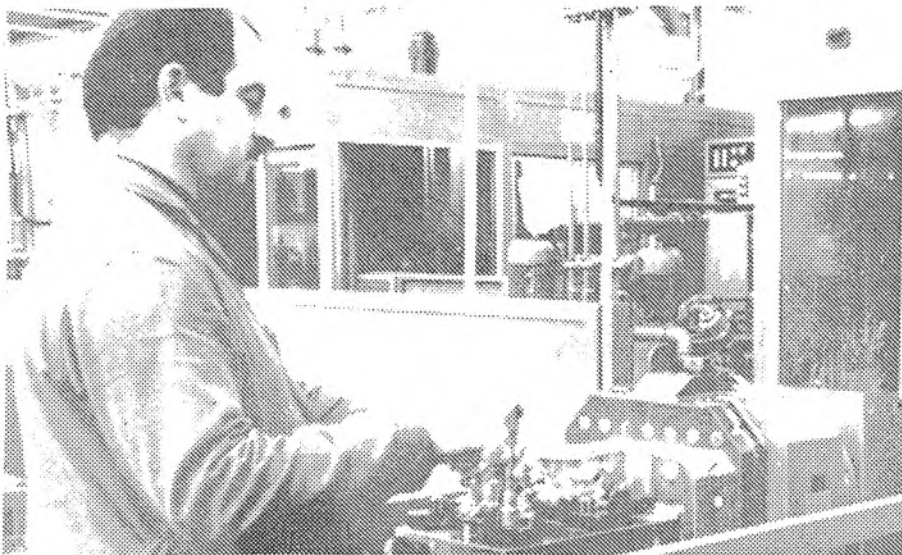
Nach Beratung mit der Ortsverwaltung der IGM wies der Betriebsrat diesen Vorschlag zurück. Begründung:

Erstens seien die zusätzlichen Leistungen für die Nachtarbeit im Tarifvertrag abschließend geregelt. Damit seien Betriebsvereinbarungen hierüber unzulässig und könnten von der Betriebsführung jederzeit für nichtig erklärt werden. Wenn die Betriebsführung daher für die Nachtarbeit zusätzliche Leistungen gewähren wolle, müßte dies durch einseitige Willenserklärung ihrerseits geschehen. Hierfür gelten dann die normalen Kündigungsbedingungen und -fristen.

Zweitens sei die Nachtarbeit, gegenüber der Arbeit in den ersten beiden Schichten, eindeutig am meisten belastend. Daher seien Zuschläge auf diese Schicht zu konzentrieren.

Drittens sei der Besitzstand "keine Nachtarbeit" so hoch zu bewerten, daß der Betriebsrat keine Betriebsvereinbarung über drei Wechselschichten abschließen werde.

Daraufhin erklärte durch Aushang die Betriebsführung ihre Bemühungen für die Einführung von drei Wechselschichten für gescheitert und kündigte an, daß sie allen, die sich für die Nachtarbeit melden, 5,- DM pro Stunde zusätzlich zahlen werde. Nach vier Wochen liegen noch keine "Bewerbungen" vor. — (kla)



Arbeitsplatz eines Bedieners an einem flexiblen Fertigungssystem im Werk Fritz Werner.

durch den mannlosen Betrieb über fünf Stunden (Geisterschicht) ausgleichen.

Diese vorgeschlagene Arbeitszeitregelung stieß auf die eindeutige Ablehnung der betroffenen Arbeiter, die bislang im Zweischichtdienst arbeiteten. Als "Alternative" bot die Geschäftsführung einen normalen Dreischichtbetrieb (dreimal acht Stunden an). Auch dies lehnten die Bediener ab. Trotzdem entfaltete die Betriebsführung auf den Betriebsrat einen solchen Druck mit der Argumentation der Konkurrenzfähigkeit und der Vorlage von Stundensätzen für die Maschinen, die im Dreischichtbetrieb 60 DM niedriger lägen als bei zwei Schichten, daß der Betriebsrat weiter verhandelte. Auf Vorschlag der Ortsverwaltung der IG Metall kam es dann

tarifvertraglich 50 % Zulage für unregelmäßige Nachtarbeit zahlen, während sie bei regelmäßiger Nachtarbeit nur 15 % Zulage gewähren muß.

Ihre erneute Initiative für den regulären Dreischichtbetrieb begleitete die Betriebsführung mit massiven Drohungen. Bei Weigerung seien die Arbeitsplätze gefährdet, es würden über Werkverträge Leiharbeiter an diesen Maschinen eingesetzt werden. In zwei Abteilungsversammlungen setzten sich die betroffenen Arbeiter hiermit auseinander und wiesen den Plan zum Dreischichtbetrieb einhellig zurück.

Als Reaktion hierauf bot die Betriebsführung durch Betriebsvereinbarung für den Dreischichtbetrieb eine Zulage von 2,- DM pro Stunde für die Dreischichtarbeiter und für alle 55

Lohnrahmentarif I

IGM und VMI mit gleicher Interessenlage?

Heidelberg. Der Lohnrahmentarifvertrag I (LRTV I) Nordwürttemberg-Nordbaden vom 8.11.1967 regelt die Zuordnung der Tätigkeiten der Arbeiter zu bestimmten Arbeitswert- bzw. Lohngruppen. Dies geschieht entlang von acht "aktiven" Bewertungsmerkmalen aus den drei Kategorien "Können", "Belastung" und "Verantwortung" sowie zwölf "passiven", das sind Umgebungseinflüsse wie z.B. Schmutz, Staub, Lärm, Unfallgefahr usw. Die Merkmale sind ungefähr in obiger Reihenfolge hierarchisch geordnet bzw. gewichtet; eine lange Anlernzeit oder Arbeiten, bei denen große Werte vernichtet werden können, werden demzufolge besser bezahlt als solche in Dreck und Hitze.

Der Tarif ist 1973 ausgelaufen, er gilt theoretisch nur noch für diejenigen Arbeiter(innen), die seit 1973 im selben Betrieb beschäftigt sind. Praktisch wird jedoch in der gesamten Metallindustrie bis heute danach verfahren. Während des Tarifkampfes 1986 ließen Mitglieder der Tarifkommission NW/NB mehr unter der Hand verlauten, man befinde sich seit genau-

mer Zeit in Verhandlungen mit dem Verband der Metallindustrie (VMI) über eine Wiederinkraftsetzung und teilweise Neufassung des LRTV I. Beide Seiten hätten ein Interesse an der Sache, da in beiden Lagern die "alten Hasen", die mit dem Umgang des Vertrags vertraut waren, ausstürben, andererseits man eine Angleichung an die technische Entwicklung wolle. Erste Ergebnisse lägen bereits in schriftlicher und paraphierter Form vor und im Interesse ungestörter und sachlicher Verhandlungen sei vereinbart worden, diese Ergebnisse nicht (nicht einmal mitgliederintern) zu veröffentlichen.

Wie zu hören ist, soll der Fortschritt bei dem bereits paraphierten Teil sein, daß, ohne die einzelnen Bewertungsmerkmale anders zu gewichten oder ihre Zahl zu erweitern, zusätzliche Gesichtspunkte zur Bewertung herangezogen werden. Z.B. soll unter Ausbildung, Erfahrung nicht nur die für die Tätigkeit benötigte, sondern die tatsächlich vorhandene Ausbildung bezahlt werden; bei Belastung der Sinne und Nerven sollen die Kriterien Unter- und Überforderung sowie Monotonie berücksichtigt werden. Im weiteren, noch umstrittenen Teil des Vertrags soll das Recht auf innerbetriebliche Weiterqualifikation festgeschrieben werden. Etwas mehr Öffentlichkeit täte der Sache schon gut, um die positiven Seiten auch unterstützen zu können. — (has)

Buchhandel und Verlage

Tarife nur solange sie schlecht sind

München. Etwas neidisch schauen die Buchhandels- und Verlagskapitalisten über die Grenzen des Freistaats hinaus auf ihre Konkurrenten in den anderen Bundesländern. Diese haben es nämlich bereits geschafft, die speziellen Tarife der Branche abzuschaffen und das Tarifniveau drastisch zu senken. Der bayerische Kapitalistenverband umfaßt etwa 1100 Mitglieder, nochmal so viele haben bereits individuell den Tarif abgeschafft, indem sie sich dem Einzelhandelsverband angeschlossen und dessen Tarife übernommen haben. Zwar sind die Unterschiede in den einzelnen Gruppen nicht einmal sehr gravierend, aber durch die unterschiedlichen Eingruppierungsmerkmale könnte es gelingen, die Beschäftigten bis zu 400 DM tariflich zu drücken.

Die Drohung, die Tarife aufzulegen, war denn auch während der Tarifverhandlungen ständige Erpressung der Kapitalisten. Die starke Strömung im Verband, sich den Einzelhandels- und Großhandelsstarifen anzuschließen, könne nur abgewehrt werden,

wenn die Entgeltserhöhung gering und die Arbeitszeitverkürzung vorteilhaft sei. Beides wurde mit Hilfe der DAG durchgesetzt, die HBV mußte sich der Erpressung beugen. Aber gerade dadurch mutig geworden, plante eine größere Fraktion im Kapitalistenverband, die Gunst der Stunde zu nutzen und einen Schlußstrich unter die Tarife zu ziehen. In Flugblättern und auf einer Versammlung unterrichtete die HBV die Kollegen von dieser Absicht. Es gab keine Differenzen: Die Tarife müssen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln verteidigt und ausgebaut werden.

Als die erfolgversprechendste Art, dies zu tun, beschloß die HBV-Fachgruppe, den bestehenden Tarif maximal anzuwenden und die noch nicht durchgesetzten Forderungen intensiver zu propagieren. Das heißt, auf betrieblicher Ebene die Arbeitszeitverkürzung so durchzusetzen, daß eine spürbare Entlastung für die Kollegen entsteht. Zweitens die Tarifierhöhung von nur 2,95% in diesem und nur 2,4% im nächsten Jahr zumindest zur Auszahlung zu bringen, darüberhinaus zu versuchen, Nachschlagsforderungen betrieblich durchzusetzen, was bereits in einer größeren Buchhandlung gelungen ist (3,5% statt 2,95%). Drittens die Eingruppierung zu überprüfen und zu verbessern. Viertens wenigstens auf betrieblicher Ebene Rationalisierungsschutz-Vereinbarungen zu erreichen. Die Tarifverhandlungen waren von der HBV mit einer Protestkundgebung in Würzburg abgeschlossen worden. Den Kapitalisten wurde gesagt, daß man sich zwar notgedrungen zu einem schlechten Tarifabschluß erpressen lassen muß, die berechtigten Forderungen aber damit nicht aufgibt.

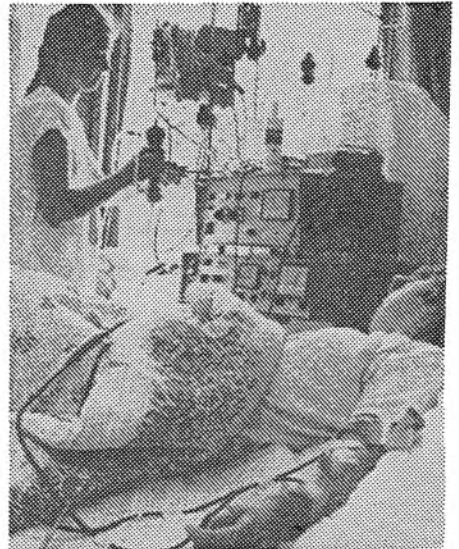
Auf der Verbandstagung der Kapitalisten kam es noch nicht zur Abschaffung der Tarife. Statt dessen wurde der Verhandlungskommission für den günstigen Tarifabschluß gedankt und einstimmig das Vertrauen ausgesprochen. Gegen schlechte Tarife haben die Kapitalisten nichts. — (kai)

Kostendämpfung

Nach Todesfall im Klinikflur Personaletat gekürzt

Braunschweig. Im Krankenhaus Cellerstraße stirbt Mitte Mai ein frischeingelieferter Patient auf dem Klinikumsflur — die Aufnahme war überfüllt, und der Schwerkranken starb unbemerkt, noch bevor er untersucht werden konnte. Empörung aller staatstragenden Parteien im Rat der Stadt, als nach einem Antrag der Grünen im Gesundheitsausschuß auch die Ursache dieses Vorfalles öffentlich bekannt wurde: nämlich

der Personalmangel und die Nichtbesetzung von bereits bewilligten Planstellen durch die Verwaltung. Die CDU war "empört, daß so etwas ... geschehen konnte". Die SPD versprach, den Antrag der Grünen auf Besetzung der Planstellen in die Ausschüsse zu überweisen. Unter dem Druck des Vorfalles wurde eingeräumt, was längst bekannt ist: daß Personal fehlt. Der ehemalige Chefarzt Prof. Alnor bescheinigte Überforderung des Personals und forderte andere Maßstäbe auf dem Personalsektor. Die Verwaltung erklärte: Es sei nicht "ideal gelaufen", und das Klinikum sei



nicht in der Lage, "psychischen Komfort" zu bieten, schließlich machte sie die von den Gewerkschaften durchgesetzten Tarifforderungen verantwortlich. Letztendlich jedoch mußte auch sie öffentlich eingestehen, daß die Kliniken oft am "Rande der Leistungsfähigkeit" arbeiten. Auf Anfrage teilte der Gesundheitsdezernent öffentlich mit, daß mit mehr Personal "aber natürlich eine größere Sicherheit von vornherein eingegeben (wäre)".

Doch was folgte bei CDU, SPD und FDP aus ihrer Empörung? Anstatt die vom Personalrat geforderten 150 Planstellen zu beschließen, tat der Rat auf seiner Sitzung am 25.6. mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP genau das Gegenteil: Um rund 4,5 Mio. DM wurde der von der Verwaltung aufgestellte Personaletat gekürzt. Freilich mit Zustimmung der Braunschweiger Krankenkassen, die nicht zahlen wollten, da die Verwaltung des Klinikums 1985 ca. 90 bewilligte Stellen einfach nicht besetzte und Millionengewinne erwirtschaftet hatte, die sie zu großen Teilen an die Kassen zurückzahlte. Letztlich trifft die Kasse damit das Pflegepersonal, das 1985 die Nichtbesetzung von Stellen und jetzt die Streichung derselben hinnehmen muß, weil die Verwaltung sie nicht besetzte. — (mis, hah)

NRW

Fortsetzung der Kampagne gegen die FAP – Die Landesregierung reagiert mit Manövern

Rund 4 500 Antifaschisten beteiligten sich am 21.6.1986 – wie berichtet – an der landesweiten Demonstration gegen die FAP in Duisburg. Nicht nur die Teilnehmerzahl ist erfreulich: Sie konnte überhaupt nur zustande kommen, weil die Demonstration von unterschiedlichen politischen Kräften getragen wurde. Mobilisiert hatten vor allem VVN/BdA, DKP, Falken, Volksfront, KPD, GIM, KB, BWK, MLPD, ausländische Organisationen und die Autonomen, im wesentlichen also Kräfte, die sich auf Arbeiterinteressen beziehen. Bei den Grünen fand die Demonstration nur in einzelnen Kreisverbänden Unterstützung, die SPD war über die Jusos und wenige Politiker vertreten.



Landesweite Demonstration am 21.6. in Duisburg

Erst eine längere Auseinandersetzung um die notwendige Kritik an der Reaktion hat das Bündnis möglich gemacht, der Aufruf enthält insbesondere drei wichtige Aussagen:

- er benennt wesentliche Inhalte faschistischer Politik und beschränkt sich nicht auf die Kritik faschistischen Terrors;

- gefordert wird die Auflösung und das sofortige Verbot der FAP als NSDAP-Nachfolgeorganisation auf Grundlage der Alliierten Kontrollratsbestimmungen und des Art. 139 Grundgesetz, allgemeine "Bekenntnisse" zum Grundgesetz fehlen;

- der Hinweis, daß die FAP "staatlich gedeckt" wird, ermöglicht eine Kritik an der staatlichen Förderung der Faschisten.

Unumstritten sind diese Festlegungen allerdings nicht. Nach wie vor gibt es Einwände gegen die Verbotsforderung, vor allem aber wird von Politikern der SPD die Forderung nach Anwendung der Bestimmungen des Alliierten Kontrollrates und des Art. 139

kaum unterstützt. Im Gegenteil: Der Duisburger Oberbürgermeister Krings (SPD) trat in seinem Grußwort an die Demonstration dafür ein, die FAP nach Art. 21 Grundgesetz als verfassungsfeindlich zu verbieten.

Verfassungsinitiative der Landesregierung

Bereits im Oktober letzten Jahres hatte der Landtag auf Antrag der SPD, aber mit den Stimmen der CDU, Landesinnenminister Schnoor (SPD) dazu aufgefordert, ein Verbot der FAP nach Art. 21 Grundgesetz zu prüfen. Am 30.6., eine Woche nach der Demonstration, veröffentlichte Schnoor als Ergebnis einen Brief an Bundesinnenminister Zimmermann

Vor allem aber ist Schnoors Brief aus einem anderen Grund gefährlich: Ein Antrag auf Verbot der FAP als verfassungsfeindlich würde – von der SPD gewollt oder nicht – weitreichende Möglichkeiten für ein Vorgehen gegen "linke Verfassungsfeinde" schaffen, womit nach den Bundestagswahlen zu rechnen wäre. In der Landtagsdebatte im Oktober hatte die CDU dies ohne Widerspruch verlangt. Die Inhalte faschistischer Politik wären vom Tisch, eine Kritik an den mannigfachen und wachsenden Verbindungen faschistischer Politiker und Wissenschaftler zu konservativen Kräften wäre nicht mehr möglich, wenn es um die Verfassungsfeindlichkeit der FAP ginge.

Schärfere Abgrenzung gegen die Reaktion nötig

Für die antifaschistischen Kräfte müßte daraus eine weitere Verbesserung der Begründung der Forderung nach Auflösung und Verbot der FAP folgen. Ebenso müßten die Bemühungen um eine Kritik der faschistischen Programmatik und der staatlichen Förderung der Faschisten verstärkt werden. Kaum jemand kritisiert die FAP, die sich "Arbeiterpartei" nennt, als arbeiterfeindlich, obwohl ihre Ausländerhetze ein wichtiger Beleg dafür ist. Sie redet der von den Kapitalisten und der Reaktion gewollten weiteren Entrechtung und Versklavung der ohnehin gedrücktesten Schichten der Arbeiterklasse das Wort.

Am 4.7. fand in Duisburg ein Treffen zur Auswertung der Demonstration statt, an dem 30 Mitglieder der meisten am Bündnis beteiligten Organisationen teilnahmen. Eine Erörterung der weiteren Arbeit war erst möglich nach neuerlichem Streit um Versuche von Mitgliedern der VVN/BdA und der DKP, die Autonomen auszugrenzen. Dennoch konnten einige nützliche Beschlüsse gefaßt werden: Die Reden der Kundgebung sollen veröffentlicht werden, um allen Interessierten die Befassung mit den dort vertretenen Positionen zu erleichtern; das Treffen billigte eine Erklärung zu Schnoors Brief, die die gemeinsamen Positionen bekräftigt und die Nichtzulassung faschistischer Parteien zu den Bundestagswahlen fordert.

Festgelegt wurde schließlich der 25.10. als neuer Termin für das nächste Treffen antifaschistischer Initiativen und Organisationen aus NRW. Neben gemeinsamen Tätigkeiten zu den Bundestagswahlen sollen Arbeitsgruppen zur Diskussion strittiger Fragen eingerichtet werden. Als Themen wurden u.a. vorgeschlagen: Die Forderung nach Verbot faschistischer Organisationen und ihre Begründung; Kritik faschistischer Programmatik und Politik; die Rolle faschistischer Organisationen in der BRD. – (wof)

Ladenschluß

Abendverkauf eröffnet Flexibilisierung

Stuttgart. Nach zahlreichen Koalitionsverhandlungen, einer geänderten Erstfassung und begleitet von Protesten der Gewerkschaften sowie der Einzelhandels- und Mittelstandsverbände passierte die Änderung des Ladenschlußgesetzes nach einem Dreivierteljahr am 27.6.86 in letzter Lesung den Bundestag. In Städten über 200000 Einwohner können Läden bis 22 Uhr in Bahnhofsnähe, an Flughäfen und bei Knotenpunkten öffentlicher Verkehrsmittel geöffnet werden. Weshalb die Gesetzesänderung soweit nicht verhindert werden konnte, hat verschiedene Gründe:

1. Die zögerliche Haltung der CDU in dieser Frage, die politisch Einbußen aus ihrem Anhang beim selbständigen Mittelstand fürchtet, hat scheinbar nach der Niedersachsenwahl keinen Nährboden mehr. Gefestigt durch den Ausgang dieser Wahl konnte die Reaktion die erste Hürde für Flexibilisierung des Ladenschlusses in Angriff nehmen. Vor der Wahl war eine mehrfache Initiative Baden-Württembergs zur Behandlung einer Ladenschlußänderung im Bundesrat an der ablehnenden Haltung des niedersächsischen Ministerpräsidenten Albrecht gescheitert. Nach der Sitzung des Bundesrats-Wirtschaftsausschusses zu urteilen, bleibt es nun Rheinland-Pfalz vorbehalten die Zustimmung des Bundesrats am 11.7.86 hinauszuschieben.

2. Die Mittelstands- und Einzelhandelsverbände murren zwar noch, weil sie eine Verschärfung der Konkurrenz zu ihren Lasten fürchten, machen sich inzwischen aber Hoffnungen auf eine weitere Ladenschlußänderung in Richtung "Dienstleistungsabend". Der Stuttgarter CDU-MdB Sauer (einer der "Retter der Klett-Passage") kann deshalb zwei Tage nach der Niedersachsenwahl stolz berichten: "Die Koalition ist sich einig, nachdem es – wenn auch mit Hängen und Würgen – gelungen ist, Mittelstandsvereinigung und Sozialausschüsse auf eine Linie zu bringen." Bangemann (FDP – der andere "Klett-Passagen-Retter"), der Ende Juni d.J. vor dem baden-württembergischen Einzelhandelsverband für weitere Flexibilisierung eintrat, betonte, daß ihm der "Dienstleistungsabend" auch sehr gelegen käme.

3. Die Gewerkschaft HBV schwankt. Seit Jahrzehnten hat die HBV für den Ladenschluß von 18.30 Uhr gestritten. Auch hat sie nach Bekanntgabe der Änderungspläne bundesweit eine Unterschriftensammlung u.a. gegen Nacharbeit veranlaßt. Ziemlich spät allerdings nimmt sie im "ausblick" 6/86 zur Gesetzesänderung Stellung, ohne die weiteren Flexibilisierungspläne anzugreifen. Der HBV-Vorsit-



Demnächst Abendöffnung auch für Kindergärten?

zende Volkmar kritisiert nur noch formal: "Es gibt keinen vernünftigen Grund, das Ladenschlußgesetz über Nacht mit einer in sich nicht schlüssigen Novelle zu ändern." Wäre etwa der "Dienstleistungsabend" ein vernünftiger Grund, für den sich der stellvertretende HBV-Vorsitzende Steinborn vor kurzem ausgesprochen hat? Wenn dann noch der Eindruck vermittelt wird, mit der Gesetzesänderung solle die Stuttgarter Klett-Passage gerettet werden (die im neuen Gesetz gar nicht mehr auftaucht) und verfassungswidrig sei sie (was die FDP gegenüber der CDU auch behauptet), dann wird gegen die weiteren Flexibilisierungspläne kein Widerstand zu organisieren sein. – (ccs)

Kieler Woche '86

"Schon die Kasse – und hilf Dir selbst!"

Kiel. Seit einigen Jahren wird das von den Nazis eingeführte Segelsport- und Kriegsschiffsbesichtigungsereignis von einem gesellschaftspolitischen Leitthema mit Kongressen und Veranstaltungen begleitet. Diesmal wurden unter dem Motto "Gesundheit – heute und morgen" die "Kieler Thesen" ausgebrütet. Die Revolutionäre hatten frühzeitig erkannt, daß damit die Ideologie: "Du bist an Deinen Krankheiten mit Deiner ungesunden Lebensweise selbst schuld" und "Der Fortschritt in der Medizin ist nicht mehr zu bezahlen, wenn nicht jeder für die von ihm verschuldeten Krankheiten selbst mit zahlt" transportiert werden sollte.

Traditionell wird die Eröffnung der Kieler Woche dazu genutzt, den gesammelten Protest gegen den mit Volksfest verbrämten Militarismus zum Ausdruck zu bringen. Nachdem im letzten Jahr ein massives Polizeiaufgebot mit Gesichtskontrolle an allen Zuwegen zum Rathausplatz fast jeglichen Protest erstickt hatte, ge-

lang dies heuer nicht mehr. Eine Aktionseinheit aus Volksfront, Arbeitskreis Asche-Prozeß, Autonomer Gruppe und BI gegen Atom-Anlagen hatte eine Sonderausgabe der "Killer Nachrichten" vorbereitet, in der unter der obigen Überschrift das Gesundheits-Motto, der Militarismus und die Verharmlosung der Atomgefahr angegriffen wurden. Das Blatt war in 3000er Auflage im Nu verteilt. Trotz ähnlicher Kontrollen wie im letzten Jahr tauchten auf dem Platz mindestens zwölf Transparente, hauptsächlich gegen das Kernenergieprogramm und gegen das Gesundheitswesen, auf. Direkt vor der Bühne stand ein Pulk von Atomkraftgegnern mit "radioaktiven" Luftballons. Weitsichtig hatte der als Redner eingeladene Bundespräsident v. Weizsäcker seine Teilnahme abgesagt, Bundesgesundheitsministerin Rita Süßmuth wollte das Volksfest eröffnen. Trotz riesiger Lautsprecheranlagen gelang es ihr jedoch nicht, sich auch nur mit einem Wort auf dem Platz verständlich zu machen. Auch in Radio und Fernsehen unüberhörbar wurde sie von Trillerpfeifen und der Parole "Weg mit dem Atomprogramm" übertönt. Zu allem Überfluß ließ "Robin Wood" vom Rathausurm noch riesige Transparente gegen den "Atom-WAAnsinn" herab. Ministerpräsident Barschel soll OB Luckhardt (SPD) auf der Tribüne für das "Spektakel" mit scharfen Worten gerüffelt haben.

Die "Kieler Thesen" wurden vorgelesen von Prof. Beske, Leiter des Kieler Instituts für Gesundheits-System-Forschung, der sich bereits mit Euthanasie-Überlegungen hervorgetan hat ("man muß überlegen, ob es Sinn hat, geistig behinderte Kinder ans Sonnenlicht zu bringen"). Neben einer Ausweitung der Arbeitsmedizin fordern sie im wesentlichen Kostendämpfung, Selbstbeteiligung und eine Reduktion des medizinischen Aufwandes, der mit den Alten getrieben werde. – (uwa)



Rita Süßmuth und Barschel (Bild) eröffneten die Kieler Woche.

Bunkerbau in München

Die CSU nutzt die Gunst der Stunde Baustopp soll aufgehoben werden

München. Die Region München hat sich in den letzten 20 Jahren zum Rüstungs- und Militärzentrum Westdeutschlands entwickelt. Ein Großteil der Rüstungsgüter werden in der Region München entwickelt, produziert und verkauft. Nach Untersuchungen der DKP befinden sich in und um München über 50 Firmen, die ihre Gewinne direkt oder indirekt mit Waffen machen. Dazu zählen insbesondere die Konzerne Krauss-Maffei, MBB, MTU, Dornier und Siemens. Hinzu kommen zahlreiche Bundeswehreinrichtungen.

Entwickelt hat sich in den letzten Jahren auch der Widerstand gegen die Kriegsvorbereitungen in der BRD. Angefangen vom Kampf gegen die Raketenstationierung über SDI bis hin zur Kritik an den Zivil- und Katastrophenschutzplänen der Bundesregierung. Mit vielfältigen Aktivitäten sind verschiedene Gruppen an die Öffentlichkeit getreten: Beschäftigte der Siemens AG sammeln Unterschriften gegen SDI, Ärzte lehnen das geplante Zivilschutzgesetz mit seinen einschneidenden Eingriffen in das Gesundheitswesen sowie die Fortbildung in Katastrophenmedizin ab, Architekten und Planer treten gegen den Bau von Schutzräumen auf. Verschiedene Friedensinitiativen, die GRÜNEN, die DKP und andere Organisationen stellen Forderungen für eine kommunale Friedenspolitik auf. Nach den Kommunalwahlen 1984, die im Münchner Rathaus eine Mehrheit der Mandate für die SPD und die GRÜNEN/ALM brachten, gelang die Durchsetzung von zwei erhobenen Forderungen: Im Herbst 1984 erklärt der Stadtrat München zur "atomwaffenfreien Zone", im Dezember 1985 beschließt er einen Baustopp für Schutzräume.

Jetzt im Vorfeld der bayerischen Landtagswahlen und nach dem Reaktorunfall in Tschernobyl versucht die CSU zumindest die Entscheidung über die Einstellung des Bunkerbaus zu Fall zu bringen.

Ab 1970 – der Bunkerbau wird gefördert

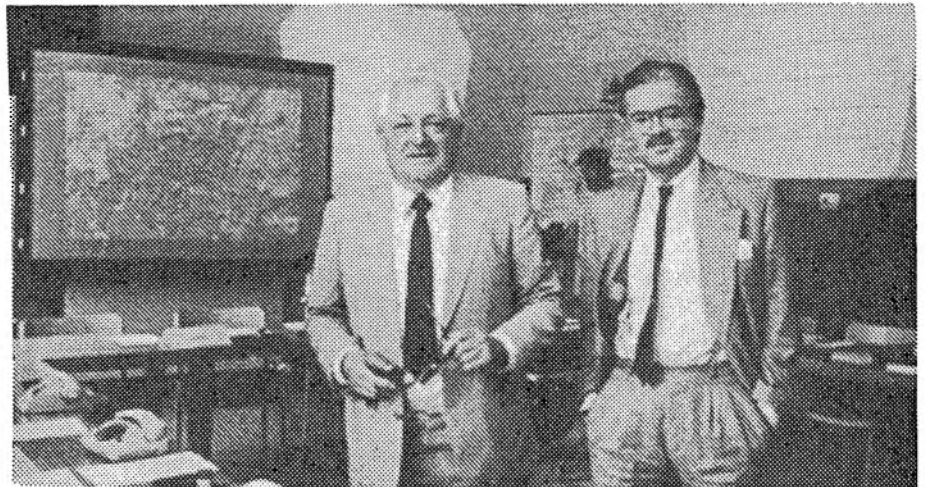
Begonnen haben die ersten Planungen für ein Atombunkerprogramm im September 1970 unter dem damaligen Oberbürgermeister Vogel (SPD). Das Kreisverwaltungsreferat hat beantragt, künftig U-Bahnhöfe zu Luftschutzanlagen gegen "herabfallende Trümmer, radioaktive Niederschläge, Brandeinwirkungen und biologische Kampfmittel" auszubauen. Im Juli 1981, die CSU hat die Mehrheit im Stadtrat und Kiesl ist Oberbürgermeister, beschließt der Kreisverwaltungs-ausschuß, daß alle Möglichkeiten

wahrzunehmen sind, das Schutzplatzangebot der Landeshauptstadt zu verbessern. 1983 wird ein umfassendes Programm eingeleitet, um die bestehenden 11000 Plätze binnen zwei Jahren zu verdoppeln. Am 26.3.85 teilt Kreisverwaltungsreferent Gauweiler in seinem Jahresbericht über den Zivilschutz dem Stadtrat mit: Mit der Fertigstellung der "Mehrzweckanlage im Dienstgebäude des Umweltministeriums mit 2800 Schutzplätzen" erhöht sich die Gesamtzahl der öffentlichen Atombunkerplätze "auf

der Stadt München her.

Am 21.11.1984 führt die "Friedensinitiative der Architekten und Planer" eine Veranstaltung gegen den Schutzraumbau und das geplante Zivilschutzgesetz durch.

Auf einer außerordentlichen Mitgliederversammlung des Ärztlichen Kreis- und Bezirksverbandes München fordern über 400 Ärzte den Münchner Stadtrat auf, "alles in seiner Macht stehende zu unternehmen, den weiteren Ausbau von Bunkerkapazitäten in München zu stoppen".



Rechts der berufsmäßige Stadtrat und Kreisverwaltungsreferent Dr. Peter Gauweiler zusammen mit dem Oberbranddirektor Karl Seegerer im Lageraum. Schutzraumbau – Ausgaben in Millionenhöhe für die Aufrechterhaltung der Infrastruktur des staatlichen Gewaltapparates. Gauweiler will kommunale Gelder dafür locker machen.

23000". Der weitere Ausbau der Schutzräume ist geplant. Für 2% der Münchner solle es nach der Verwirklichung einen "echten" Atombunkerplatz, für 80% einen "reduzierten Grundschutz in städtischen Tiefbauwerken" geben. Gesamtkosten der Maßnahmen etwa 50 bis 60 Mio. DM.

Vielfältiger Widerstand gegen den Bunkerbau

In ihrem Kampf gegen das Bunkerbauprogramm durchleuchten die verschiedenen Initiativen und Parteien das Problem von mehreren Seiten.

In ihrem Programm zu den Kommunalwahlen 1984 erklären die GRÜNEN: "In einem Atomkrieg gibt es kein Überleben. Der Bau von Bunkern und Zivilschutzmaßnahmen sind deshalb sinnlos."

Die "Münchner Bürgerinitiative für Frieden und Abrüstung", in der verschiedene Friedensinitiativen zusammengeschlossen sind und in der u.a. auch die DKP mitarbeitet, stellt die Verbindung zwischen dem Bunkerbauprogramm und den sozialen Ausgaben

Hearing soll den Bunkerbau durchsetzen

Nach den Kommunalwahlen von 1984 mehren sich aufgrund der starken Kritik am städtischen Bunkerbauprogramm auch innerhalb der SPD die Stimmen gegen einen weiteren Ausbau. Die Stadt sieht sich deshalb gezwungen, auf Initiative des Kreisverwaltungsreferenten Peter Gauweiler (CSU), am 6. Dezember 1984 ein Experten-Hearing anzusetzen, "um eine sachgerechte Behandlung dieser Fragen bei den diesbezüglichen Entscheidungen des Stadtrats zu gewährleisten".

Zehn Fachleute sprechen vor. Als Gastgeber hat Gauweiler dafür gesorgt, daß der Expertenrat kein Zufall bleibt: nur ein Teilnehmer, Alfred Mechtshheimer – eingeladen auf Vorschlag der GRÜNEN – verurteilt den Schutzraumbau. Die restlichen neun Experten sprechen sich dafür aus. Dabei geht es ihnen nicht in erster Linie um den Schutz vor Atomwaffen; der Präsident des Bundesamtes für Zivil-

schutz erklärt warum: "Schutzraumbau ist auch unter den Bedingungen eines modernen Krieges sinnvoll. Denn es ist wenig wahrscheinlich, daß es in einem Verteidigungsfall zum totalen atomaren Schlagabtausch kommen wird. Dies würde zu sehr im Widerspruch zum Völkerrecht und zu den eigenen Interessen eines Angreifers stehen. Die Bundesregierung geht deshalb davon aus, daß auch ein Krieg in Mitteleuropa – von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen – konventionell geführt werden würde." Die anderen Befürworter argumentieren ähnlich. Und der Leiter der Abteilung "Zivile Verteidigung, Brand- und Katastrophenschutz" im Bayer. Staatsministerium des Innern spricht dem Stadtrat ganz das Recht ab, Beschlüsse gegen den Bau von Schutzräumen zu fassen: "Ein derartiger Beschluß sei eindeutig als rechtswidrig anzusehen, weil er nicht in die gemeindliche Zuständigkeit falle. Die Entscheidung, ob öffentliche Schutzräume überhaupt errichtet werden sollen, ist eine Angelegenheit der Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die allein in die Re-

gelkompetenz des Bundes fällt. Ein Beschluß, der den Bau weiterer öffentlicher Schutzräume in der gesamten Landeshauptstadt München ablehnen würde, würde im Kern auf eine allgemeinspolitische Frage zielen, die allein vom Bund zu entscheiden ist."

Stopp für den Schutzraumbau

Trotz der "Expertenempfehlung" auf dem Hearing beschließt der Münchner Stadtrat am 11. Dezember 1985, mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN, gegen die Stimmen von CSU, FDP und von Oberbürgermeister Kronawitter (SPD) einen Baustopp für Schutzräume. Die Begründung der beiden Parteien lautet, daß ein effektiver Schutz der Bevölkerung durch die Bunker, im Falle eines Atomkrieges, nicht gegeben sei. Seit diesem Tag liegen verschiedene Bunkerpläne auf Eis.

Diesen Beschluß hat die CSU jetzt ins Visier genommen. Sie nutzte die Gunst der Stunde und bringt eine Woche nach Tschernobyl einen Dringlichkeitsantrag im Stadtrat ein: Der

Schutzraumbau mit öffentlichen Geldern solle in München wieder angekurbelt werden. Geschickt versucht die CSU die Angst der Menschen vor radioaktiver Verseuchung für ihre Kriegspolitik aufzugreifen und erklärt nun, man sei auch "vor zivilen Katastrophen nicht mehr sicher".

Ob für die Bunkerpläne der CSU im Stadtrat jetzt eine Mehrheit entsteht ist fraglich. Die GRÜNEN lehnen den Schutzraumbau als Antwort auf Tschernobyl ab, Bürgermeister Hahnzog erklärte, daß sich in der SPD "wohl kein Stimmungswandel abzeichnen", selbst die FDP, die im vergangenen Jahr noch für Schutzräume votierte, fragt sich, "ob Bunkerbau die richtige Reaktion" auf den GAU sei. Die Abstimmung ist in den nächsten Wochen zu erwarten.

Quellen: "Schutzraumbau – Expertenanhörung der Landeshauptstadt München" München 1984; "Schutzräume?", Hrg. Friedensinitiative der Architekten und Planer, München 1985; Münchner Stadtzeitung 12/86; verschiedene Publikationen der DKP, der BIFA und der GRÜNEN – (ror)

Widerstand gegen Bunkerbauprogramm

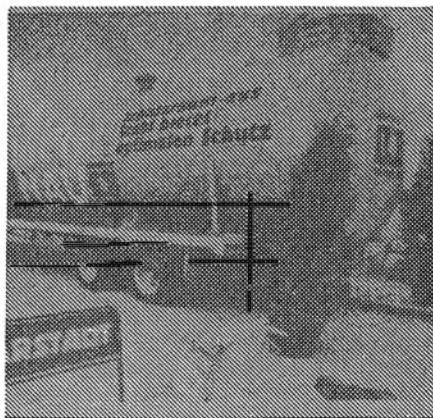
Die GRÜNEN

"Wir sind gegen sogenannte Zivilschutzmaßnahmen. In einem Atomkrieg gibt es kein Überleben. Der Bau von Bunkern und Zivilschutzmaßnahmen sind deshalb sinnlos. Sie sind eine Verschwendung von Steuergeldern und dienen lediglich der psychologischen Kriegsvorbereitung, indem sie ein Überleben im Atomkrieg vortäuschen ... Eine Bereitstellung von Bunkerplätzen für den überwiegenden Teil der Bevölkerung ist unter diesen Bedingungen nicht möglich ... Die einzig wirklichen Zivilschutzmaßnahmen bestehen in der Kriegsverhinderung durch Einsatz für Frieden und Abrüstung ... deshalb muß von Stadtparlament die dringliche Forderung nach Verbannung aller Militärischen aus München gestellt werden." (Kommunalwahlprogramm 1984)

Münch. Bürgerinitiativen f. Frieden und Abrüstung

"Insgesamt sind Ausgaben von etwa 50 bis 60 Mio. DM, verteilt auf wenige Jahre im Rahmen des Bunkerbauprogramms der Stadt offen ausgewiesen und im Einzelnen zu belegen ... Von der genannten Summe sind die Ausgaben für den 'Schutzraumbau' nicht in voller Höhe von der Stadt zu tragen, ein Teil der Kosten wird vom 'Bund' übernommen. Allerdings sind die Ausgaben vorzufinanzieren und der Unterhalt in voller Höhe von der Stadt zu tragen.

Entscheidend aber ist: Es handelt sich in jedem Fall um öffentliche Gelder. Während die Städte für Bunkerbau Bundesmittel bekommen, werden die Bundeszuschüsse für den sozialen Wohnungsbau reduziert. Kreisverwaltungsreferent Gauweiler konnte in seinem Jahresbericht am 26.3.85 in Sachen 'Zivilschutz' Planübererfüllung vermelden. Andere Referenten können das nicht. In Sachen Umweltschutz, Situation in den Krankenhäusern, Kindergartenplätzen oder Altenheimplätzen kann nicht einmal im Ansatz Planerfüllung gemeldet werden. Denn es gibt zwar ein Bunkerbauprogramm der Stadt München, aber kein Umweltschutzprogramm, kein Kindergartenprogramm, kein Altenheimprogramm." (Broschüre Materia-



Dieser Bunker, ausgestellt in der Camping-Abteilung am Olympia-Gelände, kostet 149000 DM. 50100 DM können aber von der Steuer abgesetzt werden. Aus einem Prospekt: "Ihre unterirdische Lebensversicherung ..."

lien ... August 85)

Friedensinitiative der Architekten und Planer

"Bunker bieten keinen Schutz bei atomaren Konflikten ... Wieso soll dann ausgerechnet zum heutigen Zeitpunkt das größte Bunkerbauprogramm in der Geschichte der Bundesrepublik realisiert werden ... 'Der Zivilschutz ist ... auf seine Akzeptanz durch die Bevölkerung angewiesen. Die Effizienz seiner Maßnahmen hängt entscheidend von Einsicht und Mitwirkung der Bürger ab' (Amtliche Begründung zum vorläufigen Referentenentwurf eines Zivilschutzgesetzes vom 5.6.84). Und 'Im übrigen ist es für die Soldaten von großer Bedeutung, ihre Angehörigen geschützt zu wissen' (Bundesministerium des Inneren: Zivilschutz heute, Bonn 1979). Dieses Suggestieren einer Überlebenschance im Ernstfall ist offenbar einer der Schlüsselpunkte: Zum einen, weil sie für die Stimmung 'bei der Truppe' von großer Bedeutung ist. Wer läßt sich schon zum Kriegsführen motivieren, wenn das von ihm zu schützende Leben automatisch mit Ausbruch der Kriegshandlung der Vernichtung preisgegeben ist? – Zum anderen, weil das Hoffen auf ein Überleben im Ernstfall die Bevölkerung zum Vertrauen in den Zivilschutz bewegen und somit das widerspruchsfolle Befolgen der im Zivilschutzgesetz verankerten 'Notstands'-gesetze und Zwangsmaßnahmen durch das Volk garantieren soll." (Broschüre zur Veranstaltung von 21.11.84)

Angestelltentarif Druck/Papier Südbaden

Freiburg. Rückwirkend zum 1.4. wurde für die Angestellten der Druckindustrie 4,5%, der Papierverarbeitung (neben der 38,5-Std.-Woche) 3,5% mehr Lohn, zusätzlich für die Tarifgruppen G3 und G4 (nur bei Druck) eine Vorweganhebung zur Angleichung an den RTS-Vertrag (um 20 bzw. 30 DM) vereinbart. In G6 bzw. G7 erhalten die früher in K4 bzw. K5 Eingruppierten (seit 1.10.85 einheitliche Gehaltsgruppen) eine Vorweganhebung von 96 DM (G6) bzw. 98 DM (G7) zur Angleichung an die früheren technischen Tarifgruppen (T4 u. T5). — (ula)

Ruhrkohle schiebt Ausländer ab

Nachdem sie durch eine ähnliche Aktion bereits vor zwei Jahren, kurz nach Beginn der "Rückkehrhilfe" der Bundesregierung, 2700 zumeist türkische Arbeiter entlassen konnte, soll erneut ein größerer Anteil der heute noch 18700 ausländischen Arbeiter bei der Ruhrkohle AG (insgesamt: 113000 Beschäftigte), hinausgesetzt werden. Die Ruhrkohle AG will ihren bisherigen "Mitarbeitern" 10000 DM und drei Monatslöhne zahlen, wenn sie in ihr

Gegen die geplante Privatisierung des VW-Konzerns protestierten am 30.6. etwa 5000 Beschäftigte des VW-Werkes in Baunatal. Der Betriebsrat warnte: Es sei notwendig, den verstärkten Einfluß der Banken abzuwehren, der zu einem Abbau der Sozialleistungen und der Beschneidung der Tarife führen werde (nach UZ, 2. 7.86). Der DGB-Vorstand führte die erfolgreiche Ausbeutung als Argument gegen die Privatisierung an, VW hätte 250 Mio. DM Dividende zum Bundeshaushalt beigesteuert. — (gba)

Herkunftsland zurückkehren. Die Antragsteller müssen über 45 Jahre alt sein und mindestens 15 Jahre im Bergbau gearbeitet haben. Der Ruhrkohle AG geht es also um die Arbeiter, deren Arbeitskraft weitgehend ruiniert ist, zumal die ausländischen Arbeiter ohnehin die schlimmsten Arbeiten, zumeist unter Tage, verrichten müssen. Durch die zwangsweise Rückkehr werden die Versicherungsansprüche der von der neuerlichen Massenentlassung betroffenen ausländischen Lohnabhängigen berührt. Daß die freiwerdenden Stellen nicht neu besetzt werden sollen, ist ohnehin klar. — (wof)



Chile: Die "Bürgerversammlung", ein Zusammenschluß von Berufsgruppen, Partei- und Gewerkschaftsorganisationen — ihr Vorsitzender ist ein Christ-Demokrat — hatte zu einem zweitägigen Generalstreik am 2./3. Juli aufgerufen. Der Streik forderte den Abgang des Pinochetregimes und freie Wahlen. Er legte den Verkehr und die Wirtschaft in den größeren Städten des Landes still. Die Streikenden, die Demonstrationen durchzuführen versuchten, setzten sich gegen den Einsatz von Polizei und Militär zur Wehr (Bild aus der Hauptstadt). Die Regimetruppen griffen gezielt Arbeiterviertel an. Sie erschossen sieben Menschen, verletzten 36 schwer und verhafteten über 600. — (gba)



Berufsschüler gegen Raumnot

Braunschweig. 500 Berufsschüler demonstrierten am 18.6. zum Rathaus, um gegen die unzumutbare Raumsituation zu protestieren. 30 Räume fehlen und 18 Räume müssen die Schüler außerhalb des Schulgebäudes nutzen, d.h. verkürzter Unterricht, da die Räume z.T. kilometerweit auseinanderliegen. Klassenarbeiten müssen in Behelfsräumen geschrieben und etwa ein Viertel des Unterrichts könne nicht erteilt werden, kritisierten die Schülervertreter in einem Protestschreiben an den Oberbürgermeister und forderten mehr Räume an einem zentralen Ort. — (usm)

IGM-Klage wegen Urlaubsgeldes

Bochum. Die Umsetzung des Tarifvertrages über die 38,5-Stunden-Woche hat bei Opel Bochum jetzt zu erneuten Auseinandersetzungen geführt. Die IG Metall hat ihre Mitglieder dazu aufgefordert, massenhaft Klagen beim Arbeitsgericht einzureichen, weil Opel zu wenig Urlaubsgeld und zu geringe Feiertagsvergütungen ausgezahlt habe. Bei Opel ist die 38,5-Stunden-Woche mittels Freischichten umgesetzt worden. Die regelmäßige tägliche Arbeitszeit ist also acht Stunden. Für das Urlaubsgeld und die Feiertagsvergütungen veranschlagt die Betriebsführung als Berechnungsgrundlage jedoch nur 7,7 Stunden pro Tag. Nach Angaben der IG Metall ent stehen den 13400 IG-Metall-Mitgliedern bei Opel

Bochum dadurch jährlich Lohnverluste zwischen 250 DM bis 350 DM. Sie ist der Ansicht, daß die Freischichten nicht in die Berechnung des Urlaubsgeldes und der Feiertagsvergütung einbezogen werden dürfen. — (wof)

fuba's Facharbeiter- Differenzierung

Salzdetfurth. Nachdem die Lohnerhöhung auf die Effektivlöhne erkämpft wurde, bereitete es der Geschäftsleitung auch keine Mühe, Lohngruppenänderungsanträge für etwa 25 Facharbeiter von Lohngruppe 8 in 9 zu bewilligen. Die Differenzierung der Löhne nimmt zu. Freiwillige Zulagen wurden bei den Änderungen z.T. angerechnet oder auch nicht, ebenso bei den tariflichen Leistungen. Gleichzeitig wurden Lohnänderungsanträge bei ungelerten Arbeitern und vielen Arbeiterinnen (ca. 65 Anträge) nicht anerkannt. Die Lohnschere wird gespreizt, Leidtragende sind die unteren Lohngruppen. — (mal)

Privatisierung der Bauverwaltung

Westberlin. Eine Sorte von Privatisierung, die wenig ans Licht der Öffentlichkeit gerät, findet in der Westberliner Senatsbauverwaltung statt. Dort werden Planungs-, Bauleitungs- und neuerdings auch Vermessungsaufgaben an private Firmen vergeben. In einer Mitteilung des Personalrats beim Bausenator wird dies kritisiert. Mittels Vergabe von Aufträgen an Private wird der sogenannte Nullstellenplan durchgesetzt. — (har)

Daimler-Benz-Aktionärsversammlung

Pastor Dr. Ben Khumalo gegen Daimlers Politik in Südafrika

Stuttgart. Das Engagement von Daimler-Benz in Südafrika stand im Mittelpunkt der Aktionärsversammlung von Daimler-Benz am 2. Juli in Stuttgart. Die Heuchelei von Vorstandsvorsitzendem Breitschwerdt: "Wir lehnen das System der Apartheid mit aller Entschiedenheit ab", wurde durch Fakten widerlegt, die Dr. Ben Khumalo, südafrikanischer Theologe und Mitglied des ANC, in Vertretung eines Belegschaftsaktionärs vorbrachte. Es ist geplant, diese Rede in Broschürenform zu veröffentlichen. Es folgen Auszüge aus der Rede: – (ros)

"Ich nehme die Gelegenheit wahr, mit Ihnen zu sprechen, da ich erschüttert – ja voller Empörung und Unverständnis bin über die Rolle, die die Firma Daimler-Benz in Zusammenhang mit Atlantis Diesel Engines (ADE) Südafrika spielt. Diese Firma ist ja ein halbstaatliches Projekt der südafrikanischen Regierung, in der die Daimler-Benz AG (DBAG) eine 12,5-prozentige Beteiligung hat. Dort werden mit Daimler-Benz-Lizenz Dieselmotoren hergestellt, die in fast allen Militärfahrzeugen der südafrikanischen Armee eingebaut werden.

Auf diese Tatsache angesprochen antworteten Dr. Gottschalk und Herr Utesch für die Direktion der Daimler-Benz-AG in einem Brief an die Bezirkssynode Stuttgart-Bad Cannstatt am 7. März 1986: 'Inwieweit einzelne südafrikanische Nutzfahrzeughersteller, die Motoren von ADE beziehen, Fahrzeuge ihres Fahrzeugprogramms an das Militär (South African Defence Force – SADF) liefern, entzieht sich unserer Kenntnis.'

Sehr geehrte Damen und Herren, eine derartige Antwort kann dem Ansehen einer Aktiengesellschaft dieser Größenordnung wie der Daimler-Benz AG nur schädlich sein, da sie nachweislich verharmlosend, tatsachenverschweigend und wahrheitswidrig ist. Wer soll im Ernst glauben, daß Tatbestände, die jedem Arbeiter der Firma ADE bekannt sind, und von denen zahlreiche Wirtschaftsjournalisten in den verschiedensten Zeitungen immer wieder berichten, ausgerechnet dem Vorstand und Aufsichtsrat von Daimler-Benz verborgen seien!

Noch im Mai dieses Jahres haben wir von Arbeitern der Firma ADE erfahren, daß ihre Firma Dieselmotoren an die Firma Magnis bei Rosslyn liefere. Diese Firma hat in Zusammenarbeit mit dem staatlichen Rüstungskonzern ARMSCOR die 'Samil'-Reihe, Südafrikas eigene Flotte von Militärlastwagen, entwickelt. Außerdem teilen unsere Gesprächspartner mit, ADE sei alleiniger Lieferant von Dieselmotoren an die Firma VETSAK in Isando, Transvaal – eine Firma, die in der Herstellung von Militärlastwagen spezialisiert ist. Von daher dürfte es auch nicht verwunderlich sein, daß der dortige Verteidigungsminister, General Magnus Malan, sowie einige leitende Entscheidungsträger bei ARMSCOR regelmäßige Besucher bei ADE sind.

... Es ist empörend, ja eine Ungeheuerlichkeit, wenn die Daimler-Benz-Direktion gar wiederholt behauptet und sich bewußt so anstellt, als wüßte sie nichts von den Erwägungen und Hintergründen, die spätestens bei der Lizenzgewährung und im Zusammenhang mit der Kapitalbeteiligung Allgemeinwissen gewesen sein müßten. Selbst der Geschäftsführer von Mercedes-Benz of South Africa, Jürgen Schrempp, macht keinen Hehl daraus, daß seine Aktiengesellschaft ein Projekt von militärisch-strategischer Bedeutung mitbetreibt. Zwar drückt er sich in dem Interview in 'Leadership Magazine Profil' etwas vornehm zurückhaltend aus. Er sagt: 'ADE wurde von den Behörden, so wie ich es verstehe, aus strategischen Gründen errichtet.'

Die Aktiengesellschaft Daimler-Benz stützt ein Unrechtsregime und betreibt bewußt eine Militärstrategie mit, die der Umgehung des UN-Waffenembargos gleichkommt; – eine Militärstrategie, die ferner dafür sorgen



Die Daimler-Benz-Vorstandsriege muß zuhören.

will, daß die Entrechtung der Bevölkerungsmehrheit und die Zerschlagung jeglichen Widerstands gegen die Apartheid weiter vorangetrieben wird...

Nicht von ungefähr wurde die Firma ADE zu einer 'nationalen Schlüsselindustrie' in Südafrika erklärt. Gemäß des dortigen National Key Point Industry Act haben Firmen dieser militärisch-strategischen Wichtigkeit u.a. eigenen Werksschutz bereitzuhalten. Auch Atlantis Diesel Engines besitzt eine solche sogenannte Kommando-Einheit. Die Mitglieder werden von der südafrikanischen Armee ausgebildet.

Der Arbeitsalltag bei ADE sieht entsprechend aus: Entgegen früheren Werbeparolen zur Umsiedlung nach Atlantis, denen zufolge Arbeit und Verdienstmöglichkeiten der Hülle und Fülle wären, sind von den einst 2700 heute nur noch 1800 Menschen bei Atlantis Diesel Engines beschäftigt. Gut über 60% der Bewohner im arbeitsfähigen Alter sind arbeitslos. Auf beiden Händen könnte man die Familienväter aufzählen, die zwei Monate im Gefängnis verbracht haben, da sie die Miete – monatlich Rand 250 – nicht mehr zahlen konnten...

Fürsprecher der Belegschaft von Atlantis Diesel Engines, die sich der Firmenleitung als Verhandlungspartner anbieten, müssen des öfteren eine Abwesenheit einstecken; so neulich die Gewerkschaft NAAWU. Dieselbe Firmenleitung zeigt sich aber uneingeschränkt bereit, jene Gewerkschaften zu Verhandlungspartnern zu erklären, die keinen nennenswerten Prozentsatz der Arbeiter hinter sich vereinen können; so zum Beispiel die Engineering and Industrial Workers Union, von der viele meiner Gesprächspartner vorletzte Woche berichten konnten: 'We never see these people!'

'Arbeitest Du bei Atlantis, dann darfst Du nicht auffallen als einer, der die Apartheid gar in Frage stellt!' – davon können meine Gesprächspartner vor Ort ein Lied singen. Isaac Phooko, der im Mai vergangenen Jahres entlassen wurde, weil er ein Abzeichen der Bürgerrechtsorganisation 'United Democratic Front' trug, ist kein Einzelfall und ist nicht der letzte geblieben in der Kette von Entlassungen, die die Firmenleitung gezielt gegen diejenigen vornimmt, die die Entrechtung in Frage stellen und überwinden helfen wollen...

Die Antwort der Vorstandsverwaltung auf Pastor Dr. Ben Khumalo lautete: "Wir wiederholen, daß wir bei unserer geschäftlichen Tätigkeit keine politischen, sondern ausschließlich unternehmerische Ziele verfolgen. Wir sind der Auffassung, daß wir im Rahmen dieser Zielsetzung mit unserem Engagement in Südafrika Positives für die Mitarbeiter in unserer Gesellschaft und für die allgemeine Entwicklung bewirken. Einen Investitionsstopp aus politischen Gründen lehnen wir ab, weil nach unserer Überzeugung die wirtschaftlichen und sozialen Folgen eines solchen Vorgehens die Situation der Menschen im Lande verschlimmern würden."

Taschenbücher

Historische Romane unterschiedlicher Machart

Historischer Roman über griechische Sage

Der Roman "Der König muß sterben" von Mary Renault behandelt die griechische "Theseus-Sage". Da M. Renault sich bemüht, über die einfache Wiedergabe dieser Sage hinauszugehen und Erkenntnisse der Archäologie mitzuverarbeiten, nähert sie sich einem historischen Roman, was sich positiv auf die Detailbeschreibungen auswirkt. Spannend erzählt sie die Abenteuer des Theseus, der im Gegensatz z.B. zum älteren Herakles nicht über dessen körperliche Kraft verfügte, sondern seine Abenteuer mit List und Klugheit besteht. Theseus, der das Königreich seines Großvaters auf der Suche nach seinem Vater verläßt und ihn schließlich als König von Athen findet, verfißt das Bündnis der besitzenden Klassen und den Zusammenschluß der z.T. kleinen griechischen Königreiche unter Athens Führung. Zwei Stationen seines Lebens, die Begegnung mit Überresten des Matriachats im Königinnenreich Eleusis und seine Zeit als Stierkämpfer bei den Minotauren auf Kreta sind besonders erwähnenswert. Hier erhält der Leser einen detaillierteren Einblick — aus der Sicht der Herrschenden — in die Rituale der jeweiligen Götterverehrung, in den Alltag der Sklavenhaltergesellschaften und ihrer Kriege untereinander. — (sie)

James A. Michener "Verheißene Erde"

Anhand der fiktiven Familiengeschichte der van Doorns/de Groot (Buren), der Nxumalos (Qoyi, von den Kolonialisten als Hottentotten bezeichnet) und den Saltwoods (Engländer), verbunden mit historischen Ereignissen und Hinweisen, schildert der US-Amerikaner Michener die Kolonialgeschichte Südafrikas von 1646 bis 1979. Der Roman ist keineswegs ein Loblied auf die weißen Unterdrück-

ker. Dargestellt werden Landraub, die Versklavung und Vernichtung der schwarzen Bevölkerung, der mutige Kampf der Sans, Qoyi, Xhosa, Zulus und Matabele gegen die Kolonialisten, der Terror des Rassenregimes nach 1948 und der schwarze Widerstand dagegen. Propagandalügen vom "menschenleeren" Südafrika im 17. Jahrhundert, von schwarzen Stämmen auf Steinzeitniveau und von der "Unfähigkeit" der Azanier



Chaka, König des Zulu-Reiches im 19. Jahrhundert.

tritt Michener ausdrücklich entgegen. Gleichzeitig schildert er geradezu liebevoll die Geschichte der Buren, die zwar sture Rassen sind, für die man aber Verständnis haben muß, genauso wie für die (nicht immer) "liberalen" Engländer und für den Widerstand der Schwarzen. Kein Verständnis muß man für die westeuropäischen und US-Imperialisten, die das Siedlerregime am Leben halten, haben — die kommen bei Michener nicht vor. Daß die azanische Befreiungsbewegung beide bekämpfen muß, hat er nicht verstanden oder will es nicht. Deshalb endet der Roman in tragischer Ausweglosigkeit: Schwarz und Weiß sollten friedlich miteinander leben können, aber wie das möglich ist, darauf weiß der Autor keine Antwort. Dennoch, ein lesenswertes Buch, informativ und dazu spannend. (J.A. Michener, Verheißene Erde, Knauer 1177, 17,80 DM — bab)

Religion, Politik und Wirtschaft im Roman

Bei Bastei-Lübbe erhält man die Taschenbuchausgaben der historischen Romane des finnischen Autors Mika Waltari. Über die Bücher zu spotten wäre leicht, es seien die Personen schematisch und die Handlung trivial usw. Nicht erklärt wäre damit aber, wieso diese Bücher nicht langweilen, sondern einmal begonnen, trotz beachtlichen Umfangs (500 Seiten und mehr) bis zum Schluß gelesen werden. Waltari benutzt die Form des historischen Romanes, um seine Ansicht über die Entstehung der Religionen und der ethischen Werte der Alten Welt einleuchtend zu machen. Er stellt immer ideologische Umbruchsituationen dar und zeigt, wie sich das buntscheckige Gemenge der Zeitgenossen den Veränderungen stellt. Die Handlungsfreiheit seiner Personen ist durch ihre Interessen sehr begrenzt. Im historischen Roman entsteht oft die Schwierigkeit, daß der Leser Erfundenes als Quellenmaterial mißversteht oder Quellenmaterial nicht erkennt; Waltari versteht es aber ganz gut, den Tonfall entsprechend zu wechseln. Die Romane wecken denn auch Interesse, nicht so für die schöne Literatur, zu der sie nicht gehören, sondern mehr für das Studium materieller Umstände geschichtlicher Ereignisse und die Auseinandersetzung mit der Religion im historischen Zusammenhang. Daß die Lektüre, wie eingangs bemerkt, überaus leicht fällt, kann unter diesen Umständen gewiß kein Anlaß zum Spott sein. — (maf)

Die letzten Tage von Pompeji

Eingebettet in oft langatmige Detail- und Milieuschilderungen des antiken Pompeji ist die melodramatische Liebesgeschichte zwischen dem reichen Griechen Glaukus und der schönen Ione, die den böartigen Intrigen des Isis-Priesters Arcabes fast unterliegen, wäre nicht rechtzeitig der Vesuv ausgebrochen: Arcabes kommt im Aschenregen um, das junge Paar kann fliehen. — In der antiken Umgebung agie-

ren die Personen wie Zeitgenossen des Autors und späteren Kolonialministers Bulwer-Lytton (1803-1873). Pompeji, das sind für den Autor die reichen Patrizier ("in den Elementen ihres gesellschaftlichen Zustandes sehen wir den Ursprung unseres eigenen"). Angehörige der herrschenden Klassen sind es auch, vermittels derer der Autor "eine richtige Darstellung der menschlichen Leidenschaften geben (will), deren Elemente in allen Jahrhunderten gleich sind!" Selbstverständlich bekennen sich "die Guten" zum Christentum. Der Bösewicht, Arcabes, ist Ägypter. Das paßt, sind die Briten im 19. Jh. doch mehr als einmal militärisch gegen Ägypten vorgegangen. Sklaven treten nur am Rande auf. Worauf die vom Autor so bewunderte "stolzeste Üppigkeit" der herrschenden Kreise Pompejis beruht, bleibt im Dunkeln. (Edward G. Bulwer-Lytton, Die letzten Tage von Pompeji, Insel TB 801, 18 DM — rad)

Stefan Zweig Marie Antoinette

Rückhaltlos sei in Zweigs Biographie über Marie Antoinette ein Bild "frei von Verzerrungen und Überschätzungen des 18. und 19. Jahrhunderts" zu erhalten. Gespannt durch dieses Vorwort erwartet man daher Aufklärung über die Geschichte der Französischen Revolution. Weit gefehlt. Was man in unendlicher Ausführlichkeit erfährt, ist eine Schilderung der Prasselei des französischen Adels, die rückhaltlose Aufklärung besteht darin, daß Zweig die Bedeutung der Impotenz des Königs für die französische Revolution erfindet. Die Rolle des Königshauses und Marie Antoinettes wird von Zweig zu dieser Zeit verharmlost. "Aufschreckend in ihrer Qual erkennt endlich die geprüfte Frau, die nie nach sich gefragt, die Verwandlung; sie spürt, gerade, daß ihre äußere Macht zu Ende geht, daß in ihr etwas Neues und Großes beginnt, das ohne jene Prüfung nicht möglich gewesen wäre", so heroisiert er dagegen ihren Kampf gegen die Revolution. Für die tatsächlichen Helden hat er kein Lob übrig: "In der Französischen

Revolution hatte vorerst die Idealität die Oberhand: die Nationalversammlung, die aus Adligen und Bürgern, aus den Angesehenen des Landes bestand, wollte dem Volke helfen, die Massen befreien, aber die befreite Masse, die entfesselte Gewalt wendet sich bald gegen die Befreier: ... Jene Gestalten kleiner Geistigkeit und endlich erlöster Gedrücktheit kommen ans Ruder, deren Ehrgeiz es ist, die Revolution auf ihr eigenes Maß, auf ihre eigene seelische Mittelmäßigkeit hinabzuziehen." (Stefan Zweig, Marie Antoinette, Fischer Taschenbuch – ull)

Wenig Aufklärung über die Geschichte

Victoria Holls Roman "Meine Feindin, die Königin" spielt im 16. Jahrhundert, hauptsächlich zur Regierungszeit Elisabeth der I., der Tochter und Nachfolgerin Heinrich des VIII. Heinrich hatte die englische Kirche von Rom gelöst, Elisabeth sicherte durch Hinrichtung Maria Stuarts die protestantische, antikatholische Entwicklung. Im 16. Jahrhundert gewann die bri-

Mühe, einige Zitate aus historischen Briefen müssen ausreichen. Über die Zeit und die Interessen der Hauptpersonen erfährt der Leser also sehr wenig. Kein empfehlenswertes Buch. (Victoria Holt, "Meine Feindin die Königin", Knaur-TB 790, 7.80 DM. – hef)

"Die häßliche Herzogin"

Am Hebel der Geschicke des Römischen Reiches sitzen Johann von Luxemburg-Böhmen, Ludwig von Wittelsbach und Albrecht von Habsburg. Sie konkurrieren um die Herrschaft über Reich und Christenheit, äugen nach Tirol und Kärnten. Der Luxemburger beschafft dem alten König Heinrich die Braut. Sein Kind Johann kriegt dafür die 12-jährige, dickliche Tochter zur Frau, die Luxemburger sitzen im Land. Margarethe wächst heran, leidet unter Gespött. Sie studiert, interessiert sich für Ökonomie. Als ihr Vater stirbt, der Gatte sie abweist, regiert sie, demütigt ihn. Sie sucht "Erfüllung im Land" statt in der Liebe. Das Komplott ist



Königlicher Pomp im Mittelalter. Die "häßliche Herzogin" wurde wegen Tirol und Kärnten geheiratet.

tische Bourgeoisie bedeutend an Macht und Einfluß. Die zahlreichen Hinrichtungen von Würdenträgern und Politikern waren Ausdruck der scharfen Klassenaussetzungen. Genug Stoff für einen spannenden Roman, aber den hat Victoria Holt nicht geschrieben. Für sie sind die Motive für diese Handlungen, für Geschichte überhaupt, nur Liebes- oder Sexualinteressen, Eifersucht, usw. Nicht einmal in der historischen Ausschmückung gibt sie sich

eingefädelt von den Tiroler Baronen, Habsburg und Wittelsbach. Die häßliche "Maultasch" fördert die Städte, verbündet sich mit jüdischen Händlern. Sie scheitert. Das Volk gibt ihr, häßlich und vom Papst wegen "wilder Ehe" gebannt, und den Juden schuld an der Pest. Kampf zwischen Bürgern und Adel beschreibt Lion Feuchtwanger an der Geschichte der "Maultasch" und ihrer Gegnerin, der "schönen Agnes". – (düb)

PEN-Kongreß

"Wert und Ehre deutscher Sprache"

Mit Absicht begann Bundespräsident Richard von Weizsäcker seine Rede auf der Eröffnungsveranstaltung des PEN-Kongresses am 22.6. 1986 in Hamburg: "Vor 60 Jahren, 1926, tagte der Internationale PEN-Club zum ersten Male in Deutschland." Weizsäcker fuhr nicht fort: "Heute, 1986, tagt er zum zweiten Male in Deutschland." Diesen Satz sollten aber die Zuhörer im Hirn bilden und sollten mit "Deutschland" das Großdeutsche Reich identifizieren. Weizsäcker lieferte die Bauteile für diesen Gedankenakt. "Nach dem Krieg hatte sich der Club mit den Problemen auseinanderzusetzen, ob es ein oder zwei deutsche PEN-Zentren geben sollte. Deutschland hat es dem PEN-Club nicht leicht gemacht." Ja, "Deutschland" bestand, die Zahl der Zentren war dem untergeordnet. Weizsäcker verschwie, daß die PEN-Funktionäre in der BRD den Verein in dem Augenblick spalteten, als ein Dichter der DDR, Johannes R. Becher, in den Vorstand gewählt werden sollte. Die Vertreter des großdeutschen Anspruches sollten nicht durch Verfechter des Sozialismus in ihrem Wirken beeinträchtigt werden.

"Deutschland" hielt Weizsäcker hoch, als er die Delegation aus der DDR als erste begrüßte und das "Verständnis unserer anderen Gäste aus aller Welt" verlangte. Bevor er den Rest der Welt begrüßte, stellte er klar, wer davon kulturell überhaupt wichtig ist: "Die Welt bezeugt, daß Wert und Ehre deutscher Sprache durch die Literatur aus der Deutschen Demokratischen Republik gemehrt wurde. Alle Menschen, die zur Literatur in deutscher Sprache eine eigene Beziehung haben, danken es Ihnen." Nach dieser Feststellung, die zugleich bedeutete, das einzig Brauchbare an der Literatur der DDR sei, daß sie die Geltung des Deutschen in der Welt fördere, begrüßte er die übrigen "im Namen meiner Landsleute". Er ließ die Bezeichnung des Landes aus; folglich mußten die Vertreter der BRD und der DDR als Gesamtdellegation "Deutschlands" erscheinen. Dieser umfangreichen Provokation setzte er noch den Stachel hinzu, nicht zuletzt durch die Präsidentschaft Heinrich Bölls hätten "wir Deutsche" gelernt, "unsere Probleme ... soweit wie möglich unter uns auszumachen". "Querelles allemandes", also deutsche Streitigkeiten, seien auf diesem Kongreß nicht zu erwarten.

Wir müssen alle Falschheiten, die Weizsäcker über das Verhältnis von Literatur und Politik vorbrachte, überspringen und seinen deutschen Faden zum Schluß seiner Rede wiederaufnehmen: "Jedes Volk geht seinen eigenen Weg, geprägt von seiner Eigenart und Überlieferungen. Für mein Volk kann ich mir nicht denken, daß der freie Geist eine andere politische Gestalt erstreben könnte und schützen und bewahren wollte als diejenige demokratischer Freiheit." Von hier zurückblickend verstehen wir seine Forderung, es gehöre "zur Aufgabe des freien Geistes, im Namen der Humanität zu widerstehen" dort, wo die Politik "Ungerechtigkeit, Unrecht, Unterdrückung und Gewalt heraufbeschwört". Damit ist umrissen, daß die westdeutsche Bourgeoisie von den Schriftstellern in der DDR unter Berufung auf "Deutschland" und das "Volk", das jenes noch nicht wiedereroberte Herrschaftsgebiet bewohnt, Widerstand verlangt gegen alle sozialistischen Bestrebungen.

Günter Grass hat dem freiherrlichen Bundespräsidenten nur schwach sekundiert, indem er den Vorwurf seines sozialdemokratischen Kollegen Llosa vom vorigen Kongreß aufkaute, Schriftsteller könnten gegenüber dem Staat nur

Höflinge oder Dissidenten sein. Diesem vorgefaßten Unsinn trat Stephan Hermlin entgegen, indem er erklärte, unter den zehn bis fünfzehn bekanntesten Schriftstellern der DDR sehe er "keine einzige Hofschranze, freilich auch keinen, den man als Dissidenten bezeichnen könnte, sie sind samt und sonders, zum Kummer mancher ihre Landsleute, kritische, ihrem künstlerischen und philosophischen Gewissen folgende Schriftsteller." Damit verteidigte er die Möglichkeiten der Schriftsteller, am Aufbau des Sozialismus auch durch Kritik teilzunehmen und ließ sich nicht auf die bürgerliche Auffassung ein, daß Kritik in einem sozialistischen Land nur möglich sei als Verurteilung des Sozialismus.

Quellenhinweis: Bulletin der Bundesregierung vom 25.6. 1986; Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt vom 2.6. 1986; Süddeutsche Zeitung vom 26.6. 1986; Spiegel vom 30.6. 1986 – (anl)

Berufsausbildung

Gleiche Ziele von Kapitalisten, Regierung und Gewerkschaften?

Vor genau einem Jahr hat der Deutsche Industrie- und Handelstag in einer Broschüre zur Berufsausbildung von Jugendlichen seine Wünsche kundgetan: Die Kapitalisten seien nur zu gerne bereit, über ihren aktuellen eigenen Bedarf hinaus Jugendliche auszubilden, denn das stärke ihre Wettbewerbskraft. Voraussetzung sei allerdings eine "Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen". Als richtungsweisend strichen die Kapitalistenvertreter heraus: Die im Oktober 1984 in Kraft getretenen Lockerungen im Jugendarbeitsschutz; die durch das Beschäftigungsförderungsgesetz seit Mai 1985 gegebene Möglichkeit, am Ende der Ausbildung einen befristeten Arbeitsvertrag abzuschließen und so "über Bedarf auszubilden"; und schließlich die Vorschrift, daß Betriebe mit weniger als 20 Beschäftigten 80% der an Auszubildende im Krankheitsfalle gezahlten Vergütung von den Krankenkassen erstattet erhalten.

Nun verlangten die Kapitalisten als nächstes dringend die Aufhebung einer Reihe von weiteren Schutzrechten: Eine Änderung des Schwerbehindertengesetzes müsse enthalten, "daß Ausbildungsplätze bei der Berechnung der ... Zahl der zu beschäftigenden Schwerbehinderten nicht mehr mitzählen. Schwerbehinderte Auszubildende sollen auf zwei Pflichtplätze angerechnet werden." "Änderungen im Arbeitszeitrecht und im Frauenarbeitschutz sollen auch die Ausbildungschancen, insbesondere für Mädchen verbessern. So sollen im Bauhauptgewerbe Frauen beschäftigt werden können, wenn sie zuvor von einem Arzt arbeitsmedizinisch untersucht worden sind und gesundheitliche Bedenken gegen eine Beschäftigung nicht bestehen. Die Arbeits- und Ruhezeiten sollen flexibler gestaltet werden und in der Berufsausbildung vor allem die Möglichkeiten zur Frauenbeschäftigung erweitert werden." (1)

Frau Bundesminister für Wissenschaft und Bildung Wilms hat jetzt am 19. Juni eine Erklärung formuliert, welche alle diese Forderungen der Kapitalisten berücksichtigt.

Mit der Lüge, daß gerade in technischen Berufen die schwere körperliche Arbeit kaum noch eine Rolle spiele und deshalb diese für Frauen ohne weiteres geeignet seien, werden unter der Hand das Verlangen des DIHT nach Aufhebung des Beschäftigungsverbotes von Frauen und Mädchen im Bauhauptgewerbe und weitere Verschlechterungen im Arbeitszeitrecht begründet.

Hinter der "Förderung der Mobilitätsbereitschaft" von

Jugendlichen lauert die Aussicht, daß Auszubildende in Lehrlingsheimen zusammengepfercht werden, neben der Arbeitszeit auch in der "Freizeit" völlig von ihrem Lehrherren abhängig werden.

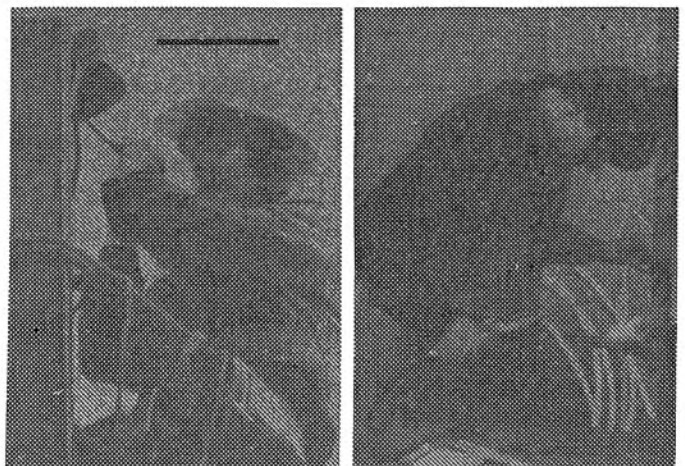
Am hinterhältigsten ist die Formulierung, daß unter "ausbildungspolitischen Gesichtspunkten die vorgesehene Neuregelung im Schwerbehindertengesetz" begrüßt wird. Danach sollen die Jugendlichen also daran schuld sein, daß weniger Arbeitsplätze für Schwerbehinderte bereitgestellt werden müssen.

Als gemeinsame Erklärung von Kapitalisten und Bundesregierung würde das Wilms-Papier nicht viel Neues enthalten und wäre recht wertlos. Zum gelungenen Coup wird es dadurch, daß auch der stellvertretende Vorsitzende des DGB Fehrenbach, zugleich Mitglied des Vorstandes der CDA, für den DGB diese Erklärung unterschrieben hat. Bisher schien der DGB durchaus in Opposition zur Ausbildungspolitik der Bundesregierung und auch zu den geplanten Verschlechterungen im Arbeitszeitrecht, des Frauenschutzrechtes und im Schwerbehindertengesetz zu stehen. Jetzt signalisiert Fehrenbach, daß starke Kräfte im DGB zu fast bedingungsloser Zusammenarbeit mit der Regierung zumindest in der Ausbildungspolitik bereit sind. Auf telefonische Nachfrage hin begründete der Sachreferent Fehrenbachs, S. Oliver Lübke, die Unterschrift des DGB unter diese "gemeinsame Erklärung" damit, daß es gelingen sei, die Aufforderung an die Kapitalisten unterzubringen, über ihren aktuellen Bedarf auszubilden, und an die Regierung, das Benachteiligtenprogramm auszugestalten. Beides ändert aber nur scheinbar etwas am Los der arbeitslosen Jugendlichen: Sie verschwinden aus der Statistik, werden ausgebeutet, aber oft nicht oder nur mangelhaft ausgebildet. Ergebnis sind Ausbildungsplätze um jeden Preis: Ohne tarifliches Ausbildungsentgelt, ohne Schutzrechte und am Ende der Ausbildung steht erneute Arbeitslosigkeit. Bezahlt wird diese Ausbildung nicht durch die Kapitalisten, sondern aus Steuer- und Versicherungsgeldern.

Quellenhinweis: (1) DIHT 224, Seite 37. – (clm)

Gemeinsame Erklärung zur Ausbildungsplatzsituation 1986

Gemeinsame Erklärung der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, für Wirtschaft und für Arbeit und Sozialordnung, führender Repräsentanten der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, des Deutschen Industrie- und Handelstages, des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhan-



Von wegen "schwere körperliche Arbeit spielt keine Rolle mehr!"

Regierungspolitik

Die Sieger schreiben die Gesetze – nach der Niedersachsenwahl jetzt der Aufwasch im Aufschwung

Wer interessiert sich schon für den Bundesrat? Normalerweise kein Mensch, und doch sind die Einflußmöglichkeiten der Länder auf die Bundespolitik sehr erheblich. Lassen wir einmal außer Acht, was die SPD im Falle eines Wahlsieges in Niedersachsen und damit verbunden der Bundesratsmehrheit tatsächlich unternommen hätte und betrachten, wie die Dinge laufen, wenn die Koalition aus Union und FDP mit einer sicheren Mehrheit rechnet.

Bei den Vorhaben, die noch vor den Bundestagswahlen der Zustimmung des Bundesrates bedürfen, mischen sich Pläne, die politisch hart umkämpft sind mit Sachen, die als Regelung von Details unwichtig scheinen mögen. Es ist jedoch der Regierung Kohl/Genscher kein Gegenstand zu klein, um ihre Position daran zu markieren. In der Durch-

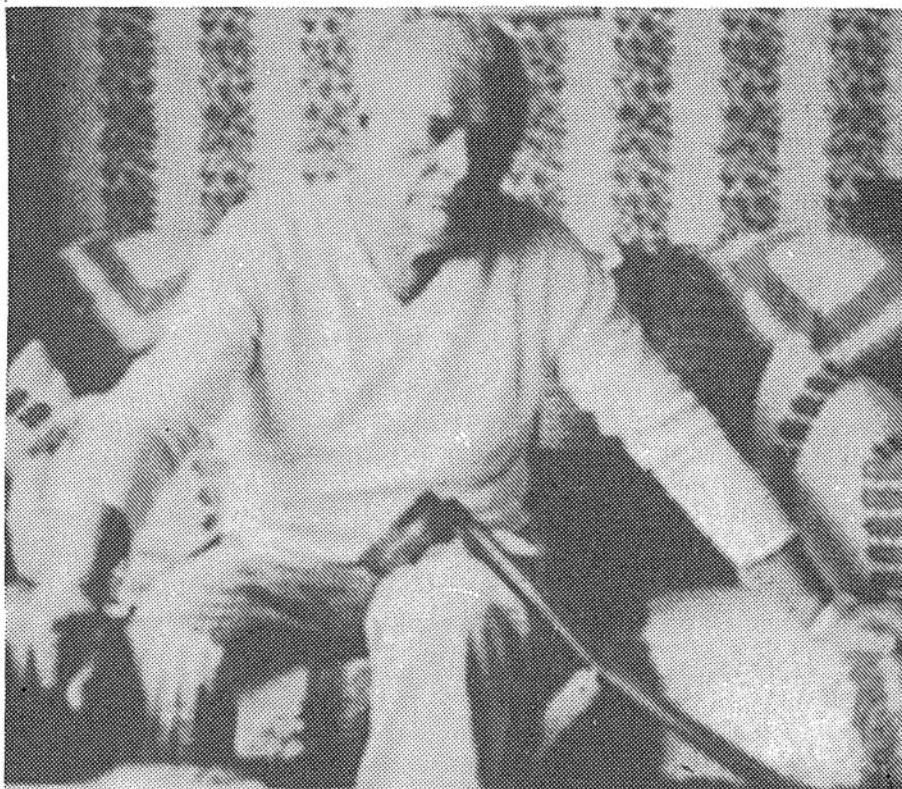
dringung selbst der alltäglichsten Fragen mit dem Geist der Reaktion, in dem beharrlichsten Bestreben, Interessenverbindungen von Mittelklasse und Monopolbourgeoisie zu schaffen, in Klientenmacherei und politischer Intrige zeigt das Kabinett, was es sich leisten kann und wie Techniken parlamentarischer Machterhaltung aussehen.

Die oppositionellen Versuche, durch Orientierung auf ein, zwei oder höchstens drei Schwerpunkte den Stoß zu führen, der die Gefolgschaft des reaktionären Lagers auseinanderreibt, wirken demgegenüber kindlich. Obwohl wir uns nur mit einem kleinen Ausschnitt der anstehenden Vorhaben befassen können, wird doch klar, was es bedeutet, wenn die SPD – während diese Dinge laufen – immer un-
verhüllter nach großer Koalition strebt.

Im Schwerbehindertengesetz ein Angriff auf den Urlaub

Der Zusatzurlaub für Schwerbehinderte nach diesem Gesetz hatte sechs Tage betragen. Das war früher eine Arbeitswoche. Im Zuge der fast allgemeinen Einführung der Fünftagewoche dürfte in der Praxis dieser Urlaub auf eine Woche und einen Tag gekommen sein. Gemeint hatte der Gesetzgeber aber ursprünglich eine Arbeitswoche. Hier ist also Gerechtigkeit zu schaffen.

Die neue Regelung sieht vor, die Dauer des Zusatzurlaubs an die regelmäßige Arbeitszeit, gemessen in Tagen, zu binden. Plastischer Fall: Ein Mensch sei als Pförtner pro Woche drei mal 12,5 Stunden eingesetzt, er arbeitet also drei Tage. Sein Zusatzurlaub wird auf drei Tage gekürzt. Wenn dieses Denkmodell Schule macht, (und im Gesetz eingeführt wird es Schule machen) steht eine rabiate Verkürzung des Urlaubes in vielen Bereichen automatisch an. Schaut man sich z.B. einmal um, so finden sich viele Arbeitswochen, die regelmäßig viereinhalb Tage betragen. Das allein begründet nach der so gesetzten Norm eine Urlaubskürzung um 10%. – Es ist natürlich alles neutral formuliert, ein leistungsstarker Schwerbehinderter, der z.B. neun, acht oder sieben Tage pro Woche regelmässig arbeitet, wäre in der Tat durch die Sechs-Tage-Regelung bisher benachteiligt worden. – So wird gesetzlich der Flexibilisierung der Urlaubszeit der Weg gebahnt, und das Streben der Kapitalisten nach tariflicher Flexibilisierung des Urlaubsgelds hat z.B. in der Metallindustrie nach dem letzten Tarifabschluß schon zu den ersten Versuchen, das Urlaubsgeld zu kürzen, geführt.



Schwerbehindertengesetz

"§ 44 erhält folgende Fassung:

§ 44

Zusatzurlaub

Schwerbehinderte haben Anspruch auf einen bezahlten zusätzlichen Urlaub von fünf Arbeitstagen im Urlaubsjahr; verteilt sich die regelmäßige Arbeitszeit des Schwerbehinderten auf mehr oder weniger Arbeitstage in der Kalenderwoche, erhöht oder vermindert sich der Zusatzurlaub entsprechend. Soweit tarifliche, betriebliche oder sonstige Urlaubsregelungen für Schwerbehinderte einen längeren Zusatzurlaub vorsehen, bleiben sie unberührt."

(Drucksache 10/5673, Beschlußempfehlung des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung ... zu dem von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Schwerbehindertengesetzes – Drucksache 10/3138, am 20. Juni im Bundestag von den Regierungsparteien verabschiedet, geplante Verabschiedung im Bundesrat: 11. Juli)

Krieg ist kein Asylgrund

Angeblich wird die BRD von Asylbewerbern überlaufen, ja überrannt. Sie hat ja so soziale Gesetze und deswegen kommt irgendwann jeder Hungerleider des Universums auf die Idee, daß er hier her muß. Nachdem diese Phantasie vom Wirtschaftsasylanten einmal sitzt, kann der Gesetzgeber tätig werden. Nehmen wir an, ein kranker Verstand würde sich zum Rätsel setzen, wie ein Gesetz über das Asylverfahren als Propaganda für Militarismus und Kriegstreiberei angelegt werden kann. H. Kohl weiß die Antwort. Solchen, die wegen kriegerischer Auseinandersetzungen um Asyl einkommen, wird es nicht gewährt. Na klar auch, mit Lumpenpack von De-

serteuren, vaterlandslosen Gesellen, u.U. mit Frauen, die ihren an der Front kämpfenden Männern in den Rücken fallen und womöglich noch den Kindern von solchem Gesindel will die BRD nichts zu schaffen haben. Außer ideologischen gibt es dafür auch direkt praktische Gründe. Nehmen wir an, die BRD wirke mit an der Finanzierung eines Kolonialkrieges. Da ist es doch unzumutbar, daß die von solchen Kriegshandlungen Betroffenen dann auch noch in der BRD Asyl suchen und womöglich gegen die BRD stänkern? Solche Leute kennen ja keine Dankbarkeit. Mit dieser Möglichkeit wird Schluß sein, wenn das Gesetz im Herbst wie geplant den Bundesrat passiert hat. Ausgenommen hiervon ist wie stets der Osten, besonders der deutsche.

Asylverfahrensgesetz

"In § 11 Absatz 1 wird folgender Satz eingefügt:

Ein Asylantrag ist insbesondere offensichtlich unbegründet, wenn offensichtlich ist, daß der Ausländer nur aus wirtschaftlichen Gründen oder um einer allgemeinen Notsituation oder kriegerischen Auseinandersetzungen zu entgehen, in den Geltungsbereich dieses Gesetzes eingereist ist."

(Drucksache 10/3678, am 25.7.85 als Gesetzentwurf des Bundesrates "Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Asylverfahrensgesetzes" in den Bundestag eingebracht. Inzwischen haben sich die Regierungsparteien über eine Verabschiedung des Gesetzentwurfs im September geeinigt.

Bangemann bindet Leitende im Mittelstand

Ein sorgfältig ausgewogenes Stück Mittelstandsförderung hat das Bangemannministerium eronnen. Es ist bekannt, daß die kapitalistischen Mittelbetriebe im Großen und Ganzen von der Nachfragemacht großer Monopole abhängen. Eine direkte Einflußnahme, Eingriffe in die Art und Weise der Geschäftsabwicklung z.B., sind gleichwohl nicht ganz einfach. Die Abhängigkeit wirkt sich nur verzögert aus, wenn auch letztlich unfehlbar. Am Ende fehlt es der mittelständischen Industrie notorisch an Kapital und die Monopole haben es. Abhilfe schafft hier die Unternehmensbeteiligungsgesellschaft, durch die ohne Dazwischenkunft von Banken z.B. eine Fa. wie BMW seine Kleinteillieferanten unter Kuratel halten kann. Wieso freut sich der Mittelstand über sowas, wo doch klar ist, daß man das Angebot, Objekt einer solchen Beteiligungsgesellschaft zu werden, kaum ablehnen kann und hernach gewiß nicht mehr Herr im Hause ist, sondern mehr eine Hausmeisterfunktion einnimmt? Die mittleren Unternehmen haben Schwierigkeiten, ihr leitendes Personal an die Firma zu binden. Bei Großen wirken Pensionskassen, Laufbahnprinzip usw. für Kontinuität. Den Kleinen fehlt der Atem zum Aufbau eines solchen Staates im Staat, wie ihn z.B. die BASF in Rheinland-Pfalz darstellt. Vermittelt über diese neuen Gesellschaften besteht die Möglichkeit, die leitenden Herren über Aktien fest an die Firma zu binden. So kann das mittlere Kapital seine leitenden Herren mit Aktien locken, sie am Gedeih der Firma ganz direkt interessieren, ja sogar einen Teil des gezahlten Managereinkommens in Kapital zurückverwandeln oder gleich einsparen. Nach dieser Seite hin gewinnen die mittleren Kapitalisten an Selbstständigkeit und Barem mehr, als sie nach der anderen fahnen lassen müssen.

Gesetz über Unternehmensbeteiligungsgesellschaften

"Ziel des Gesetzentwurf ist es, nicht börsennotierten mittelständischen Unternehmen den indirekten Zugang zu den organisierten Märkten für Eigenkapital zu eröffnen und damit ihre Außenfinanzierungsmöglichkeiten zu verbessern sowie einem breiten Anlegerpublikum die Möglichkeit zu verschaffen, sich mittelbar an mittelständischen Unternehmen zu beteiligen ... Der Gesetzentwurf schafft den ordnungspolitischen Rahmen für die Gründung und den Aufbau von Unternehmensbeteiligungsgesellschaften ..."

(aus der Begründung des "Entwurf eines Gesetzes über Unternehmensbeteiligungsgesellschaften", Drucksache 10/4551, von der Bundesregierung am 12.12. '85 im Bundestag eingebracht).

§ 2

Anforderungen an Rechtsform, Unternehmensgegenstand, Sitz und Kapital

- (1) Eine Unternehmensbeteiligungsgesellschaft darf nur in der Rechtsform der Aktiengesellschaft betrieben werden.
- (2) Satzungsgemäß festgelegter Unternehmensgegenstand muß ausschließlich der Erwerb, die Verwaltung und die Veräußerung von Anteilen oder von Beteiligungen als stiller Gesellschafter an Unternehmen sein, die ihren Sitz und ihre Geschäftsleitung im Inland haben und deren Anteile im Erwerbszeitpunkt weder zur amtlichen Notierung zum geregelten Markt an einer inländischen Börse zugelassen sind noch an einem inländischen organisierten Markt gehandelt werden ...

§ 4

Anlagegrenzen

- (1) Die Unternehmensbeteiligungsgesellschaft soll Anteile oder Beteiligungen als stiller Gesellschafter an mindestens zehn Unternehmen halten ...

§ 10

Pflicht zum öffentlichen Angebot der Aktien

- (1) Innerhalb von acht Jahren nach der Anerkennung als Unternehmensbeteiligungsgesellschaft müssen mindestens drei Viertel der Aktien der Gesellschaft öffentlich zum Erwerb angeboten werden ...

- (3) Ein öffentliches Angebot liegt auch dann vor, wenn ...

2. die Aktien der Gesellschaft einem durch Tarifvertrag näher bestimmten Kreis von Arbeitnehmern zum Erwerb angeboten werden ..."

Aus der Erläuterung des Gesetzes:

"Zu § 31 – Änderung des Vermögenssteuergesetzes

Zu Nummer 1 (§ 3 VStG)

Durch die Einfügung der Nummer 18 in § 3 VStG werden die nach dem Gesetz ... anerkannten Unternehmensbeteiligungsgesellschaften von der Vermögenssteuer befreit ...

Zu § 32 – Änderung des Gewerbesteuergesetzes

Zu Nummer 1 (§ 3 GewStG)

Die Unternehmensbeteiligungsgesellschaften werden durch die Einfügung der Nummer 22 in § 3 GewStG von der Gewerbesteuer befreit ..."

Versicherungsfachmann Lambsdorff läßt grüßen

Die großen Versicherungsgesellschaften sind in der BRD – das kann man wohl sagen – Einrichtungen, die sich wie Egel an den sogenannten Besserverdienenden, dem lohnabhängigen Mittelstand, festgesaugt haben. Diese Klasse ist in ihrem Denken von Furcht vor dem Verlust des Lebensstandards bestimmt. Sie versichern sich und die Ihren gegen Tod und Teufel, besonders aber auf Leben. Die Versicherungen ihrerseits waren bislang durch Gesetz auf besonders sicher geltende Anlagen konzentriert; als solche galten z.B. Immobilien, Öffentliche Anleihen. Nun sinkt die Rendite für Immobilien. Probleme wie z.B. bei der Neuen Heimat dürften sich bei allen Großbesitzern von Immobilien einstellen. Es ist schon verständlich, warum Lambsdorff, der Mann der Versicherungswirtschaft im Bundestag, so verbissen um industrielle Rendite kämpft. Das Geld ist da, fließt den Versicherungen zu, rentiert nicht in Bereichen, die von der Zahlungsfähigkeit breiter Massen abhängen und muß nun ins Risikogeschäft. Neben der gewünschten Umlenkung des Kapitalstromes (aus öffentlichen Anleihen und Immobilien in Richtung freie Wirtschaft) ergibt sich für die weitere Zukunft eine enge Anbindung der Sicherheit der Versicherungen an die Sicherheit der Rendite. Das ist dann ein Politikum. Die Sicherheit, für die z.B. die Besserverdienenden stolze Summen hinblättern, wird dann direkt mit der industriellen Rendite verknüpft. Damit diese Verknüpfung sich auch politisch auswirkt, grenzt das Gesetz den Anlageraum auf die BRD ein. In gewissem Umfang kann so auch eine Entwertung des industriellen Kapitals als Entwertung der Einlagen der Versicherten wirken. Man kann und wird so die lohnabhängige Mittelklasse also zunächst bei ihrer Existenzangst politisch packen und schließlich doch bescheißen. Der zuständige Politiker heißt Lambsdorff.

Erzieherische Wirkung der Zinsen verschärft

Eine Doppelwirkung hat auch die Aufhebung des Gesetzes, das ermöglichte, Darlehen mit mehr als sechs Prozent Zinslast jederzeit kündigen zu können. Dieses gegenwärtige Kündigungsrecht bewirkt in der Praxis eine Nivellierung des Zinsniveaus. Wer zu hohe Zinsen zahlt, versucht umzuschulden. Wenn diese Regelung weg ist, wird sich eine Differenzierung der Zinsen einstellen. Wer das Geld ganz dringend braucht, muß dann hohe Zinsen akzeptieren und kann nicht nach einiger Zeit umschulden. Wer das Geld nicht dringend braucht, sondern eine gute Anlage hat, kann den Zins drük-

Versicherungsgesellschaften

"Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für institutionelle Anleger", Drucksache 10/4671 vom 16.1.86, Gesetzentwurf des Bundesrates.

Aus der Begründung: "Institutionellen Anlegern, wie Versicherungsunternehmen und Kapitalanlagegesellschaften, soll ermöglicht werden, in stärkerem Umfang Eigen- und Risikokapital der deutschen Wirtschaft zur Verfügung zu stellen und damit deren Eigenkapitalausstattung zu verbessern ... durch

- Erweiterung des Anlagekatalogs nach dem Versicherungsaufsichtsgesetz für das gebundene Vermögen,
- Anpassung der Anlagegrundsätze des Gesetzes über Kapitalanlagegesellschaften ..."

Genehmigt wird dann in Artikel 1 des Gesetzentwurfs die Anlage von Versicherungsgeld "in voll eingezahlten, inländischen ... Aktien, Geschäftsanteilen an einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Kommanditanteilen, Beteiligungen als stiller Gesellschafter im Sinne des Handelsgesetzbuches sowie in Genussscheinen im Sinne des Vierten Vermögensbildungsgesetzes ..."

Einzige Begrenzung: "Der Anteil von Anlagen nach Absatz 2 Nr. 5, 5a, 6 und 13 darf zusammen 20 vom Hundert des Deckungsstockvermögens und 25 vom Hundert des übrigen gebundenen Vermögens" nicht überschreiten (ebenda). Nach Schätzung der Bundesregierung ist bislang erst etwa 7% des Versicherungsvermögens Beteiligungskapital, bei Banken 8%. In der Begründung des Gesetzentwurfs schreibt der Bundesrat bzw. die unionsregierten Länder: "Die bisner geringen Anteile des Beteiligungskapitals bei Banken und Versicherungen weisen darauf hin, daß es hier noch große Reserven gibt."



Die lohnabhängigen Mittelklassen legen ihr Geld bisher vornehmlich in Immobilien und in Versicherungen an. Nun soll ihr Vermögen – vermittelt über Banken und Versicherungen – stärker in "Risikokapital" fließen.

ken. Schließlich wird das ganze dazu beitragen, das bereits vorhandene besonders hohe Niveau der Konsumtenkredite herauszudifferenzieren. Die Armen werden Kredit nur noch zu Zinsen erhalten, die ihnen entweder ihre übertriebenen Konsumphantasien austreiben oder sie zu einem Leben für den Schuldendienst verurteilen.

Artikel 5 Änderung des Bürgerlichen Gesetzbuches

... 1. § 247 wird aufgehoben."

Aus der Begründung: "§ 247 Abs. 1 BGB gewährt dem Schuldner einer mit mehr als 6 vom Hundert jährlich verzinsten Kapitalschuld das unabdingba-

re Recht, das Kapital nach Ablauf von sechs Monaten mit einer Kündigungsfrist von weiteren sechs Monaten zu kündigen ..."

Nach einem neu eingefügten § 609a BGB können künftig festverzinsten Kredite erst nach Ablauf der Zinsbindung bzw. nach zehn Jahren gekündigt werden, und selbst dieses Kündigungsrecht kann durch Vertrag bei Krediten an Bund, an Sondervermögen des Bundes, an Länder und an Gemeinden oder Gemeindeverbände ausgeschlossen werden.

(Quelle: Gesetzentwurf "zur Änderung wirtschafts- und verbraucherrechtlicher Vorschriften", Drucksache 10/4741, soll im Bundesrat am 11. Juli verabschiedet werden)



Ladenschlußgesetz: alles offen!

Jahrelang hieß es, daß Bürokratismus beim Ladenschluß den bummelnden Verbraucher um das Lusterlebnis des Einkaufs bringe. Davon ist im Gesetz keine Rede mehr. Hier ist kein Platz für Lyrik, weil es um die Perspektive

geht. Die Begründung im Gesetz, der Bezug auf die Pendler und den Massenverkehr, legt eine Argumentation an, in der das Pendeln, Schichtarbeiten, Arbeiten am Wochenende usw. als vorhandenes Volksbedürfnis eingeführt wird, das Versorgungsbedürfnisse nach sich zieht, deren Erfüllung sich der Gesetzgeber nicht widerset-

Ladenschlußgesetz "Artikel 10 Änderung des Ladenschlußgesetzes

...

1. § 8 wird wie folgt geändert:

... b) Nach Absatz 2 wird folgender Absatz 2a eingefügt:
(2a) Die oberste Landesbehörde kann in Städten mit über 200000 Einwohnern zur Versorgung der Berufspendler und der anderen Reisenden mit Waren des täglichen Ge- und Verbrauchs sowie mit Geschenkartikeln die Offenhaltung von

1. Bahnhofsverkaufsstellen,
2. Verkaufsstellen in internationalen Flughäfen und
3. Verkaufsstellen innerhalb einer baulichen Anlage, die einen Personenbahnhof der Deutschen Bundesbahn mit einem Verkehrsknotenpunkt des Nah- und Stadtverkehrs verbindet,

an Werktagen von 6 bis 22 Uhr bewilligen ..."

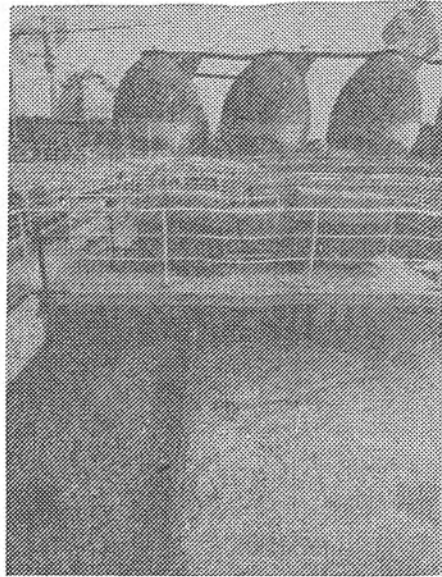
(Quelle: Gesetzentwurf "zur Änderung wirtschafts- und verbraucherrechtlicher Vorschriften", Drucksache 10/4741, soll am 11. Juli im Bundesrat verabschiedet werden)

zen darf. Nach der im Gesetz verankerten Argumentation erscheint die tatsächliche Ausdehnung der Öffnungszeiten sogar dürftig, ja erweiterungsbedürftig und jeder Ladenschluß, der den nächsten Flexibilisierungsschritten anderer Kapitalisten nicht folgt, eine Verletzung von Versorgungsbedürfnissen der Bevölkerung.

Geschäfte der Firma Henkel und Zimmermann

Umweltschutz, Demokratie und Wissenschaft gehören zusammen! Nach vorheriger Anhörung (Demokratie) der beteiligten Kreise wird der Bundesinnenminister ermächtigt (Umweltschutz), Höchstmengen für Phosphorverbindungen in Wasch- und Reinigungsmitteln sowie das für die Bestimmung des Gehalts erforderliche Verfahren (Wissenschaft) festzusetzen. Wer ist als beteiligte Kreise anzuhören? Die Fische nicht, sind ja auch stumm. Beteiligt im strikten Sinn sind ja tatsächlich auch nur jene, die Phosphor in die Waschmittel tun bzw. tun lassen. Konkret erkundigt sich der Minister also bei der Familie Henkel, was man dort für passend hält. Da wäre es gelacht, wenn man nicht Prozentsätze feststellen könnte, ausreichend, um ausländische Konkurrenten haarscharf vom Markt zu

drücken, ohne sich sonderliche Kosten aufzubürden. Da die schädlichen Folgen von Phosphoreinleitungen nicht als Kriterium genannt sind, gewinnen die besonders festgesetzten Analyseverfahren große Bedeutung. Spätestens hier hat die Wissenschaft zwei Möglichkeiten. Erstens kann sie der Milli-, Mikro-, Nano-Hysterie, die erst letzthin beim Bequerel Fachkreisen unangenehm wurde, einmal entgegengetreten und Verfahren wählen, mit denen man nicht leicht was findet. Zum anderen kann sie auch so hohe Anforderungen ans Verfahren stellen, daß nicht jeder x-beliebige Greenpeace den Aufwand treiben und zu glaubhaften Aussagen kommen kann. In der lauschigen Atmosphäre, die bei der Anhörung Beteiligten entsteht, wird sich der Umstand immer berücksichtigt lassen, daß es um viel Geld geht, zumal der Minister doch völlig freie Hand hat, wieviel per kg zuzulassen ist.



Zimmermanns Phosphorverordnungsfreiheit: Wozu gibt's schließlich Klärwerke, oder?

Waschmittelgesetz

"Entwurf eines ersten Gesetzes zur Änderung des Waschmittelgesetzes" (Drucksache 10/5303 vom 10.4.1986)

"§ 4

Höchstmengen von Phosphorverbindungen

(1) Es ist verboten, Wasch- und Reinigungsmittel in den Verkehr zu bringen, deren Gehalt an Phosphorverbindungen die in einer Rechtsverordnung nach Absatz 2 festgesetzten Höchstmengen überschreitet.

(2) Der Bundesminister des Innern wird ermächtigt, nach Anhörung der beteiligten Kreise ... durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrats ... Höchstmengen für Phosphorverbindungen in Wasch- und Reinigungsmitteln

ten sowie das für die Bestimmung des Gehalts an Phosphorverbindungen erforderliche Verfahren festzusetzen.

6. § 5 wird wie folgt geändert:

a) Die Überschrift wird wie folgt gefaßt:

Weitere Anforderungen an die Umweltverträglichkeit von Wasch- und Reinigungsmitteln und deren Inhaltsstoffe.

b) Absatz 1 wird wie folgt gefaßt:

(1) Die Bundesregierung wird ermächtigt, nach Anhörung der beteiligten Kreise durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates ...

1. die Verwendung von in Wasch- und Reinigungsmitteln enthaltenen Stoffen zu beschränken oder zu verbieten und
2. das Inverkehrbringen von Wasch- und Reinigungsmitteln zu beschränken."

Freie Bahn den Geheimdiensten

Noch nie hat ein Bundesminister etwas gegen die Reißerverlage unternehmen, in denen z.B. irgendein Mister Dynamit für den Bundesnachrichtendienst stiehlt, raubt, brennt, schändet, mordet. Man hat es ganz gerne, wenn sich in der Öffentlichkeit die Vorstellung festsetzt, Geheimdiensten – auch und an der Nahtstelle zweier Welten gerade – in der BRD sei alles gestattet. Diesen Konsens teilen die Grünen nicht. Sie mußten deshalb vor Jahren schon aus der parlamentarischen Kontrolle der Geheimdienste ausgeschaltet werden. Besonders über die Verwendung der Mittel, die ja ausgewiesen werden müssen, wäre es möglich gewesen, verbrecherischen Handlungen auf die Schliche zu kommen. Dem ist jetzt ein Riegel vorgeschoben. Ausgaben, die nach geheimzuhaltenden Wirtschaftsplänen bewirtschaftet werden, werden danach gar nicht mehr direkt im Plenum des Parlaments behandelt, sondern abgestimmt wird nur noch das Votum, das der zu diesem Zweck gewählte Ausschuß abgibt. Für die Parlamentarier ein dreifacher Vorteil: Erstens kann der bürgerliche Block auf diesem Wege Mittel im Parteienkampf einsetzen, die den Einzelnen dann doch mit ziemlicher Sicherheit ins Gefängnis brächten, zweitens wird nicht leicht was aufkommen und drittens, wenn was aufkommt, haben praktisch alle nichts gewußt. Wie auch??

Alle Beamten sollen dem Verfassungsschutz dienen

Die Zustimmung zum Berufsbeamtentum ist in der BRD und besonders bei den Beamten ungebrochen, ja wegen der Sicherheit der Versorgung sogar wieder hoch geschätzt. Der Beamte, der der Regierung dient, wiegt sich in seinem täglichen Tun oft in der Meinung, vermittelt durch den Staat oder auch direkt, im wesentlichen jedenfalls der Öffentlichkeit zu dienen. Polizisten regeln den Verkehr wegen des Verkehrs und nicht, um die Autofahrer im Sinne der FDGO zu durchdringen. Lehrer lehren die Schüler Methoden und Sachen anstatt beten und Deutschlandlied singen. Feuerwehrleute löschen, weils brennt und was – einmal rein rechtlich gesehen – dergleichen Perversionen mehr sind. Der Beamte ist nämlich in erster Linie dem Staat allgemein, der FDGO verpflichtet, er handelt dieser zuliebe, alles andere ist Schnickschnack. Diese allgemeine Verpflichtung war bisher weitgehend abstrakt geblieben. Nur negativ, im Falle der Vermutung des Fehlens der Absicht, jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung einzutreten, in diesem Fall gab's jetzt schon Berufsverbot. Aber jetzt ist positives Denken gefordert. Möglich macht's die Regierung, die ein

Bundshaushaltsordnung

"Artikel 1

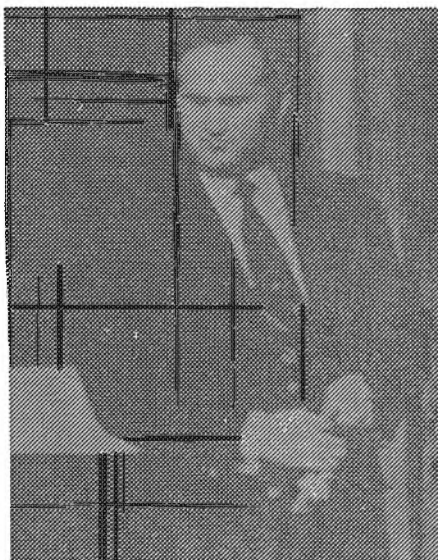
§ 10a der Bundshaushaltsordnung ... wird wie folgt geändert:

1. Der bisherige Wortlaut wird Absatz 1.

2. Es werden folgende Absätze 2 und 3 angefügt:

"(2) Aus zwingenden Gründen des Geheimschutzes kann der Bundestag in Ausnahmefällen die Bewilligung von Ausgaben, die nach geheimzuhaltenden Wirtschaftsplänen bewirtschaftet werden, im Haushaltsgesetzgebungsverfahren von der Billigung der Wirtschaftspläne durch ein Gremium von Mitgliedern des Haushaltsausschusses (Vertrauensgremium) abhängig machen, das vom Bundestag ... für die Dauer der Wahlperiode gewählt wird ..."

Dieses Gremium besteht bereits seit 1983, um die Grünen aus der Haushaltskontrolle der Geheimdienste auszuschließen. Zitate nach: Drucksache 10/5247, Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und FDP vom 21.3.86



Darf künftig aus allen Bereichen des öffentlichen Dienstes Daten anfordern: BND-Chef Wieck (links, ganz außen sein Vorgänger Kinkel). Rechts: Der von Kinkel im Auftrag von Dresdner Bank und anderen Monopolen mit RAF-Jagd beauftragte "Mauss".

Verfassungsschutz im gesamten öffentlichen Dienst

"Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bundesdatenschutzgesetzes ...", Drucksache 10/5343 vom 17.4.1986:

"Artikel 3

Gesetz über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes und über das Bundesamt für Verfassungsschutz

§ 1

Zusammenarbeitspflicht

(1) Der Bund und die Länder sind verpflichtet, in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes zusammenzuarbeiten ...

§ 8

Übermittlung von Informationen an das Bundesamt für Verfassungsschutz ohne Ersuchen

(1) Die Behörden des Bundes und die bundesunmittelbaren juristischen Personen des öffentlichen Rechts übermitteln von sich aus dem Bundesamt für Verfassungsschutz die ihnen bekannt gewordenen Informationen einschließlich personenbezogener Informationen über

1. sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten nach § 3 Abs. 1 Nr. 2,
2. Bestrebungen nach § 3 Abs. 1, die darauf gerichtet sind, Gewalt anzuwenden oder Gewaltanwendung vorzubereiten, wenn Anhaltspunkte dafür bestehen, daß die Übermittlung für die Erfüllung der Aufgaben des Bundesamtes für Verfassungsschutz erforderlich ist ...

§ 9

Übermittlung ... auf Ersuchen

(1) Das Bundesamt für Verfassungsschutz kann zur Erfüllung seiner Aufgaben die Übermittlung der erforderlichen personenbezogenen Informationen an jeder Stelle, die Aufgaben der öffentlichen Verwaltung wahrnimmt, verlangen und amtlich geführte Register einsehen ...

(2) Das Bundesamt für Verfassungsschutz braucht Ersuchen nach Absatz 1 nicht zu begründen ..."

Gesetz einbringt, das alle Beamten und Behörden zu geborenen Zuarbeitern für die Geheimdienste erhebt. Das Bundesamt für Verfassungsschutz kann sich von jeder Stelle, die Aufgaben der öffentlichen Verwaltung wahrnimmt, alle personenbezogenen Daten zuschicken lassen. Anders: Jeder, der solche Aufgaben wahrnimmt, muß für das Bundesamt Dienste tun. So, wie der Text lautet, könnte das Amt die Abschrift eines Notenbuches oder eines Schüleraufsatzes oder einer Seminararbeit verlangen.

Der "Fall Kiebling" und Zimmermanns Folgen

Die Bürgerlichen fragen oft, welchen Sinn das kostspielige Nebeneinander der Geheimdienste denn haben soll. Die Geheimdienste sind der öffentlichen Kontrolle entzogen und das klassische Tyrannenparadoxon – wer bewacht die Wächter – wird wirksam. Wenn mehrere Dienste gleichzeitig da sind, kann eine Regierung sich vergewissern, auch mal querschießen usw. Allerdings hat das seinen Preis in mangelnder Effektivität, hohen Kosten usw. Mit dem neuen Gesetz über den Informationsverbund zwischen den Geheimdiensten sind die Nachteile dieser Trennung weitgehend aufgehoben. Sie spielen sich ihre Erkenntnisse gegenseitig zu. Eine Loyalitäts-

Zusammenarbeit der Geheimdienste
"Entwurf eines Gesetzes über die informationelle Zusammenarbeit der Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden...", Drucksache 10/5344 vom 17.4.86:
"§ 2

Anwendungsbereich

Dieses Gesetz regelt die Übermittlung von Informationen in Angelegenheiten des Staats- und Verfassungsschutzes und nachrichtendienstlicher Tätigkeit zwischen

1. a) dem Bundeskriminalamt, dem Bundesgrenzschutz, den Polizeien der Länder sowie dem Zoll... und
- b) den Verfassungsschutzbehörden, dem Militärischen Abschirmdienst und dem Bundesnachrichtendienst,
2. a) den Strafverfolgungsbehörden...

§ 6

Übermittlung ohne Ersuchen

(1) Die in § 2 Nr. 1 genannten Behörden übermitteln einander von sich aus die ihnen bei Erfüllung ihrer Aufgaben bekannt gewordenen personenbezogenen Informationen..."

kartei der Bürger kann erstellt werden. Es ist nur noch eine Frage der breiten Rechtsprechung, bis diese Daten ins gewöhnliche bürgerliche Leben zurückwirken. Sowohl für den Bereich der öffentlichen Dienste wie für den Bereich der Rüstungswirtschaft sind dafür bereits Kriterien geschaffen. Das System ermöglicht darüber hinaus glänzend die Verwandlung einer fixen Idee irgendeines Spitzels in einen fünffach abgesicherten Verwaltungstatbestand; eine Meldung, die einmal durch fünf Dateien rund und zurück gelaufen ist, muß wohl wahr sein. Und wenn der MAD einer

Person was anhängen kann, so wäre es gelacht, pflichtvergessen und peinlich, wenn die zuständige Verfassungsbehörde nicht auch was hinzutun könnte. So wird alles glaubwürdig.

Auch die noch von der Anti-Hitler-Koalition verfügte Trennung von Polizei und Geheimdiensten – Reaktion auf die Praktiken der Gestapo – ist hin, wenn das Gesetz in Kraft tritt. Die Formulierung im Gesetz, "Die Vorschriften über die organisatorische Trennung von Polizei und Nachrichtendienst... bleiben unberührt" (§ 1, Abs. 2) ist eine Farce.

Kampagnenpolitik ist aussichtslos

Dieser Ausschnitt aus der gesetzgeberischen Tätigkeit zeigt schon, daß selbst eine inhaltsleere Blockade der Zwei-Kammern-Gesetzgebungs-maschine von einem politischen Vorteil gewesen wäre. Es zeigt aber auch, daß eine solche Blockade inhaltlich von der SPD nicht beabsichtigt gewesen ist. Es gibt überhaupt keinen Grund, aus dem die bürgerliche Regierung davon abgehen sollte, ihre Politik als Liste von Detailmaßnahmen durchzuführen. Für's Große haben sie ja die Phrase. Der Klassenkampf wird deswegen für die nächste Zeit sehr vielgestaltig bleiben, ja er muß sogar sich auf immer mehr Gebiete erstrecken, um sich auswirken zu können. Der Zeitpunkt, zu dem sich alles auf eine Frage spitzt, die alle und alles erfaßt, wird nicht eintreten, das widerspräche der Konstruktion der imperialistischen Gesellschaft. Die Chance des konkret bestehenden Widerstandes liegt eher in seiner Breite, die als Zersplitterung mißverstanden wird.

Unionsparteien und FDP sind jetzt nach den Niedersachsenwahlen nicht nur dabei, gewisse Vorkehrungen gegen die Formierung politischen Widerstandes zu treffen und ihr Lager zu festigen. Sie planen aktiv eine Umwälzung der Gesellschaft, die auf grund-

legende Stabilisierung der Bourgeois-herrschaft zielt.

Wirtschaftlich gehen sie den Weg der steuerlichen Entlastung der Gewinne und allgemein der hohen Einkommen, sowie der Herstellung eines Überangebotes von Arbeitskraft.

Politisch gehen sie den Weg des gezielten Einsatzes des Staatsapparates im politischen Kampf. Opposition muß wieder zum harten, spürbaren Risiko werden.

Ideologisch gehen sie den Weg christlich begründeter Selbstverantwortung im direkten Gegensatz zur öffentlichen Verantwortung. Kindererziehung, Alterssicherung, Krankenversorgung, alles wird individualisiert und auf die Familie zurückgeworfen.

In der gesellschaftlichen Praxis entsteht dadurch eine schroffe Differenzierung in allen Lebenslagen, die oft potenziert wirksam ist. Wer arm ist, wird einen schlechten Gesamtzustand der Gesundheit haben, wird schlecht wohnen, sich schlecht ernähren und bei Kürzung der öffentlichen Versorgung noch mehr krank und noch schlechter versorgt sein...

Unser kurzer und oberflächlicher Streifzug durch die anliegenden Gesetzesvorhaben zeigt wohl: An der Regierung sind Leute, die es bewußt aufgegeben haben, einen Konsens über die von ihnen eingeschlagene Politik zu suchen. Sie suchen eine einigermaßen breite Basis zu ködern und Kri-

tik mundtot und gefährlich zu machen. Einer solchen Politik kann man unserer Meinung nach nur begegnen, wenn man die reaktionäre Politik auf gar keinem Sachgebiet unbestritten läßt. Revolutionäre Kritik muß den Geköderten den Haken zeigen, bevor diese sich festbeißen.

Die immer brutaler vorangetriebene soziale Differenzierung weckt Widerstand. Revolutionäre Politik kann sich der Verpflichtung, diesen Widerstand in seiner ganzen Breite aufzunehmen, nicht entziehen. Die Grünen als eine Partei der werktätigen Intelligenz können die ganze Breite des Widerstandes nicht aufnehmen. Die Sozialdemokratie, das zeigt ihre Programmdiskussion, will diesen Widerstand nicht aufnehmen. Sie will ihn abstopfen und nicht nur das.

Träumereien von der Wende gegen die Wende durch Rau und Klassenkampf sind jetzt, nachdem sich gezeigt hat, wie das nicht funktioniert, ein Luxus. Wir wünschen uns eine Diskussion, die der harten Realität gerecht wird. Warum und wie hält sich die Koalition aus Union und FDP an der parlamentarischen Mehrheit? Was wird die SPD für eine große Koalition alles hingeben? Was gebietet das Klasseninteresse des Proletariates? Wie kann der Widerstand der werktätigen Massen gestärkt werden? – (maf, rül)



BRD-Österreich

Als "Provinzposse" werden die von westdeutscher Seite absichtsvoll angestachelten Auseinandersetzungen um die Einreiseerlaubnis für österreichische Demonstranten verharmlost. Gleich zwei Ergebnisse hat die BRD damit erreicht: Im Oktober sollen Verhandlungen zwischen beiden Regierungen um Einreiseerlaubnisse von

Demonstranten beginnen. Das wird auf eine weitere Vertiefung der polizeilichen Zusammenarbeit hinauslaufen, eine Zusammenarbeit, die Kohl aus Anlaß von LKW-Blockaden am Brenner vor einiger Zeit begonnen hatte. Zweites Ergebnis: Das Auswärtige Amt ist aufgefordert, mit Österreich förmlich über Militärflugrechte zu verhandeln, angeblich "beiderseitig". Das soll eine "Posse" sein?

Polen: Ergebnisse des Parteitags der PVAP

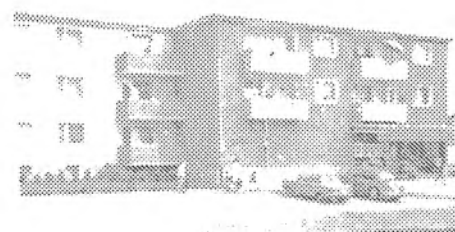
Der kürzlich beendete Parteitag der PVAP hat offenbar den Kurs der Parteiführung um General Jaruzelski bestätigt, der auf marktwirtschaftliche Reformen und eine Expansion des Außenhandels mit den westlichen Ländern und politisch auf die Fortsetzung der Kollaboration mit der katholischen Kirche zielt. Welche Vorgaben hat der Parteitag für die kommenden Jahre festgelegt? Welche Rolle spielt dabei Polens Integration in den imperialistischen Finanzmarkt? Welche Bedeutung in dem Kalkül von PVAP und Kirche hat noch die Solidarnoc? Gibt es demgegenüber eine Opposition, die die Politik der PVAP revolutionär kritisiert?



Sozialwohnungen in Hannover

Werden überhaupt neue, preiswerte Sozialwohnungen benötigt, wenn bereits Sozialwohnungen leerstehen? Die CDU stellt in ihrem wohnungsbaupolitischen Programm fest: "Wenn die Mieten allmählich an den Markt herangeführt werden, lösen sich Fehlbelegungen, Unterbelegungen und Mietverzerrung von selbst. Darüber hinaus

wird die nicht zu rechtfertigende Ungleichbehandlung unter den Wohnberechtigten beseitigt, von denen nur ein Drittel eine Sozialwohnung hat." Da nur ein Drittel eine Sozialwohnung hat, ist es das gerechteste, sie für alle abzuschießen! Der Wohnungsmarkt in Hannover läßt bis 1995 erwarten: Halb soviel Sozialwohnungen, doppelt so teuer. Wie stellen sich dazu die Parteien zur Kommunalwahl?



Die große proletarische Kulturrevolution: 20 Jahre danach

Im August 1966 beschloß das ZK der KP Chinas 16 Punkte zur Kulturrevolution. Damit versuchten die Parteiführer um Mao Zedong, die in Chinas sozialistischer Gesellschaft fortbestehenden Widersprüche fortschrittlich zu behandeln und die chinesische Gesellschaft auf ein höheres Niveau zu heben. Gemessen an diesen Zielen ist China heute weiter zurück als zur Zeit der Kulturrevolution. Und von der enormen internationalen Ausstrahlung der Kulturrevolution in den Jahren nach 1966 scheint heute nichts mehr übrig. Kann man also die Kulturrevolution als Irrweg der Geschichte abtun, der außerdem China "10 chaotische Jahre" beschert hat?



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenhefte

erscheinen vierzehntäglich mit fünf verschiedenen Heften, Preis pro Heft:

- Druckindustrie 0,50 DM
- Chemie und übrige Industrien 0,50 DM
- Handel, Banken, Versicherungen 0,80 DM
- Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr 1,20 DM
- Schul- u. wehrpflichtige Jugend 1,20 DM

Herausgeber

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7

Tel.: 0221/21 64 42

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7

Tel.: 0221/21 16 58

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich: Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik – **Nachrichten, Analysen, Protokolle**. Bezugsbedingungen wie Nachrichtenhefte. Preis je Heft 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft Stahl- und Metallindustrie – **Nachrichten Stahl- und Metallindustrie**. Bezugsbedingungen wie Nachrichtenhefte. Preis je Heft 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft für Kommunalpolitik – **Nachrichten, Analysen, Mitteilungen**. Bezugsbedingungen wie Nachrichtenhefte. Preis je Heft 1,20 DM

Bezugsbedingungen: Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 45,50 DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 91,- DM. Preise für Nachrichtenhefte bzw. Politische Berichte und Nachrichtenhefte entsprechend, also Einzelpreise plus 1,- DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen.

Bestellungen sind zu richten an:
GNN Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H.
5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7

GNN Verlagsgesellschaft Schleswig-Holstein/Hamburg
Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76

GNN Verlagsgesellschaft Westberlin
Helmstr. 8, 1000 Westberlin 62

GNN Verlagsgesellschaft Niedersachsen/Bremen
Großen Düwelstr. 55, 3000 Hannover 1

BWK Nordrhein-Westfalen
Zulpicher Straße 7, 5000 Köln 1

GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg
M 2, 17, 6800 Mannheim

GNN Verlagsgesellschaft Bayern
Lerchenauer Str. 18a, 8000 München 40

Herausgeber für das Zentrale Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Brigitte Düring, Martin Fochler, Christiane Schneider; 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Telefon 0221/21 64 42

GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln, Zulpicher Straße 7, Telefon 0221/21 16 58. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Siegmund Eligehausen, Wolfgang Müller; für Aus Verbänden und Parteien: Ulrike Detjen; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge: Angela Lux; für Sozialstatistik, Spezialberichte: Alfred Küstler. Druck: Graphischer Betrieb Henke, Rollenoffset, Köln. – Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei. Viertel-jährlich: Gemeinsame Beilage zu den Publikationen von AAU, BWK, FAU-HD(A), FAU-R, GIM, KG(NHT), KPD, PA.